Donnerstag, 28. Juni 1984 - D ***•

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 149 - 26.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 8,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Umweltkonferenz: Das Ost-West-Treffen in München ist in letzter Minute durch das Einlenken der UdSSR in der Frage einer Abrüstungsklausel im Schlußdokument gerettet worden. Moskau verzichtete auf die Formel, wonach ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Wettrüsten und Umweltschutz bestehe. (S. 8)

Todesautomat: Durch Eisensplitter aus einer Selbstschußanlage wurde ein 29jähriger Mann aus der „DDR" verletzt, als er über die Grenzsperren nach Niedersachsen flüchtete.

Sowjetunion: Die Streitkräfte sind nach Angaben von Verteidigungsminister Ustinow dabei, ihre Kampftaktik zu ändern. Es werde mehr Gewicht auf hochbewegliche, für Überraschungseinsätze taugliche Verbände gelegt.

Preis gestiftet: Zum Gedenken an die bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommene Marianne Strauß hat die CSU einen Preis gestiftet, der jährlich für beispielhafte Leistungen im sozialen Bereich vergeben werden soll. Frau Strauß wird heute in Rottach am Inn, ihrem Geburtsort, beerdigt.

Warschau angeprangert: In Polen werden nach Darstellung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gewerkschaftliche Rechte verletzt, die von zwei internationalen Abkommen garantiert werden. Die Sicherheitskräfte seien für den Tod von mindestens 60 *Gewerkschaftern verantwortlich.* (S. 4)

Abtreibung: Kritik an der Haltung der Bonner Regierung zur Abtreibungspraxis übte der Generalsekretär des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Kronenberg. Die „Unfähigkeit" der Koalition, eine umfassende Politik zum Schutz ungeborenen Lebens zu entwickeln, „ist und bleibt ein schlimmes Ärgernis".

Italien: Neuer KP-Chef wurde der Berlinguer-Vertraute Alessandro Natta. Er will den auf Unabhängigkeit von Moskau ausgerichteten Kurs fortsetzen. (S. 2)

Heute: Bundesverfassungsgericht entscheidet über Zulässigkeit des Antrags der Metallarbeitgeber auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung im Streit um die Zahlung von Kurzarbeitergeld an mittelbar vom Streik Betroffene.

An die Leser der WELT

Wegen der Streikaktionen der IG Druck und Papier erscheint die WELT mit eingeschränktem Umfang. Das betrifft den redaktionellen Text – zum Beispiel den sonst ausführlichen Börsenteil, Berichterstattung über das Endspiel um die Fußball-Europameisterschaft – ebenso wie die Anzeigen. Es mußten Umstellungen vorgenommen werden; so liegt die für den vergangenen Freitag (22. Juni) vorgesehene Reise-WELT erst heute bei. Wir bitten dafür Leser und Inserenten um Verständnis.

Verlag und Redaktion DIE WELT

WIRTSCHAFT

Krupp-Konzern: Der Aufschwung hat kräftig eingesetzt. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres lag der Auftragseingang mit acht Milliarden DM um 24 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. (S. 11)

China: Insgeamt 14 Küstenstädte sollen für ausländische Händler und Investoren geöffnet werden. Die Städte dürfen Steuervergünstigungen und andere Konzessionen anbieten.

Börse: Die Aussicht auf ein Streikende führte gestern an den deutschen Aktienmärkten zu deutlichen Kurssteigerungen. Auch der Rentenmarkt war fester. WELT-Aktienindex 147,0 (145,7). Dollarmittelkurs 2,7805 (2,7952) Mark. Goldpreis pro Feinunze 370,30 (369,50) Dollar.

KULTUR

Carl Foreman: Der amerikanische Drehbuchautor und Filmproduzent (Zwölf Uhr mittags", „Die Brücke am Kwai") starb im Alter von fast 70 Jahren in Beverley Hills (Kalifornien) an einem Gehirntumor.

Malerei: „Heroismus und Idylle" – unter dieses Motto hat das Kölner Wallraf-Richartz-Museum eine Ausstellung von Werken von Jacob Philipp Hackert, Johann Christian Reinhart und Joseph Anton Koch gestellt. (S. 15)

ZITAT DES TAGES



» Jeder hat geschimpft, ich auch. Ich wollte es nicht beim Schimpfen belassen und gehe deshalb in die Verantwortung «

Franz Beckenbauer (38), der nach dem Rücktritt von Bundestrainer Jupp Derwall Berater der Fußball-Nationalmannschaft wird (S. 14)
FOTO: HANS RAUCHENSTEINER

SPORT

Tennis: Rolf Gehring hat durch einen Sieg über den Tschechoslowaken Pavil Slozil die zweite Runde des Turniers von Wimbledon erreicht. Ausgeschieden ist der Hamburger Michael Westphal.

Galopp: Lutz Mäder, der erfolgreichste deutsche Jockey der letzten Saison, kann nicht beim Deutschen Derby in Hamburg starten. Er zog sich bei einem Sturz eine Schulterverletzung zu. (S. 14)

AUS ALLER WELT

Glücklicher Ausgang: Mit der Befreiung von drei an Händen und Füßen gefesselten Jungen aus der Wohnung eines 51jährigen Mannes ging in Sonderburg einer der spektakulärsten Kriminalfälle Dänemarks zuende. (S. 16)

Abgeschoben: Der britische Schriftsteller und Historiker David Irving, der am Dienstag in Wien festgenommen worden war, ist in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben worden. Irving gilt nach Angaben des Innenministeriums in Österreich als Neonazi. (S. 16)

Wetter: Wechselhaft, vereinzelt Regen. 18 bis 24 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

CSU: Strauß soll im nächsten Jahr Außenminister werden

Bangemann neuer Wirtschaftsminister / Lambsdorff: „Ich habe gutes Gewissen"

MANFRED SCHELL, Bonn

Die CSU akzeptiert den FDP-Politiker Martin Bangemann als Nachfolger des zurückgetretenen Bundeswirtschaftsministers Otto Graf Lambsdorff, verlangt aber, daß ihr Vorsitzender Franz Josef Strauß bei einer Kabinettsumbildung 1985 Bundesaußenminister wird. Ein größeres Kabinettsrevirement „kommt mit Sicherheit", erklärte gestern ein prominenter CSU-Politiker. Bundeskanzler Helmut Kohl führte zahlreiche Gespräche, um die Berufung von Bangemann noch in dieser Woche „abzusichern".

Die Eidesleistung des neuen Ministers könnte schon heute oder am Freitag stattfinden. Kohl möchte in dieser Situation eine „Einzellösung", *also nur die Nachfolge Lambsdorffs* regeln. Für eine Regierungsumbildung im kommenden Jahr werden weitere Namen genannt: Justizminister Engelhard, Postminister Schwarz-Schilling, Hans-Dietrich Genscher, der dann nicht mehr FDP-Vorsitzender sein wird. Außerdem muß der Kanzler dann mit Blick auf die Bundestagswahl 1987 entscheiden, ob Heiner Geißler weiterhin die Doppelbelastung des CDU-Generalsekretärs und des Bundesfamilienministers tragen soll. Die CSU erklärte, von ihr seien in dieser Woche angesichts der persönlichen Situation von Strauß nach dem Tod von dessen Frau Marianne keine Erklärungen zu erwarten. Aber man verstehe, daß sich Kohl in einem zeitlichen „Zielkonflikt" befinde. Wie der Kanzler sich in dieser Woche verhalten werde, sei „seine Entscheidung". Grundsätzliche Vorbehalte der CSU gegen die Berufung Bangemanns in das Wirtschaftsressort waren allerdings nicht zu erkennen.

SEITE 3:
Der Abgang eines Markenartikels

Der Rücktritt von Graf Lambsdorff hat selbst engste Parteifreunde des FDP-Politikers überrascht. Kohl war am Dienstag um 21.35 Uhr vom EG-Gipfel in Fontainebleau nach Bonn zurückgekehrt, hatte wichtige Akten geordnet und um 22 Uhr Koalitionspolitiker zu sich gebeten. Dabei wurde die Bundestagsdebatte über das umstrittene Kohlekraftwerk Buschhaus vorbereitet. Außerdem gab der Kanzler einen kurzen Bericht über den EG-Gipfel. Für die FDP saßen Fraktionschef Wolfgang Mischnick *und der Parlamentarische Geschäftsführer* Torsten Wolfgramm am Tisch.

In der Sitzung, die bis 23 Uhr dauerte, fiel kein Wort über Lambsdorff. Um 23.10 Uhr rief Lambsdorff beim Kanzler an und fragte, ob das für den gestrigen Mittwoch vor der Kabinettssitzung geplante Vier-Augen-Gespräch noch in der Nacht geführt werden könne. Kohl stimmte zu. Um 23.45 Uhr kam der Bundeswirtschaftsminister ins Kanzleramt und überreichte Kohl sein Rücktrittsschreiben und die Presseerklärung, die dann veröffentlicht wurde. Der *Kanzler bedauerte die Entwicklung,* die für ihn allerdings nicht überraschend kam. Denn schon am Mittwoch hatten die Bemühungen Graf Lambsdorffs eingesetzt, einen Termin bei Kohl zu erhalten. Im Kanzleramt hatte man den Eindruck, Lambsdorff wolle sich von den seit Wochen anhaltenden Spekulationen um sei-

● Fortsetzung Seite 8

Bangemann lobt Politik Zimmermanns

Der FDP-Politiker bei der WELT: Zusammenarbeit mit der Union verbessern

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der FDP-Politiker Martin Bangemann hat sich ausdrücklich zu der Forderung bekannt, daß die Kooperation mit der Union verbessert werden müsse. Bangemann, aussichtsreichster Anwärter für die Nachfolge Hans-Dietrich Genschers in den Parteivorsitz, sprach sich während eines Redaktionsbesuchs bei der WELT für regelmäßige Treffen – möglicherweise sogar wöchentlich – der Vorsitzenden der drei Bonner Regierungsparteien aus. Es könne nicht angehen, daß Franz Josef Strauß manchmal erst mit Verzögerung von wichtigen Entscheidungen erfahre. Bangemann: „Es muß einen koalitionspolitischen Schulterschluß geben."

An der Zusammenarbeit mit der CDU/CSU müsse unbedingt festgehalten werden, denn, so argumentierte der FDP-Politiker, auf absehbare Zeit werde es in der deutschen politischen Landschaft nicht mehr drei Parteien geben, sondern zwei Lager: Auf der einen Seite die SPD und die Grünen und auf der anderen Seite die CDU/CSU und die FDP. Man müsse sich innerhalb der Koalition darüber im klaren sein, daß die rot-grüne Herausforderung noch weitergehe. Die Grünen werden nach Bangemanns Einschätzung noch auf längere Zeit bei Wahlen über fünf Prozent liegen. Er begrüßte es ausdrücklich, daß Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) den Umweltschutz zu einem wichtigen Thema auch seiner Politik gemacht habe.

Der FDP-Spitzenpolitiker bemängelte in dem Gespräch mit der WELT, daß seine Partei im Augenblick an ihrer Klientel vorbeilebe. Die FDP dürfe nicht eine Partei sein, in der nur einzelne handelten. Deshalb bekräftigte er seinen Willen, daß es künftig wieder eine geschlossenere und abgestimmtere Führung geben müsse.

Er, der eine Art „Einberufungsbefehl" als Genscher-Nachfolger erhalten hat, wolle die FDP-Führung nur dann übernehmen, wenn die Flügel der Partei zur Integration und angesichts der kritischen Lage zu einer geschlossenen Reaktion bereit seien. Dies müsse sich vor allem bei den drei bevorstehenden Landtagswahlen zeigen.

Zur Frage der Zusammenarbeit in der Bonner Koalition bemerkte Bangemann, schnell getroffene Entscheidungen seien wichtiger als propagandistische Ankündigungen, nach denen häufig die Erfolge ausblieben. So solle jetzt auch nicht mehr an dem beschlossenen Fahrplan zur Steuerreform „herumgedreht" werden.

Liberale Schwerpunkte sollen nach Bangemanns Worten künftig deutlicher herausgestellt werden. Er empfahl der FDP, eine Art Aktionsprogramm zur Präsentation des liberalen Profils zu erarbeiten. Es gehe unter anderem darum, die Menschen aus einer Existenzangst herauszuholen.

Windelen: Eine Art Notwehr

WELT-Gespräch mit dem Minister zur vorübergehenden Schließung der Vertretung in Ost-Berlin

MANFRED SCHELL, Bonn

Die vorübergehende Schließung der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin hat der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), als „eine Art Notwehrreaktion" bezeichnet. Keinesfalls jedoch könne sie ein „länger anhaltender Zustand sein", sagte Windelen gestern in einem WELT-Gespräch. Er sprach von „bedrückenden Vorgängen" vor und in der Ständigen Vertretung. Aber die Bundesregierung müsse ungeachtet dieser Ereignisse „darauf bestehen, daß der Zugang zur Vertretung nicht behindert wird. Sie muß auch weiterhin in der Lage sein, im Rahmen ihrer Zuständigkeit Bewohnern der DDR Rat und Auskünfte zu erteilen."

Die Zustände in der Vertretung, in der jetzt mehr als 50 Menschen Zuflucht gesucht haben, sind nach den Worten Windelens „nicht hinnehmbar". Die Vertretung sei dafür nicht eingerichtet. „Es fehlen die sanitären Einrichtungen. Die Menschen sind auf engstem Raum zusammengepfercht. Es sind kleine Kinder dabei." Dies führe für alle Beteiligten zu schweren Belastungen. Die Bundesregierung sei bemüht, eine Entschärfung und eine „ähnliche Lösung wie in zurückliegenden Fällen" zu erreichen, sagte Windelen. „Aber wir stehen jetzt am Ende unserer Möglichkeiten. Wir sind darauf angewiesen, an die DDR zu appellieren, zu einer vertretbaren und zugleich menschlichen Lösung beizutragen."

SEITE 2:
Die Hydra der Unzufriedenheit
SEITE 8:
Lage ist „entwürdigend"

Auf die Frage, wie er das „Dilemma" lösen wolle, das darin bestehe, daß immer wieder „DDR"-Bewohner um Zuflucht nachsuchen, andererseits aber die Einflußmöglichkeiten auf die „DDR" gering seien, antwortete Windelen: „Es gibt keine Lösung, sondern es gibt immer nur Kompromisse." Oberster Grundsatz für das Handeln der Bundesregierung sei es, den Menschen zu helfen. „Unsere Politik ist es nicht, einen Sog auf die Bewohner der DDR zu erzeugen."

Der „Druck" auch auf die Ständige Vertretung würde seiner Einschätzung nach zurückgehen, wenn sich Ost-Berlin zu einer Erleichterung der Reisemöglichkeiten bereit fände. Viele Aussiedler seien „gekommen aus einem Gefühl der Beengtheit, der Unfreiheit". Windelen: „Wir sind davon überzeugt, daß sich der Anteil derer, die bei Besuchserlaubnissen hierbleiben würden, noch verringern würde, wenn sie die Chance sehen, erneut in den Westen zu reisen."

44 Minuten auf einem Pulverfaß

A. BÄRWOLF, Hamburg

Das Telefon in den USA mit der Nummer 900-410-6272, über die jedermann in der Welt gegen teures Geld die dramatischen letzten Sekunden im Countdown zum Start des brandneuen Raumflugzeugs „Discovery" miterleben konnte, blieb tot. Die Brandreste des Wasserstoffeuers auf dem Komplex 39 von Cape Canaveral, von dem aus Armstrong zum Mond abflog, werden entfernt. Die sechs Shuttle-Astronauten, darunter der erste zahlende private Weltraumfahrer und das zweite weibliche Besatzungsmitglied, sind in Urlaub gefahren. Bataillone von US-Ingenieuren wühlen in den Datenbergen und suchen nach den Fehlerquellen, die gestern – 3,8 Sekunden vor der Startzeit der „Discovery" – zu der gefährlichsten Situation in der Startphase eines US-amerikanischen Raumschiffes geführt haben.

Die Analyse der Daten kann Wochen dauern, und der Riesentank unter dem Bauch des geflügelten Satelliten wird nicht wieder mit 101 000 Kilogramm Wasserstoff und 604 000 Kilogramm Flüssigsauerstoff gefüllt werden, bevor nicht die Ursache der kritischen Situation geklärt ist, die die Astronauten am Dienstag 44 Minuten lang auf dem größten Pulverfaß der Welt in Lebensgefahr gebracht hatte.

Nach einer ersten Analyse geschah dies: Rund vier Sekunden vor der Zündung der mit 1000 Tonnen dynamitähnlichem Pulver gefüllten Feststoffraketen entdeckten Computer in den bereits gezündeten Flüssigkeitstriebwerken des Shuttle eine Serie von Fehlern. Im Triebwerk Nummer drei im Schwanz des Raumflugzeugs entdeckten die *Prozeßrechner ein* Problem mit einem sogenannten Vorstufenventil, das den Treibstofffluß regelt. Blitzartig gab der Computer das Stopp-Kommando. Gleichzeitig erkannten die Computer, daß sich im Triebwerk Nummer eins der Schub nicht innerhalb der Toleranzgrenzen aufbaute. Nur das Triebwerk Nummer zwei brannte normal. Innerhalb von Zehntelsekunden waren alle drei Triebwerke abgestellt.

Die große Gefahr war jetzt ein Wasserstoffeuer auf der Startrampe. Detektoren suchten nach den mit unsichtbarer Flamme brennenden Wasserstoffeuern. Im fünf Kilometer von der Startrampe entfernten Kontrollzentrum hielten die Ingenieure vor ihren Konsolen den Atem an. Die Feuerdetektoren entdeckten drei Brandherde, die durch Wasserkaskaden gelöscht wurden.

Eine Sekunde lang wollte der Startdirektor das Zeichen zum Notausstieg der Astronauten geben. Sie hatten keine Schleudersitze und keine Fallschirme. In kleinen Drahtkörben hätten sie über 365 Meter lange Drahtseile in die Tiefe sausen müssen, um am Ende der Fahrt in einem Stahlbetonbunker Schutz vor einer möglichen Explosion zu suchen. Doch so weit kam es nicht. Die Astronauten konnten die „Discovery" über den Schwingarm verlassen.

Die Wassermassen, die sich unter dem Heck des Raumflugzeugs über den Starttisch ergossen haben, werden wahrscheinlich auch den Hitzeschutzpanzer des Raumflugzeugs getroffen haben. Diese Kacheln sind aus einem sehr spröden keramischen Material. Es ist möglich, daß das Wasser Hunderte von Kacheln beschädigt hat.

Nur einmal zuvor in der 23jährigen Geschichte der bemannten amerikanischen Raumfahrt hatte sich eine schon gezündete Rakete abgeschaltet. Das war Gemini-6 im Jahre 1965. Damals hatten die Astronauten Schirra und Stafford allerdings Schleudersitze. (SAD)

DER KOMMENTAR

Kleine Lösung

Von HERBERT KREMP

Seit einiger Zeit signalisiert das Gericht, daß die Hauptverhandlung eröffnet wird; öffentlich hat es sich noch nicht gerührt. Lambsdorff trat auf das Signal hin zurück, um zu zeigen, daß er seine Termine selber wählt. Der Wirtschaftsminister wird der Regierung fehlen. Er ist, über das Ressort hinaus, eine politische Figur. Was nun?

Einzellösung oder Kabinettsrevirement, lautet die Frage an den Bundeskanzler. Der hat sie beantwortet. Martin Bangemann, das Geschenk Europas, soll an Lambsdorffs Stelle rükken, vielleicht ändert sich noch etwas im Justizministerium, aber damit ist nach der Vorstellung Helmut Kohls die personelle Bewegung schon beendet.

Unbeirrt denkt der Kanzler an sein Bündnis mit der FDP. Er hofft auf eine „Re-Vitalisierung" der Partei. Mit Bangemann als Nachfolger Genschers im Parteivorsitz kann die Kräftigung gelingen, ohne ihn gelänge sie mit Sicherheit nicht. Deshalb schafft Kohl im Kabinett schnell Fakten. Ist Bangemann einmal Wirtschaftsminister, wird der Dissonanzen- und Emanzenchor in der FDP verstummen. Überleben wollen sie schließlich alle gern.

Das ist der Hauptgrund für den schnellen Wechsel. Das Verfahren erinnert an das Einsetzen einer Jacketkrone. An ein neues Gebiß für den neuen Biß denkt Helmut Kohl nicht. Der bayerischen CSU macht das kein Vergnügen. Strauß war schon zur Zeit des Falles Kießling für ein großes Revirement. Er wird den Wunsch wiederholen.

Viel Lärm wird es darum jedoch nicht geben. Der präsumptive FDP-Vorsitzende Martin Bangemann äußerte in einem Gespräch mit dieser Zeitung, die zweitgrößte Koalitionspartei, die CSU, könne nicht umgangen werden. Die Vitalität der Koalition beruht tatsächlich auf dem Schulterschluß. Man kann Franz Josef Strauß nicht ausgrenzen. Der bayerische Ministerpräsident sieht sich als künftigen Außenminister. Er visiert das große Revirement in der ersten Hälfte des kommenden Jahres an.

Die Landtagswahlen in Berlin, Nordrhein-Westfalen und im Saarland markieren die Halbzeit der Bundesregierung. Danach wird es an der Zeit sein, die Kräfte der Koalition neu zu formieren. Bis dahin wird sich auch herumgesprochen haben, daß die vier etablierten Parteien in der Bundesrepublik Deutschland zwei Lager darstellen, das rot-grüne und das bürgerliche. Erkenntnis eint – das ist jedenfalls zu hoffen.

Vorwurf gegen Kuba: Häftlinge erschossen

DW. Caracas

Äußerungen des aus kubanischer Haft entlassenen Schriftstellers Jorge Vals (51) geben einen Hinweis auf die schwierige Situation der politischen Gefangenen Fidel Castros. „Man hat erschossen, und man erschießt noch immer", sagte Vals in Venezuela. „Ich bin der einzige politische Häftling Kubas, der nach Verbüßung seiner Strafe freigelassen wurde, von den anderen weiß man nichts oder nur wenig." Wer in Kuba seine Strafe verbüßt habe, bleibe noch jahrelang in Haft. Im Gefängnis Boniato, in dem der Schriftsteller wegen „konterrevolutionärer Aktivitäten" festgehalten worden war, sei „extreme Gewalt" ausgeübt worden.

Die Führung in Havana gab dem Besuch des Präsidentschaftsbewerbers der demokratischen Partei in den USA, Jesse Jackson, starke publizistische Unterstützung. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Jackson gab Staatschef Castro bekannt, daß 22 in kubanischen Gefängnissen inhaftierte Amerikaner entlassen würden. Die US-Bürger waren wegen Rauschgiftdelikten zum Teil zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Jackson schlug vor, daß die USA und Kuba „umgehend und ohne Vorbedingungen" Botschafter austauschen. Castro, berichtete der amerikanische Politiker, habe dem Vorschlag zugestimmt. Die amerikanische Fernsehgesellschaft ABC meldete, Castro habe zugesagt, ein Programm für die Familienzusammenführung zu unterstützen. Jackson wurde gestern in Nicaragua erwartet.

EG nach dem Gipfel: Skepsis und Kritik

DW. Bonn

Die jüngsten Beschlüsse des Europäischen Rats haben in fast allen zehn Ländern der Gemeinschaft Erleichterung, aber zugleich Skepsis ausgelöst. Kritik wurde an den Auswirkungen geäußert. Erleichterung zeigte sich, weil das britische Beitragsproblem wenigstens vorübergehend gelöst und ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten" vom Tisch sei, wie es vielerorts hieß.

Am schärfsten wird in der Gemeinschaft außer bei den Betroffenen die Subvention durch Vorsteuerabzug bei der *Mehrwertsteuer* der deutschen Bauern kritisiert. Der Deutsche Bauernverband erklärte, der Rat habe eine realistische Haltung zur wirtschaftlichen Situation der deutschen Landwirtschaft eingenommen.

Auf den „teuren Kompromiß" wies der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hin. Dringende Probleme, darunter die Bekämpfung der Subventionsmentalität, harrten weiterhin der Lösung.

Bereits am Dienstagabend hatte Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl seine Bedenken artikuliert. In Frankfurt sprach er von der generellen Notwendigkeit, öffentliche Ausgaben zugunsten wachstumsorientierter Investitionen umzustrukturieren, und fügte mit einem Seitenblick auf die EG hinzu, leider erlebe man hier aber „schon wieder das Gegenteil mit den neuen *Milliarden-Subventionen zur* Einkommenssicherung in der Landwirtschaft und der Stahlindustrie".

Seite 8: Erleichtert über Kompromiß
Seite 9: Atempause für Europa

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Jagdsignale

Von Carl Gustaf Ströhm

Ein heißer Herbst und ein politisch eiskalter Winter – das ist es, was skeptische Beobachter nach den jüngsten Belgrader Entwicklungen für Jugoslawien prophezeien. Offenbar hat sich in der neu formierten kollektiven Führung des Tito-Staates jene Fraktion durchgesetzt, welche die oppositionellen und nonkonformistischen Strömungen im Lande „ein für allemal" zum Schweigen bringen möchte. Startsignal war die Massenverhaftung von 28 Intellektuellen am Karfreitag. Jetzt sitzen mindestens sieben der damals Beteiligten im Gefängnis, und einer ist unter mysteriösen Umständen gestorben. Vier der Verhafteten – durchweg Wissenschaftler und Journalisten – sind in den Hungerstreik getreten.

Was die Belgrader Behörden mit ihrem selektiven Vorgehen erreichen wollen, hat das Präsidiumsmitglied der jugoslawischen Partei, Mitja Ribicic, dieser Tage in einem Interview für das ungarische Fernsehen angedeutet. Die Opposition, so Ribicic, habe „eine politische Linie formiert", sie habe ferner „eine politische Front" aufgebaut und wolle jetzt „das politische Schlachtfeld" betreten. Führer dieser Opposition, so gab Ribicic zu verstehen, sei Milovan Djilas; und hinter der ganzen Aktivität der Intellektuellen stehe niemand anderer als Präsident Reagan mit seiner „anti-kommunistischen Politik".

Genau das könnte die Marschroute sein, nach der die jugoslawische Geheimpolizei nun gegen die Teilnehmer an der Wohnungs-Diskussion vorgehen wird. Demnach wären die oppositionellen Intellektuellen im Bunde mit dem kapitalistischen Ausland. Ihre Diskussionsabende wären nichts anderes als eine Vorbereitung zum Umsturz. Denn wie in der Sowjetunion gilt auch in Jugoslawien: Wer zur Opposition gehört, ist ein Staatsverbrecher.

Mit einem Male auch ist die altbekannte Terminologie der Vernichtung und des Bürgerkrieges wieder modern. Deshalb spricht Ribicic von „Fronten" und „Schlachtfeldern", und deshalb schreiben die jugoslawischen Parteiblätter von „Feinden", sobald von der inneren Opposition im Lande die Rede ist. Die Opposition, so lautet die Konsequenz, muß mundtot gemacht, ausgeschaltet, notfalls vernichtet werden. Stehen wir vor einer zweiten Bolschewisierung Jugoslawiens?

Keine Triumphbögen

Von Heinz Barth

Jeder Ägypter wird dank der Sowjetunion mehr verdienen und ein besseres Leben führen" jubelte vor 26 Jahren die Kairoer Zeitung „Al Akhbar". Das war 1958, als das Volk der Fellachen Nasser nach seiner Rückkehr aus Moskau mit Triumphbögen empfing, berauscht von dem grandiosen Versprechen Nikita Chruschtschows, Ägypten „selbstlose brüderliche Hilfe" zu leisten.

Wie selbstlos diese Hilfe gemeint war, konnte die Nasser-Diktatur bald an dem politischen Preis ablesen, den der Kreml für den Bau des Assuan-Dammes und eine militärische Unterstützung forderte, die das Land am Nil zu einem von den Sowjetberatern gedemütigten Satelliten degradierte. So hatte sich Nasser den „positiven Neutralismus" nicht gedacht, als er die anti-imperialistische und anti-kolonialistische Propaganda der Sowjets übernahm – eine verhängnisvolle Entscheidung, die bis heute Nachwirkungen auf die Einstellung vieler Länder der Dritten Welt zu den beiden großen Blöcken hat.

Gleichwohl hat sich die russische Nahost- und Afrika-Politik noch immer nicht von dem Debakel erholt, das sie im Juli 1972 mit dem Hinauswurf der 20 000 sowjetischen Militärberater aus dem strategisch entscheidenden Land der arabischen Welt erlitt. Neuerdings darf der Kreml jedoch hoffen, die diplomatische Niederlage auszugleichen, die ihm Anwar Sadat durch seinen staatsmännischen Entschluß beibrachte, sich mit Israel zu verständigen. Nicht nur in Kairo, auch in Jerusalem ist das israelische Verhalten im Libanon-Konflikt umstritten.

Die Gelegenheit ist daher für Moskau günstig, in Ägypten wieder diplomatisch Fuß zu fassen. Beide sind sich einig, ihr unterkühltes Verhältnis durch Anhebung von der Ebene der Geschäftsträger auf die der Botschafter zu normalisieren. Das trifft sich mit den Interessen des ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak, der überzeugende Gründe hat, den Druck zu vermindern, den das sowjetische Zusammenspiel mit Syrien und Libyen auf Kairo ausübt. Umgekehrt ist für die Sowjetführung ein erträgliches Verhältnis zu Mubarak wertvoller als die hektischen und unberechenbaren Beziehungen zu dem exzentrischen Fundamentalisten Khadhafi.

Angeklagt in Uruguay

Von Günter Friedländer

Wilson Ferreira Aldunate ist der Führer der traditionellen „weißen", der nationalen Partei Uruguays, für die er 1972 bei den Präsidentschaftswahlen kandidierte und die ihn auch zur Novemberwahl aufstellen will. Nach elf Jahren Exil wurde er bei seiner Heimkehr verhaftet, um vor ein Militärgericht gestellt zu werden.

Sein Verteidiger, der Vorsitzende der uruguayischen Anwaltskammer, Rodolfo Canabal, teilte der Öffentlichkeit nach dem ersten Verhör durch einen Militärrichter mit, was man Ferreira vorwirft: Unterstützung der Subversion, aktive Verstöße gegen die Verfassung, Angriffe gegen die moralische Kraft der Streitkräfte; der Angeschuldigte habe die Republik in Kriegsgefahr gebracht.

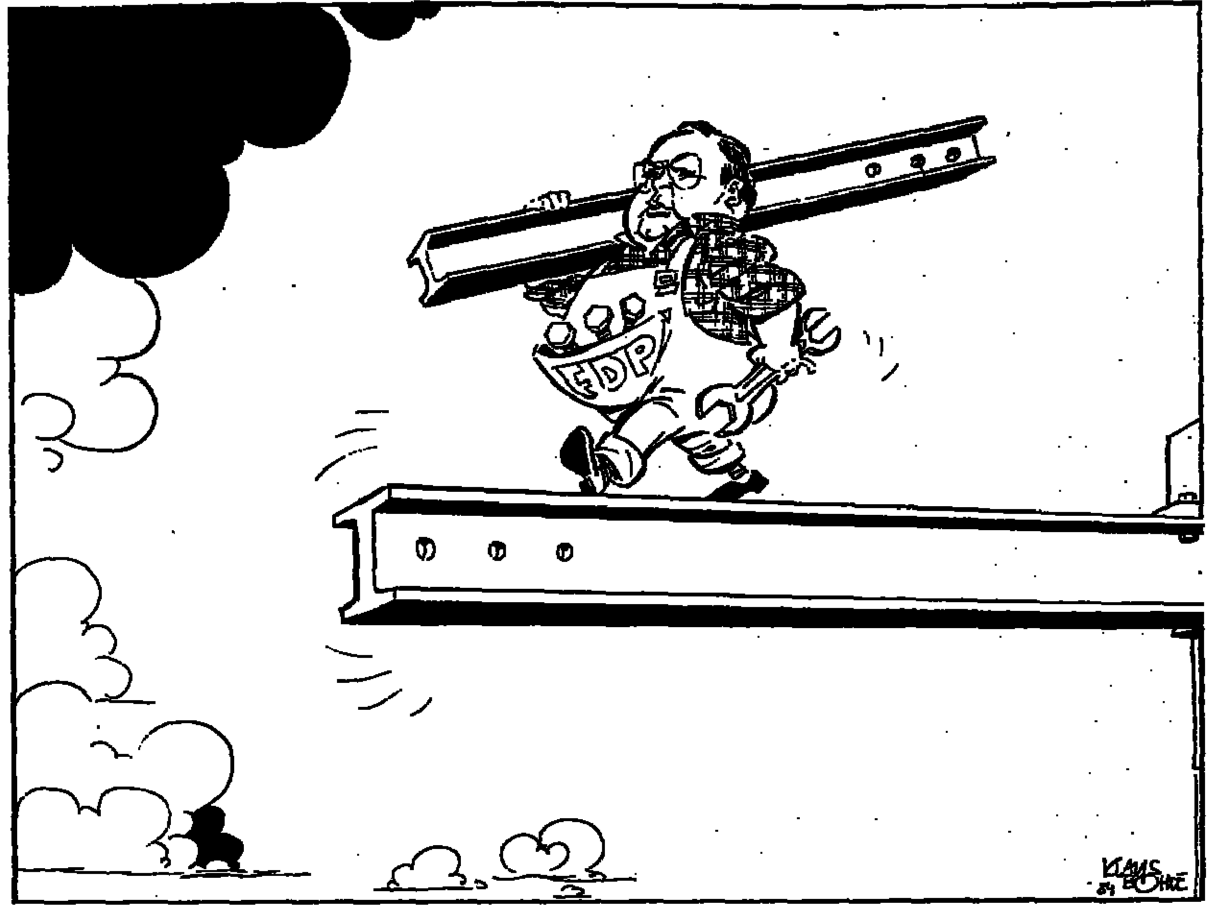
Diese vier Punkte umschreiben Vergehen, die es, nach dem Militärgesetz, nicht erlauben, den Angeklagten vor Beendigung des Prozesses in Freiheit zu setzen. Das ist auch ihr Zweck. Abgesehen davon verletzt das Verfahren das in Lateinamerika im allgemeinen geltende Prinzip, daß ein Zivilist von Zivilbehörden abgeurteilt werden soll.

Die Anklagen werden gegen einen Mann erhoben, dessen Anschauungen von einigen als konservativ, von anderen eher als liberal, aber nie als subversiv verstanden wurde.

Spaniens Außenminister Fernando Moran hat denn auch Uruguays Regierung aufgefordert, Ferreira freizulassen. Moran schrieb seinem Kollegen: „Ferreira verlebte einen Teil des Exils in Spanien, wo er seine unbrechbare demokratische Neigung und seinen tiefgehenden Patriotismus bewies."

Auch die Regierung der USA ließ ihre Hoffnung wissen, daß der Prozeß schnell und „von allen Garantien des Gesetzes umgeben" geführt werde.

Die Schritte dieser Regierungen werfen die Frage auf, wer eigentlich in Uruguay auf der Anklagebank sitzt: Ferreira oder General Alvarez, der einen mißliebigen Konkurrenten mit Hilfe der usurpierten Autorität eines Präsidenten der Republik von den Wahlen fernhalten will.



Mut, – Manni KLAUS BÖHLE

Passables Modell

Von Peter Gillies

Eine Bastion ist gefallen. Wenn die Tarifparteien der Metallindustrie dem Vorschlag ihres Schlichters Georg Leber folgen, gehört die 40-Stunden-Woche als genormte Arbeitszeit der Vergangenheit an. Der Kompromiß, an dessen Akzeptanz beide Seiten zu würgen haben, birgt Ausblicke auf die industrielle Welt von morgen, nagt zudem an den betonierten Strukturen organisierter Gruppen. Er eröffnet einen Ausweg, den die Wirtschaft festen Schrittes, wenn auch mit Beklommenheit gehen mag. Eine realistische Einschätzung der Machtbalance unterstellt, scheint Besseres nicht erreichbar. Kraftvolle Ansätze zur Verringerung der Arbeitslosigkeit sollte davon freilich niemand erwarten.

Hat der Streik mit seinen Milliardenverlusten diesen Einsatz gelohnt? Nein. Der von Anfang an unsinnige Arbeitskampf hat Wachstumsverluste erzeugt, die nur teilweise aufzuholen sind. Dieses Opfer war zu hoch, jedenfalls für ein Ergebnis, mit dem lediglich Schlimmeres verhütet wird. Immerhin hat sich trotz erstarrter Prinzipienreiterei und aberwitziger Politisierungsversuche am Ende ökonomische Schlichtheit durchgesetzt: Aus einer Forderung, die sich auf rund 18 Prozent summierte, sind jetzt realistische Größenordnungen zwischen drei und fünf Prozent geworden. Das ist angesichts gewerkschaftlicher Verbalradikalismen nicht gering zu schätzen. Wirkliche oder vermeintliche Tabus brechen zu wollen, erfordert eben einen hohen Preis.

Zwei Meßlatten sind an das von Leber mit pfiffigem Geschick zusammengebastelte Paket anzulegen: die Kostenbelastung für die Wirtschaft und die Auswirkungen für den Arbeitsmarkt. Für 1984 ergeben sich Lohnerhöhungen von rund drei Prozent, wenn nicht ein zusätzlicher Vorruhestand die Belastung noch erhöht. Das bewegt sich im Rahmen jener Tarifverträge, die auch ohne den Schlachtenlärm von Metall und Druck vereinbart wurden. Im folgenden Jahr 1985 wird die Kostensteigerung bei deutlich mehr als fünf Prozent liegen. Ein nicht geringer Vorteil der längeren Laufzeit liegt darin, daß die Unternehmen bis in das Jahr 1986 mit verläßlichen Kostendaten auf der Lohnseite rechnen können.

Ob die Unterstellung aufgeht, daß die deutsche Wirtschaft im nächsten Jahr höhere Kosten verkraften kann, weil sich die Konjunktur weiter im Steigflug befinde, ist offen. Sie hat bereits Dämpfer erhalten, wenngleich der Exportboom derzeit anhält, deutsche Produkte auf den Weltmärkten gesucht bleiben. Vorausgesetzt, daß die Beendigung des Arbeitskampfes neue Dynamik freisetzt, kann die Wirtschaft damit leben. Daß die Diskussion über die Arbeitszeit nur für anderthalb Jahre ausgesetzt bleibt, ist als Schönheitsfehler zu bewerten. Für die Arbeitnehmer ergibt sich nicht nur ein Inflationsausgleich, sondern sogar ein Schnäpschen mehr.

Weniger zu arbeiten und gleichzeitig mehr verdienen zu wollen – diese Vision stammt nicht aus dieser Wirtschaftswelt. Dennoch scheint sie sich im Leber-Kompromiß widerzuspiegeln. Aber aus den heißen Rednern sind dann doch kühle Rechner geworden. Die Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden wahrt beider Tarifparteien Gesicht. Die IG Metall hätte den ersehnten Einstieg bewirkt, die Arbeitgeber dagegen können zwischen 40 bis 37 Stunden variieren. Zu begrüßen ist, daß die Gewerkschaft – wie auch bisher schon – bezahlte Freizeit nicht „kostenlos" erhält, sondern ihren Mitglieder Realität zumutet: Man kann nicht weniger bei gleichem oder höherem Lohn arbeiten, sondern nur zwischen Barem oder Auszahlung in Freizeit tauschen.

In einer Gesellschaft, zu Unrecht die postindustrielle genannt, wird die Arbeitszeit keine feste Größe sein können. Der Ansatz, mit dem Rasenmäher über die 40 Stunden zu gehen, war ohnehin verfehlt. Daß die Buchhaltung und das Fließband, der Außendienst oder das Lager alle zur gleichen Stunden Griffel oder Schraubenschlüssel aufnehmen und Schlag soundsoviel Uhr wieder fallenlassen, ist von gestern. Die Flexibilität eröffnet elegante Anpassungen an den Menschen, seine Belastung und Leistungsfähigkeit, an die Kapazitäten teurer Anlagen, an die Märkte und ihre Reaktionsgeschwindigkeiten.



Schlichter in einem überflüssigen Arbeitskampf: Georg Leber FOTO:DPA

Wenn in Betrieben Belegschaftsteile nur 37 Stunden pro Woche schaffen und damit die Nutzung kostspieliger Maschinenparks – vielleicht auch samstags – verbessern, öffnen sich Chancen für Produktivitätssteigerungen. Ein diskreter Charme des Leber-Modells liegt auch darin, daß die Gestaltung der Arbeitszeit nicht von Gewerkschafts- und Verbandszentralen getroffen wird, sondern vor Ort im Betrieb. Wenn künftig die Betriebsräte mit den Werksleitungen ihre Arbeitszeiten maßschneidern können, ist das ein Stück praktischer, betriebsnaher Mitbestimmung. Die Entscheidung rückt näher an den Mitarbeiter. Wäre das bisher schon so, hätte dieser überflüssige Arbeitskampf vielleicht gar nicht stattgefunden.

Diese Dezentralisierung war der Preis dafür, die Bastion der 40-Stunden-Woche erschüttert zu haben. Viele Arbeitgeber werden enttäuscht sein, viele Gewerkschafter nicht minder. Aber gute Kompromisse kennen keine Sieger und Verlierer, nur unterschiedlich schwer Verwundete. Auch deswegen ist dieses Modell passabel. Die IG Druck mag davon lernen. Zu warnen ist jedoch davor, es auf den öffentlichen Dienst zu übertragen. Dort entzieht sich nämlich der entscheidende Parameter, jener der Produktivität, jeder Meßbarkeit.

Die Hoffnung, schlagartig könnten Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen, ist eitel. Erst nach einigen Jahren dieses Experiments werden wir wissen, ob Kostenwirkung und Konjunktur, Weltwirtschaft und Strukturwandel neue, rentable Arbeitsplätze entstehen lassen. Sie sind möglich, aber nicht zwangsläufig. Jedenfalls: Die Deutschen atmen auf.

IM GESPRÄCH Alessandro Natta

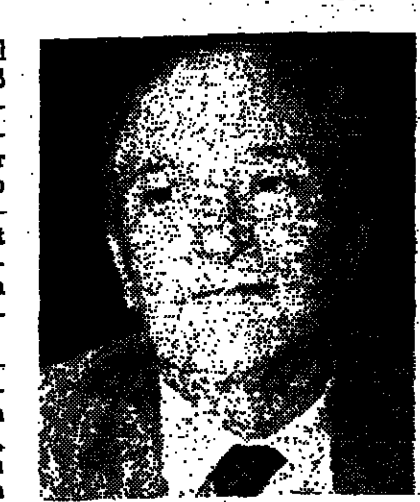
Mehr Verwalter denn Chef

Von Friedrich Meichsner

Noch vor einem Monat wäre wohl keiner auf die Idee verfallen, daß ein ehemaliger Lateinlehrer Nachfolger des „roten Marquese" Enrico Berlinguer werden könnte. Jetzt hat der promovierte Altphilologe Alessandro Natta, 66, aus dem ligurischen Imperia diese Nachfolge angetreten. Er ist der neue Generalsekretär der mitgliederstärksten und einflußreichsten Kommunistischen Partei in der westlichen Welt.

„Mehr Garant als Generalsekretär", lauten freilich die ersten Kommentare. Denn Natta gilt als ziemlich farblos, eher als Parteiverwalter, denn als Parteichef. Seine Wähler im Zentralkomitee und in der zentralen Kontrollkommission, so meint man, erwarteten von ihm in erster Linie, daß er für die Beibehaltung des Kurses bis zum nächsten Parteitag in spätesten drei Jahren sorge. Erst dort werde dann der eigentliche Berlinguer-Erbe aus der jüngeren Generation gekürt werden. Bleibt abzuwarten, ob sich Natta selbst in diese ihm zugedachte Rolle des Übergangssekretärs fügen wird. Der neue Parteisekretär war zwar politisch nicht ein „Geschöpf" seines Vorgängers, sondern eher – wie dieser selbst – einer der „Musterschüler" Palmiro Togliattis. Er hat aber Berlinguers Politik – auch auf ihren teilweise verschlungenen Pfaden vom „historischen Kompromiß" zur „demokratischen Alternative" und vom „Riß" im Verhältnis zu Moskau bis zur grundsätzlichen Unterstützung der sowjetischen Positionen in der Ost-West-Auseinandersetzung – stets vorbehaltlos mitgetragen

Zur KP war Natta als Studienrat in einem altsprachlichen Gymnasium erst nach Kriegsende gestoßen. Den Krieg hatte er als Artillerieleutnant bis zur italienischen Kapitulation im



Folgte Berlinguer auf verschlungenen Pfaden: Alessandro Natta FOTO: AP

September 1943 mitgemacht. Danach war er in deutsche Gefangenschaft geraten. Laut offizieller Biographie hatte er in den Gefangenenlagern von Küstrin, Sandbostel und Wietzendorf den antifaschistischen Widerstand im italienischen Offizierskorps organisiert.

1946 wurde Natta, der verheiratet ist und eine Tochter hat, zum KP-Stadtrat in seiner Heimatstadt Imperia gewählt. 1948 ging er schon als Parlamentsabgeordneter nach Rom. Als enger Vertrauer Togliattis stand er diesem in seinen letzten Lebenstagen auf der Krim zur Seite und veröffentlichte darüber auch ein Buch. Als die Kommunisten 1978/79 vorübergehend der parlamentarischen Regierungsmehrheit angehörten, war Natta Fraktionsführer in der Abgeordnetenkammer. Von 1967 bis 1970 und wieder von 1983 an gehörte er dem Parteisekretariat an, dann wurde er zum Präsidenten der zentralen Kontrollkommission gewählt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Über den Tarifstreit in der Metallindustrie heißt es hier:

Der von Leber in zähen Verhandlungen abgeklopfte Schlichtungsvorschlag scheint für beide Tarifparteien kompromißfähig zu sein, auch wenn sie von ihren Maximalpositionen schmerzlich abrücken müssen... Auch wenn die Betriebe durch die flexiblen Arbeitszeitregelungen ihrem Wunsch gemäß ihre Kapazitäten besser nutzen werden können, ist eine Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten infolge der höheren Kosten nicht zu übersehen. Der Drang zur Rationalisierung wird dadurch noch stärker sein, so daß der angestrebte Abbau der Arbeitslosigkeit sich leicht ins Gegenteil umkehren könnte.

IL MESSAGGERO

Die Zeitung aus Rom merkt zum EG-Gipfel an:

Für diese neue Gemeinschaft wird es nicht nur einfacher sein, die gemeinsamen großen internationalen Themen Nord-Süd-Verhältnis, Ost-West-Beziehungen, Lateinamerika und Dritte Welt – zu erörtern. Auf einer solideren Basis können nun auch die großen Herausforderungen dieser Jahre angegangen werden: der wirtschaftliche Abschwung im Westen, die Krise und die Arbeitslosigkeit, die den alten Kontinent betreffen. Wenn dem Willen Taten folgen werden, wird es gemeinsam möglich sein, zu koordinieren, zu programmieren, aufzubauen in Dimensionen, die den Giganten USA und Japan entsprechen.

DAILY EXPRESS

Das Londoner Blatt bemerkt zum Thema Europa:

Wichtig an der in Fontainebleau vereinbarten Regelung des britischen Beitragsproblems ist nicht die Höhe des Betrags, sondern die Bereitschaft zu einer Lösung... Die Beträge, um die es da geht, sind geringfügig – sie entsprechen etwa dem, was unsere Regierung alle zwölf Stunden ausgibt. Die Einigung wird nur dann von Bedeutung sein, wenn sie den führenden Vertretern der Gemeinschaft deutlich vor Augen führt, daß die gemeinsame Landwirtschaftspolitik ein Hindernis für die europäische Zusammenarbeit ist. Endloser Streit über die Finanzierung von Butterbergen und Weinseen hat nur unnötige Verbitterung zur Folge. Dadurch, daß sie jedermann vor Augen geführt hat, wie unfair und absurd die derzeitige Finanzpolitik der Gemeinschaft ist, hat Frau Thatcher der Sache einer wirklichen europäischen Einheit einen Dienst erwiesen.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Das Blatt befaßt sich mit Beziehungen Bonns zu Ost-Berlin:

Das Flüchtlingsdrama in der westdeutschen Gesandtschaft macht erneut deutlich, wie heikel die Position Bonns gegenüber den Machthabern in Ostberlin ist. Bleibt die DDR hart, sichert sie also nicht in absehbarer Zeit eine Ausreisebewilligung für die Geflüchteten zu oder verfolgt sie sie nach einem allfälligen Verlassen der Vertretung gar strafrechtlich, wird Bonn nicht darum herumkommen, den mühsam gesuchten Dialog wieder einzuschränken. Verhält sich Ostberlin hingegen „großzügig" – läßt es die Flüchtlinge also in den Westen ziehen –, muß damit gerechnet werden, daß das Beispiel weiterhin Schule macht, wozu man in Bonn begreiflicherweise keine Lust hat. Es steht im Augenblick sehr viel auf dem Spiel, denn für Ende September ist der bereits einmal verschobene Besuch Honeckers in der Bundesrepublik angesagt, an dem beide Seiten offensichtlich festhalten wollen.

Das SED-Regime und die Hydra der Unzufriedenheit

Bonns Politik verhilft Ost-Berlin zu einer Druckentlastung / Von Werner Kahl

Meinungsforscher des SED-Zentralkomitees haben für das anhaltende Stimmungstief in Mitteldeutschland eine neue starke Quelle entdeckt. Es sind die „älteren" Frauen, wie SED-Funktionäre jetzt westlichen Gesprächspartnern erzählten. Die Frauen machen drüben das Gros der täglich Schlangestehenden aus und schimpfen aus leidvoller Erfahrung über das permanente Versagen der Planwirtschaft. Für die SED-Führung tragen die Frauen mit dem leeren oder halbgefüllten Einkaufskorb Unzufriedenheit in die Familien und beeinflussen somit die heranwachsende Generation.

Eine späte Erkenntnis im Ostberliner Machtapparat. Denn die mitteldeutsche Hausfrau hat 1985 vier Jahrzehnte russischer Besatzung und kommunistischer Zwangswirtschaft hinter sich, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Jeden Morgen mit Ladenöffnung wachsen der Hydra „Schlange" – wohin man zwischen Harz und Oder schaut – neue Köpfe nach. In die Schlangen reihen sich heute die Enkelinnen der Frauen ein, denen 1949 mit der Gründung der „DDR" ein blühender „Arbeiter- und Bauernstaat" versprochen worden war.

Was also tun? Mit dem anscheinend im Zentralkomitee diskutierten Gedanken, das Reisealter gerade für Frauen beträchtlich herabzusetzen, ist offensichtlich die Erwartung verknüpft, daß damit Dampf abgelassen werden könne. Eine dauerhafte Lösung wären mehr Besuchsgenehmigungen und damit verbundene Einkaufsreisen in den Westen für den Abbau der gespannten innenpolitischen Situation jedoch nicht.

Das gilt ebenso für die Lage in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin. Die Bundesrepublik kann die Rolläden in der Hannoverschen Straße 30 herunterlassen, als äußeres Zeichen dafür, daß die technische Aufnahmekapazität für Zufluchtsuchende erschöpft ist; zu einer dauernden Versagung von Beistand und Hilfe für Deutsche aus der „DDR" kann die Bonner Mission drüben nach dem Selbstverständnis der Bundesrepublik die Tore nicht endgültig schließen. Der Schlüssel zur Lösung liegt ausschließlich bei Staatsrat und Parteiführung in Ost-Berlin. Mit dem Zögern, der Bevölkerung in Mitteldeutschland über die eigenen Medien und in Versammlungen reinen Wein einzuschenken, was sie mit Reisen im Sinn hat, erhöht die Führung selbst die Gefahr, daß es zu weiteren eruptiven Ausbrüchen des angestauten Druckes kommt.

Das Regime sieht sich mehr denn je zuvor in den letzten Jahren in der Zwickmühle, nicht zu einer weiteren verschärften Abgrenzungspolitik zurückkehren zu wollen, andererseits aber durch eine erneute Ausreiseaktion von begrenzter Dauer unter den Zurückbleibenden Wünschen für die eigene Freizügigkeit zu wecken.

Die gegenwärtige Deutschlandpolitik der Bundesregierung bedeutet für Ost-Berlin ein größtmögliches Maß an Zusammenarbeit. Kritiker in den eigenen Reihen der Unionsparteien sprechen von einer fast kompromittierenden Kooperation. So kann die Bonner Politik auch nicht auf eine Stabilisierung der totalitären Herrschaft ausgerichtet sein. Die pragmatische Linie der christlich-liberalen Koalition will aber auch nicht eine Destabilisierung bewirken; sie ist vielmehr auf enge Verflechtung der verschiedenen deutsch-deutschen Ebenen programmiert.

An erster Stelle steht auf diesem Programm der Umweltschutz, bei dem am ehesten und schnellsten Gemeinsamkeit zu erreichen ist, zumal die Bundesrepublik hier als Unternehmen „Zahlemann & Söhne" von der anderen Seite geschätzt wird. Im Obligo ist Ost-Berlin dagegen in der Frage des 1980 einseitig erhöhten Zwangsumtausches für Besucher Ost-Berlins und der „DDR". Es bleibt abzuwarten, welche Lösung die SED hier anbietet und ob im Vorfeld des erwarteten Besuches von Staatsratschef Erich Honecker die andere Seite ihren Bürgern ebenfalls Reiseerleichterungen – peu à peu – verheißt. In Bonn jedenfalls zeichnet sich immer stärker das Bemühen ab, „Reizthemen", die in Ost-Berlin wie in osteuropäischen Hauptstädten als Provokation aufgefaßt werden könnten, auszuklammern. Dazu gehörten vor allem die Fragen der deutschen Ostgebiete und der endgültigen Grenzziehung sowie der Menschenrechte in Mitteldeutschland.

Das Auswärtige Amt hat vor kurzem die Bezeichnung „Ostdeutschland" zugunsten von „Osteuropa" getilgt und damit prompt den Einspruch der Schlesier hervorgerufen. Einwände werden mit dem Argument, die Bundespolitik dürfe angesichts mancher Entwicklung in osteuropäischen Staaten nicht kontraproduktiv sein, vom Tisch gefegt, ohne daß eine langfristige Konzeption in der Deutschlandpolitik erkennbar ist. Befürchtungen, dies könnte künftig auch die offizielle Haltung zum Beispiel zur Frage des Grundrechts auf Freizügigkeit für alle Deutschen in der „DDR" beeinflussen, sind deshalb nicht von der Hand zu weisen.

Widerstand war kein Privileg der Prominenten

Von EBERHARD NITSCHKE

Auch des unbekannten Soldaten, *der wegen seiner Einstellung* zum Hitlerstaat das Leben verlor, wird in einer Ausstellung gedacht, die im Bundeshaus eröffnet wurde und später in 20 Städten der Bundesrepublik Deutschland gezeigt werden soll. „Aufstand des Gewissens – Militärischer Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933–1945" heißt die Schau, die das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr zusammenstellte und die 800 Dokumente aus deutschen Archiven zeigt. Bundestagspräsident Rainer Barzel vor geladenen Gästen der Bundeswehr und der Politik: „Aufstand des Gewissens setzt voraus, daß das Gewissen geruht hat, verdrängt, unterdrückt oder ausgeschaltet worden ist."

Der Katalog, ein Werk von 552 Seiten, hat ein Vorwort von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner, in dem es heißt: „Im Widerstand haben sich die Soldaten als Patrioten und Staatsbürger erwiesen. Sie haben damit die heutige Integration der Soldaten in einen Staat und eine Gesellschaft, der ihr Dienst gilt, exemplarisch vorweggenommen."

Vier Jahrzehnte nach dem 20. Juli 1944 und dem mißglückten Attentat des Grafen Stauffenberg auf Hitler in dessen militärischem Hauptquartier „Wolfsschanze" räumt Othmar Hackl, Oberst i. G. und Amtschef des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, bei Betrachtung der Ausstellung ein: „In der historischen Forschung besteht bis heute keine volle Einigkeit über die Bewertung des Widerstandes, mit dem wir es hier zu tun haben. So kann man nur versuchen, die Motive der Beteiligten aufgrund der Ergebnisse zeitgeschichtlicher Forschung klar darzustellen und zumindest verbreitete Irrtümer und Mißverständnisse beseitigen."

Unter den 800 Bildern, Tagebuchblättern, Befehlen, Berichten und anderen zeitgenössischen Dokumenten fallen auch Blätter auf wie dieses: „Leutnant der Reserve Michael Kitzelmann war gläubiger Christ und wurde in seiner Haltung als Gegner des NS-Regimes durch die Kriegsergebnisse immer mehr bestärkt. Sein Ausspruch im Kameradenkreis: ‚Wenn diese Verbrecher siegen, mag ich nicht mehr am Leben bleiben' brachte ihm das Todesurteil wegen Wehrkraftzersetzung ein – am 12. Juli 1942 wurde er in Orel in Rußland erschossen."

Schicksale wie dieses setzt die Ausstellung bewußt gegen die großen und jedem bekannten Namen des militärischen Widerstandes gegen Hitler. Denn hier versucht man, wie angekündigt, der Frage nachzugehen, wie sich eigentlich Widerstandsgruppen formierten, wie sie Kontakt zueinander aufnahmen, aus welchen Zufällen heraus sich Erfolge oder tragische Mißerfolge einstellten. Und mit Recht wird da die Frage aufgeworfen, wie verfehlt es wäre, „entsprechend der Überspezialisierung der Forschung 'den militärischen Widerstand' isoliert zu untersuchen".

Daher wird im Zusammenhang mit der Wanderausstellung auch besonders auf die „wichtige Scharnierfunktion" eingegangen, die zum Beispiel der *Hauptmann Hermann* Kaiser übernahm, der enger Vertrauter Carl Friedrich Goerdelers, des Leipziger Oberbürgermeisters, und prominentes Opfer der Säuberungen nach dem 20. Juli 1944 wurde.

Die zivilen Widerstandskämpfer, so der Politikwissenschaftler Professor Peter Steinbach, akzeptierten die Schlüsselrolle der Offiziere beim erstrebten Umsturz. Von einer „Offiziersrevolte" könne daher keine Rede sein.



„Politiker zu sein heißt, einen täglich kündbaren Beruf zu haben": Otto Graf Lambsdorff FOTO: SVEN SIMON

Der Abgang eines Markenartikels

Otto Graf Lambsdorff ist vom Amt des Bundeswirtschaftsministers zurückgetreten. Damit zog der Mann die Konsequenzen aus der sogenannten Flick-Spendenaffäre, der die Weichen für die Bonner Wende gestellt und der FDP Profil gegeben hat.

Von PETER GILLIES

Er schrieb die Scheidungsurkunde einer Regierung und verhalf Helmut Kohl zur Kanzlerschaft, gab seiner Partei das anderwärts schmerzlich vermißte Profil, ist einer der wenigen marktwirtschaftlichen Hoffnungsträger, vermochte auch mit schwerem Säbel zu kämpfen – und doch ereilte ihn jetzt der aus Paragraphen geschmiedete Pfeil. Otto Friedrich Wilhelm von der Wenge Graf Lambsdorff (57) tritt als Bundesminister für Wirtschaft zurück.

„Der Graf", wie Lambsdorff in einer Mischung von Respekt und Saloppheit genannt wird, hat ein Stück spannende Nachkriegsgeschichte mitgestaltet. In Gewerkschaftsetagen, wo man den „Grafen Dracula" täglich bei seinem Cocktail Arbeiterblut vermutet, dürfen die Korken knallen. Er reizte sie und andere mit unverblümten Prinzipien, mit kantiger Sprache und nicht selten auch mit flotten Sprüchen. Für Freunde und Gegner war er stets sperrig, aber – wie man es von baltischem Adel nicht anders erwartet – bis in die Knochen verläßlich (was trickreiche Alleingänge nicht ausschließt).

Als Hans Friderichs im September 1977 überraschend vom Amt des Bundeswirtschaftsministers zurücktrat, um an die Spitze der Dresdner Bank zu wechseln, waren längere *Personaldiskussionen unnötig*. Der Nachfolger konnte nur der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Graf Lambsdorff, sein. Allein die heute quälende Diskussion innerhalb dieser Partei über den vorhersehbaren Tag eines Wechsels belegt, wie prägend der „Markenartikel Lambsdorff" war und ist.

Dr. jur. Otto Graf Lambsdorff ist immer ein wenig stolz darauf, ein wirtschaftspolitischer *Autodidakt* zu sein und kokettiert damit, daß es mit seiner Frau Alexandra (Diplom-Volkswirtin) „wenigstens einen Wirtschaftsfachmann in der Familie gibt". Als Assessor der Rechte begann er 1955 im Bankgewerbe eine Ausbildung. Als *Generalbevollmächtigter* einer Privatbank schied er 1971 dort aus und wurde Vorstandsmitglied der Victoria Rückversicherungs AG. Seine Erfahrung sei die Praxis, meint er, diese wiederum die unübertroffene Stärke der Marktwirtschaft. Röpke, Eucken oder Erhard sind für ihn nicht der Kern, sondern die Flanke eines so erfolgreichen Systems.

In der Politik wird das Rückversicherungsprinzip zwar viel strapaziert, aber Lambsdorffs politische Erfolge waren stets seine Kämpfe mit offenem Visier. Am Freiburger Programm, der sozialliberalen Trimmung der FDP, war er zwar beteiligt, aber mit den Kieler Thesen der Marktwirtschaft (Parteitag 1977) machte er Figur und Furore. Mit einer erstaunlichen Mehrheit von 90 Prozent legte die FDP unter Federführung von Lambsdorff damals schon die Grundlage für einen späteren Regierungswechsel. Diese Marktwirtschaft war mit dieser SPD auf Dauer nicht zu machen, wie ahnungsvolle Beobachter damals erkannten.

Dennoch: von der angeblich neuen Ostpolitik und einigen anderen „Reformen" hielt der Graf viel. Mit dem Kanzler Schmidt verband ihn Respekt, was auf Gegenseitigkeit beruhte. Die späteren Ausfälle gegen Lambsdorff widersprachen diesem Eindruck nur oberflächlich. In Sitzungen der Kabinette Schmidt und Kohl gab es immer wieder folgende Situation: Der Kanzler fragt etwas außerhalb der Tagesordnung, Minister geraten in Verlegenheit, filibustern, sind nicht informiert. Der Graf war es immer: kurz, präzis, die politischen *Nervenenden eines Problems* freilegend – auch ohne Referentenpapiere. Er liebt die Zwischenfrage, den Wortwechsel, ist am Telefon bis zur Schroffheit kurz angebunden. Wenn ihm Peinliches entschlüpft – so als er *zur Unzeit in einer Tarifrunde* einmal die Zahl Sieben nannte – geht er mit blanker Brust vor die Öffentlichkeit und münzt mit Entwaffnung den Lapsus in eine Attacke um.

Lambsdorff hinterläßt ein Ministerium von gerühmter Kontinuität, von unaufgeregter liberaler Markwirtschaft. Schon Friderichs hatte übrigens sein Haus von allzu gieriger Politisierung freigehalten. Die Anfechtungen an die liberalen Marktwirt*schaftler häuften sich in den Ener*giekrisen, wo beide gegen Bezugsscheine fochten, aber immer wieder auch ging es um die Machtbalance zwischen den Gruppen. Lambsdorff focht vehement in der Mitbestimmungsdebatte gegen Übermachtansprüche der Gewerkschaften, hatte auch Kritik aus Unternehmerkreisen einzustecken, vor allem von solchen, die Subventionszahlungen dem schmerzhaften Strukturwandel vorziehen und Hand in Hand mit ihren Betriebsräten in Bonn protestieren.

So hatte der Graf seine Rolle als leibhaftiger Gottseibeiuns, der angeblich ungerührt Arbeitsplätze opferte, rasch aufgedrückt bekommen. Sie wurde nicht leichter durch die Zerrissenheit der SPD, die Beschäftigungsprogramme mit Beschäftigung verwechselte. In ihrer Ratlosigkeit und Ungeduld driftete sie auf Parteitagen immer mehr nach links, jedenfalls verbal, was der Kanzler Schmidt äußerlich an sich abperlen ließ. Im April 1982 beschloß die SPD dann auf ihrem Parteitag einen „Gruselkatalog sozialistischer Marterwerkzeuge", so jedenfalls Lambsdorffs Kommentar.

Das berühmte Lambsdorff-Papier, das am 12. September 1982 in Bonn die Runde machte, war denn auch nicht Ursache, sondern nur noch Anlaß des Regierungswechsels. Es listete die wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Bedingungen der „Wende" auf, die Genscher im August zuvor brieflich in seine Partei brachte. Sie war mit dieser Koalition offensichtlich nicht mehr herzustellen. So platzte das angeblich historische Bündnis am 17. September 1982, und auch Lambsdorff kam seiner Entlassung durch Rücktritt zuvor.

Ein Kraftakt gelang ihm mit dem FDP-Wahlergebnis vom 6. März 1983. Es wurde zum Beweis dafür, daß marktwirtschaftliche Prinzipientreue honoriert wird – wie übrigens auch die propere Stimmenzahl für Lambsdorff auf dem jüngsten Münsteraner Parteitag der FDP zeigte. Aber der bekannte Schneid des Grafen, der *einst dem Parteivorsitz* nahe war und dem schon die Neigung für andere Ressorts – von Außen bis Verteidigung – nachgesagt wurde, bröckelte. Das Trommelfeuer von Kritik, Indiskretionen und Verdächtigungen begann ihn zuerst zu nerven, dann zu *zermürben*.

„*Otto* hat heute keine Lust zum Tanzen", meinte Gräfin Lambsdorff auf dem letzten Bundespresseball. Der Mann, der sich trotz Beinamputation (Kriegsverwundung) gern bewegt, tanzt und das Goldene Versehrtensportabzeichen besitzt, zeigte unter dem publizistischen Trommelfeuer Wirkung. Die Spenden- und Bestechungsaffäre, die er zuerst mit Schweigen durchstehen wollte, zehrte an ihm. Ein Politiker, der sich gern der offenen Feldschlacht stellte, ja der den direkten Schlagabtausch manchmal wie eine Droge genießt, wurde auf dem Wege der Vorverurteilung entnervt. Mehrfach, so hieß es, sei er zum Rücktritt entschlossen gewesen.

Besonders gewurmt hat es ihn, daß er die Pfeile nicht erwidern konnte, weil die Gegner aus der Deckung schossen. Die durch Verfahrensrecht erzwungene Untätigkeit erzeugte einerseits Resignation (selten), zum anderen trotziges Verharren (meist). Oft hörte man ihn von der Wohltat guter Freunde räsonnieren. Wie Balsam wirkten da die Ovationen, die manche ihm stehend brachten – so im Dezember im Düsseldorfer Messecenter, wo rund tausend Teilnehmer eines Jubiläums spontan und demonstrativ applaudierten, als er erschien. So als Kohl in Bundestagsdebatten ohne Zaudern seinen Wirtschaftsminister stützte, was mehr als politischer Eigennutz verstanden wurde.

Profil vor allem vermochte Lambsdorff zu geben – in wirtschaftspolitischen Dingen eher eine Mangelware. Seine Rede kannte keine Umschweife, konnte schwierige Probleme griffig verkürzen ohne zu versimpeln. Der Frühaufsteher Lambsdorff, der abendliche Palaver verabscheut, hinterläßt einen politischen Raum, den es schwer sein wird zu füllen. Die Sorge, daß schierer Populismus und Sprechblasen an die Stelle markanter und auch unbequemer Prinzipien treten, ist nicht von der Hand zu weisen. Aber auch dieses Wort stammt vom Grafen: „Politiker zu sein heißt, einen täglich kündbaren Beruf zu haben."

Der neue Krieg: Terrorismus auf Regierungsbefehl

Immer mehr trägt der internationale Terrorismus Züge eines von Staaten organisierten Krieges. Wie ein roter Faden zog sich diese Erkenntnis durch eine Experten-Konferenz in Washington.

Von TH. KIELINGER

Das *friedliche Blau eines* perfekten Sommer-Hochs spannte sich drei Tage lang über die amerikanische Hauptstadt, während im Großen Ballsaal des „Four Seasons Hotel" Experten aus aller Welt eine Plage der Gegenwart diskutierten, den internationalen Terrorismus.

Washington gibt sich in diesen Tagen nicht nur wie eine vom Tourismus, sondern auch von Sicherheits*vorkehrungen vollkommen* überwältigte Stadt. Als Blumenkübel getarnte schwere Betonklötze sperren die ganze Executive Avenue vor dem Ostflügel des Weißen Hauses ab. Vor den Eingängen entlang der schmiedeeisernen Gitter an der Pennsylvania Avenue dehnen sich lange Betonsperren in Fahrtrichtung, so daß der Verkehr wie durch Parallelen des versteinerten Mißtrauens hindurch sein Tempo *stark* verlangsamen muß.

Vor den Zugängen zum State Department, zum Pentagon oder auf dem Capitol Hill, dem Sitz des Kongresses, ist es nicht anders. Was die Betonklötze an Raum freilassen, ist vielfach zusätzlich durch quergestellte Autos abgesichert.

Kontrollen, wohin das Auge sieht und der Motor reicht. Selbst die Presse darf jetzt nicht mehr durch die Eingänge hindurch, die sie einst mit den Kongreß-Abgeordneten und deren Stabsleuten teilte. Eine eigene, „Rampe" genannte, sanft ansteigende Brücke führt in einen Seitenflügel, an der Berichterstatter sogleich mit einem Metalldetektor empfangen werden. Im Innern wimmelt es von Uniformierten, die, unter die Volksmenge gestellt, dem Treiben etwas von kontrolliertem Respekt überwerfen. We, the people ... Was dieser eine Bombenanschlag auf dem Kapitol, Anfang Dezember 1983, allein in dieser noch vor kurzem frei durchstreifbaren Hochburg der Demokratie angerichtet hat!

Das FBI macht Gefahrenherde aus

Dabei sind die USA noch weitgehend von jenem „hoch organisierten, hochtrainierten Terrorismus befreit geblieben", der andere Staaten, etwa in Europa, Lateinamerika oder dem Nahen Osten, heimgesucht hat, wie auf der Terrorismus-Konferenz Louis O. Giuffrida vom FBI-Notstandsreferat („Federal Emergency Management Agency") freimütig zugab. Doch Mr. Giuffrida fügte hinzu, daß sich diese „Situation zu ändern beginnt".

Jedenfalls hat das FBI, das im Gegensatz etwa zur Bundesrepublik Verfassungsschutz und Fahndung verbindet, vier Anlässe ausgemacht, die in diesem Jahr als besonders Terrorismus-anfällig gelten: die Weltausstellung in New Orleans, die Olympischen Spiele in Los Angeles sowie die Parteitage der Demokraten in San Francisco und der Republikaner in Dallas/Texas.

Daneben beginnt der staatsgelenkte Terrorismus, wie er aus dem fundamentalistischen Nahen Osten oder aus Libyen seine Unruhewellen aussendet, die amerikanischen Gestade wie eine Vorahnung zu streifen. Die Verbarrikadierung Washingtons ist *Vorbeugemaßnahme gegen* eine Ansteckung. Es ist keine Maßnahme gegen unorganisierte potentielle Einzeltäter.

Auch diese Konferenz im „Four Seasons Hotel", veranstaltet vom Jonathan-Institut Jerusalem, hat erneut gezeigt, daß die Terrorismus-Diskussion international mehr und mehr in das politische Fach überwechselt, sich auf den Grenzbereich der Gesetzlosigkeit konzentriert, wo Aggression, Subversion, Totalitarismus und Terrorismus ihre normenverachtende Symbiose eingehen. Dabei erweitert sich die Definition des Terrorismus mehr und mehr um die Dimension des „bewaffneten Angriffs" überhaupt, des Angriffs gegen das internationale Gesetz, die internationale Ordnung. Darauf wies ein Sprecher nach dem anderen hin.

Leszek Kolakowski sprach vom staatsgestützten Terrorismus schlicht als „Krieg", Lord Chalfont nannte ihn „Kriegführung reduzierter Intensität", Botschafterin Kirkpatrick analysierte diese Form des antidemokratischen Kampfes als ein bevorzugtes Vehikel totalitärer Staaten, vornehmlich der Sowjetunion; Eugene Rostow ging weiter und prophezeite, daß die internationalen Rechtsnormen als Regulative des Verhaltens von Staaten aufhören werden zu funktionieren, „wenn die Sowjetunion nicht ihr Programm der Expansion, angetrieben durch Aggression, aufgibt".

Eine „Strategie der Spannungen"

Interessant, daß von akademischer Seite diese Terrorismus-Auslegungen weitgehend unterstützt wurden, während *Praktiker gelegentlich* davor warnten, Analyse terroristischer Verbrechen in „Spekulation" münden zu lassen (Christian Lochte, Präsident des Hamburger Verfassungsschutzamtes).

Der Münchner Staatsrechtler Wolfgang Fikentscher stellte an den Anfang seiner Darstellung die bündige Formulierung: „Staatlich unterstützte Guerrillas sind Terroristen, auch wenn sie Uniformen tragen." Der Satz führt in den Bereich der Dritten Welt, wo Guerrilla-Bewegungen und staatsgetragener Terrorismus eine Einheit bilden. Mit Lord Chalfonts These der Kriegführung auf niedrigerer Schwelle schien sich der Münchner Staatsrechtler zu treffen, als er vortrug: „Was ist also (für die Sowjetunion) zu tun, wenn sie ihre ‚Friedenspolitik', die im Grunde eine Theorie vom Krieg gegen den Rest der Welt fortschreibt, den Gegebenheiten des atomaren Zeitalters anpassen will? Diese Politik muß auf die Stufe der Kriegführung unterhalb des nuklearen Risikos zurückgeführt werden. Und was für ein Krieg ist das? Der terroristische Krieg."

Mit besonderer Beachtung wurden die Thesen des französischen Publizisten Jean François Revel quittiert, der in den Terrorismus-Bewegungen von der Türkei über Spanien bis Lateinamerika eine „Strategie der Spannungen" erkennt, die jeweils dann voll zum Einsatz kam, wenn in diesen Ländern demokratische Regierungen die Macht übernahmen. Denn die „Revolutionäre", so Revel, versuchen zunächst, demokratische Regierungen in ein faschistisches Verhaltensmuster zu drängen, um danach, in der zweiten Phase, den Sozialismus auf der Zerstörung des Faschismus aufzubauen. Denn „es ist viel leichter, den Kommunismus über den Faschismus her anzusteuern als über die Demokratie".

Konferenzen dieser Art sind keine Handelsanleitungen. Letzten Endes ist jede Demokratie auf ihre eigene Entschlußkraft und die Solidarität der befreundeten Demokratien angewiesen.

Scargill kämpft um Solidarität der anderen Gewerkschaften

Die Aktivisten unter den britischen Kumpeln geraten immer mehr in die Isolation

FRITZ WIRTH, London

Der Streik der britischen Bergarbeiter, nunmehr vier Monate alt, nimmt immer verzweifeltere Formen an. Nach dem Ausbruch der Gewalt, der in der letzten Woche mit der „Schlacht von Orgreave" ihren Höhepunkt fand, haben die Kumpel und ihr Streikführer Arthur Scargill offenbar erkannt, daß sie diesen Arbeitskampf aus eigener Kraft nicht gewinnen können. Sie setzen deshalb immer stärker andere Gewerkschaften unter Druck, sich mit ihnen solidarisch zu erklären.

Das Ergebnis dieser Kampagne war ein „Tag der Solidarität" der Gewerkschaften, der sich mit seinen Aktionen und Streiks besonders auf den Süden Englands konzentrierte. Bisher war dieser Streik für die Bürger in London und Umgebung in erster Linie ein Ereignis des Nordens, das man sich im Fernsehen ansah, ohne von den Folgen direkt behelligt zu werden.

Gestern folgten Tausende von Eisenbahnern und U-Bahn-Schaffnern der Aufforderung zu einem 24stündigen illegalen Sympathiestreik, der zu einem erheblichen Verkehrschaos in der britischen Hauptstadt führte und zahlreiche Arbeiter und Angestellte von der Arbeit fernhielt.

Von dieser Solidaritätsaktion waren auch die beiden auflagenstärksten britischen Zeitungen „Sun" und „Daily Mirror" und die „Financial Times" betroffen, die gestern nicht erscheinen konnten. Anlaß zum Konflikt war die Forderung von vier Druckergewerkschaften und einigen Mitgliedern der britischen Journalistengewerkschaft, an prominenter und von ihnen vorgeschriebener Stelle ihrer Blätter einen von ihnen verfaßten Artikel zu veröffentlichen, der sich für die Sache der streikenden Bergleute verwendet und der Regierung vorwirft, die britische Öffentlichkeit in diesem Streik irrezuführen. Absicht dieses Gewerkschaftsartikels sei es, die angeblich überwiegend einseitige Berichterstattung zahlreicher britischer Zeitungen über diesen Streik zu korrigieren und zu neutralisieren.

Die Chefredakteure des „Mirror", der „Sun" und der „Financial Times" weigerten sich, den Text im Redaktionsteil zu drucken. Ihre Blätter wurden daraufhin von den Druckern bestreikt. Ein Vorschlag des Managements der „Financial Times", den Text als Anzeige zu drucken, wurde von der Gewerkschaft des Blattes abgelehnt.

Andere Fleet-Street-Zeitungen hatten mit diesem Vorschlag mehr Glück. In der „Daily Mail" und im „Daily Express" erschien der Text als bezahlte Anzeige, die „Times" und der „Guardian" druckten ihn in ihren Leserbriefspalten ab. Der „Guardian" fügte sogar eine gewerkschaftseigene Karikatur bei, die zeigt, wie den Bergarbeitern auf einem Friedhof das Grab geschaufelt wird. Insgesamt ist die Forderung nach dem Abdruck dieses Artikels, der nur vom kommunistischen „Morning Star" voll im Redaktionsteil veröffentlicht wurde, der bisher eklatanteste Versuch der britischen Gewerkschaften, direkt in die Redaktionshoheit britischer Zeitungen einzugreifen.

Der Appell der streikenden Bergleute an das Solidaritätsgefühl anderer Gewerkschaften wird von der Einsicht bestimmt, daß sie diesen Arbeitskampf allein nicht mehr lange durchhalten können. Die vom Bergarbeiter-Gewerkschaftspräsidenten Scargill angekündigte „Winterschlacht", in der der Ausstand entschieden werden soll, wird auch von Kumpeln selbst als unrealistisch bezeichnet.

Deshalb suggeriert Scargill seit einigen Tagen seinen Bergleuten, daß der Ausstand jetzt direkte Wirkung zeigt und daß die Regierung bereits Pläne für eine Energie-Kontingentierung und für Stromsperren im August vorbereitet habe. Energieminister Walker hat das dementiert und erklärt, daß die Kohlevorräte bis zum Ende des Jahres ausreichen.

Das nächste Ziel Scargills ist es deshalb, die britischen Stahlwerke stillzulegen und damit die gesamte britische Schwerindustrie zu treffen. Während einige Eisenbahner seinem Aufruf gefolgt sind, den Transport von Kohle, Koks und Eisenerz in die britischen Stahlküchen einzustellen, haben diese Maßnahmen bei den Stahlarbeitern selbst Verbitterung und Zorn gegen die Bergleute und besonders gegen Scargill ausgelöst.

Die Stahlarbeiter sehen nicht ein, daß sie sich mit den Bergleuten solidarisch erklären und damit ihre eigenen Arbeitsplätze gefährden sollen, während unter den Bergleuten selbst keinerlei Solidarität herrscht. Nach Angaben der Bergbaubehörde widersetzen sich zur Stunde 50 000 der insgesamt 180 000 britischen Kumpel dem Streik ihrer eigenen Gewerkschaft.

Sex-Skandal: Zeitschrift nennt Ministernamen

wth. London

Die Spekulationen über den Namen des britischen Kabinettsministers, der angeblich in einen Sex-Skandal verwickelt sein soll, sind am Mittwoch von der britischen satirischen Zeitschrift „Private Eye" beendet worden. Das Blatt nannte Innenminister Leon Brittan im Zusammenhang mit diesen Spekulationen und fügte zugleich hinzu, daß diese Unterstellungen absolut unwahr und Teil einer Schmutzkampagne gegen den Minister seien.

Die Gerüchte über diesen angeblichen Skandal waren in der vergangenen Woche so umfangreich geworden, daß Downingstreet sich zu einem Dementi und zu der Drohung veranlaßt sah, daß jeder, der in diesem Zusammenhang den Namen eines Ministers öffentlich nenne, strafrechtlich verfolgt werde. Obwohl „Private Eye" nun zum erstenmal den Namen des Innenministers nannte, dürfte das Blatt kaum mit einem Prozeß zu rechnen haben, da es Brittan von jedem Verdacht freisprach.

Das Blatt behauptet ferner, daß diese Schmutzkampagne gegen Brittan angeblich vom britischen Geheimdienst MI 5 ausgehe, der Brittan in seiner Funktion als Innenminister direkt untersteht. „Private Eye" verbreitet die Version, daß Brittan den Zorn einiger Geheimdienstbeamter ausgelöst habe, weil er ihr angebliches Versagen während der libyschen Botschaftsaffäre vor wenigen Wochen untersuchen lassen wollte. Im Widerspruch zu dieser Version steht die Tatsache, daß die Gerüchte über die angebliche Sex-Affäre eines Kabinettsmitglieds bereits seit Ende des letzten Jahres in Fleet Street im Umlauf sind.

Chinas KP treibt ihre Strategie der „Verbrüderung" voran

Schweizer Kommunisten als jüngstes Beispiel / Unabhängigkeit als wichtiges Kriterium

Von OSKAR WEGGEL

Die schweizerische KP hat mit der Kommunistischen Partei Chinas offizielle Parteibeziehungen aufgenommen. Die erstere umfaßt rund 5000 Mitglieder und hält einen von insgesamt 200 Sitzen im Schweizer Parlament, während letztere inzwischen auf mehr als 30 Millionen angewachsen ist, also fünfmal soviel Mitglieder zählt, wie die Schweiz überhaupt Einwohner hat.

Warum diese demonstrative Verbrüderungsdiplomatie Pekings mit einem so unbedeutenden Partner?

Allgemein gesprochen betreibt China eine Politik der drei Ebenen:

1. Auf Regierungsebene findet der normale diplomatische Austausch statt.

2. Auf der Volksebene kam es in der Vergangenheit zu so eigenartigen Erscheinungen wie der Pingpong-Diplomatie (sie leitete zum Beispiel den Nixon-Besuch in China ein); heute steht der Sport-, Studien- und Kulturaustausch im Vordergrund. Ein Sonderfall sind Städte- und Provinzpartnerschaften. Partnerschaften werden nach Maßgabe der Besonderheiten jeder Stadt oder jeder Provinz gegründet. So ist beispielsweise Peking mit Belgrad in Verbindung getreten – beide sind jeweils Hauptstädte ihrer Länder; Shanghai nahm Beziehungen mit Rotterdam auf – beides Hafenstädte; Kunming mit Zürich – beide angeblich Städte mit „touristischer Anziehungskraft".

3. Auf der KP-Ebene schließlich, für die der jüngste Handschlag mit der Schweizer KP ein Beispiel ist, sind drei Gruppen von Partnern zu unterscheiden, nämlich die regierenden und die nicht regierenden kommunistischen Parteien.

Gegenüber den (nicht regierenden) eurokommunistischen Parteien hat die KPCh längere Zeit eine schwankende Haltung eingenommen, um schließlich, und zwar von 1979 ab, mit der KPI (unter Berlinguer), der KP Spaniens (Santiago Carrillo), der KP Griechenlands, der KP San Marino und der KP Niederlande offizielle Beziehungen aufzunehmen.

Hatte die KPCh noch Anfang der sechziger Jahre den sozusagen „reinen Sozialismus" als Unterpfand echter zwischenparteilicher Beziehungen gefordert, so legte sie seit den Ereignissen von Prag und am Ussuri (1968/69) den Akzent auf den gemeinsamen „Antihegemonismus" der kommunistischen Parteien. Doch mußte die KPCh erkennen, daß der direkte Antihegemonismus nicht das rechte Einigungskonzept abgab. Seit dem 12. Parteitag (1982) legte sie sich auf die neue Formel „Unabhängigkeit" fest. Die „vier Prinzipien" für KP-Beziehungen lauten nunmehr: Unabhängigkeit, völlige Gleichberechtigung, gegenseitige Achtung, gegenseitige Nichteinmischung.

Hier machte sich die KPCh eine Erkenntnis zunutze, die von der staatlichen Diplomatie Pekings bereits im Rahmen der Befürwortung regionaler Blockbildungen gewonnen worden war. Dem Ruf Chinas nach einer Stärkung der EG, der Asean, der OAU, des Anden-Paktes oder aber der Südasiatischen Gemeinschaft liegt ja die Prämisse zugrunde, daß solide in sich gefügte Regionalbündnisse gleichsam automatisch antihegemonistische Wirkungen entfalten. „Unabhängigkeit" läuft insofern auf eine Art indirekten Antihegemonismus hinaus.

Diese Erkenntnis wurde nun auch auf die einzelnen kommunistischen Parteien übertragen. Peking will dafür sorgen, daß in Zukunft keine KP mehr eine „Vaterrolle" spielen kann: Keine „Zentren" mehr – von einem Komintern oder einer Kominform ganz zu schweigen: Dies also ist der neue Kurs der KPCh.

Diese neue, geschichtlich gesehen, dritte Akzentverschiebung führte unter anderem zur Aufnahme regulärer Partei-Beziehungen mit der KPF. Deren Vorsitzender, Georges Marchais, hatte sich immer wieder geweigert, den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zu verurteilen. Mit dem Schwenk vom Antihegemonismus zur Unabhängigkeit war auch die KPF für Peking salonfähig.

Einmal in Bewegung geraten, entwickelt die neue KP-Verbrüderungsstrategie ihr eigenes Schwergewicht und neigt dazu, keinen weißen Fleck in der KP-Landschaft mehr auszulassen; auch die Schweizer KP hat davon ihren Nutzen.

Die KPCh hat formelle Beziehungen mit der Sozialistischen Partei Frankreichs und der SPD aufgenommen. Letztere hatte vom 28. Mai bis 3. Juni eine Delegation (Brandt, Bahr, Wischnewski) nach Peking entsandt. Mit der SPD wurden allerdings nur höchst lockere Fäden gesponnen: Beide Seiten kamen überein, Informationen, Meinungen und Dokumente auszutauschen und jährlich einmal eine hochrangig besetzte Besucherdelegation zu entsenden.

Aufruf an Warschau: Arbeiterrechte achten

Internationale Arbeitsorganisation legt Bericht vor

AP, Genf

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) der Vereinten Nationen hat die polnischen Behörden aufgefordert, unter Kriegsrecht inhaftierte Gewerkschaftsmitglieder freizulassen, den Tod von Arbeitern und Demonstranten aufzuklären und das Recht auf freie gewerkschaftliche Organisation wiederherzustellen. In dem gestern von einer ILO-Sonderkommission in Genf veröffentlichten Bericht wird die polnische Regierung ferner aufgerufen, den Dialog mit den polnischen Arbeitnehmern einschließlich der früheren Mitglieder der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" wiederaufzunehmen. Nur durch energische Bemühungen um Verständigung könne ein Ausweg aus der „Sackgasse", in der Polen sich befinde, gefunden werden, erklären die Verfasser.

In dem Bericht wird eingeräumt, daß der vorgeschlagene Weg nicht leicht sei, doch sei dies offenbar der Weg, den das polnische Volk zu gehen wünsche. Eine Verbesserung der Lage sei gewiß nicht von einem Tag auf den anderen zu erreichen, doch seien entsprechende Anstrengungen dringend notwendig. Die polnische Regierung sollte sich zu einem vorurteilsfreien und offenen Dialog mit den Vertretern „verschiedener gewerkschaftlicher Richtungen" bereitfinden, da solche Gespräche nicht nur den Gewerkschaften nützen, sondern auch entscheidend zu einem wirtschaftlichen Wiederaufschwung und einer allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen in Polen beitragen würden. Die Vertreter der unterschiedlichen gewerkschaftlichen Richtungen seien ihrerseits aufgerufen, sich um eine „nationale Verständigung" zu bemühen und durch ihr Verhalten dazu beizutragen, daß Polen seine derzeitigen Schwierigkeiten überwindet.

Die polnische Regierung sei generell gehalten, den Stand der bürgerlichen Freiheiten wiederherzustellen, den das Land mit seinem Eintritt in die ILO anerkannt habe, heißt es in dem Bericht ferner.

Der Veröffentlichung des Berichts waren einjährige Untersuchungen der Kommission vorausgegangen. Das Gremium war dabei ausschließlich auf die Aussagen Dritter angewiesen. Die polnischen Behörden lehnten es sowohl ab, offizielle Vertreter vor der Kommission aussagen zu lassen, als auch Mitglieder des Ausschusses Untersuchungen an Ort und Stelle zu ermöglichen. Im Verlauf der am Dienstag zu Ende gegangenen ILO-Jahreskonferenz hatte die polnische Delegation den Austritt aus der Organisation für den Fall angekündigt, daß der Bericht veröffentlicht werden sollte.

Die ILO-Kommission hat während ihrer Untersuchung keine Beweise für die Darstellung Warschaus gefunden, daß die „Solidarität" einen politischen Umsturz geplant habe.

Antisemitische Ausschreitungen in Polen

J.G.G. Düsseldorf

In Polen häufen sich in jüngster Zeit wieder antisemitische Ausschreitungen. So wurde in Krakau der unter Denkmalschutz stehende Judenfriedhof geschändet. Die katholische Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny" berichtete, fünf Grabplatten und Denkmäler seien zerstört worden, darunter das Grabmal des Malers Moritz Gottlieb, Schüler des polnischen Nationalmalers Jan Matejki.

In einem Leserbrief wurde diese Schändung als „Barbarei und Banditentum" bezeichnet. Abermals habe die Vereinigung der Juden bei der Krakauer Milizkommandantur vergeblich interveniert. Wie vor zwei Jahren konnten auch diesmal die Täter dieses „Aktes an Bestialität" unerkannt untertauchen. Die jüdische Leserin Maria de Hernandez-Paluch befürchtet, daß die nächste Schändung eines Judenfriedhofes programmiert sei.

Erst vor wenigen Wochen war es im Krakauer Sportstadion zu antisemitischen Ausschreitungen gekommen, die von der Warschauer „Polityka" scharf kritisiert wurden. Die Fußballmannschaft aus Lodz wurde dort mit Zurufen wie „Juden in die Verbrennungsöfen" beschimpft. In Lodz lebt noch heute eine jüdische Minderheit, darunter der letzte Überlebende der Führung des Aufstandes im Warschauer Getto, der Arzt Marek Edelman.

USA setzen Gespräche mit Nicaragua fort

AFP, Manzanillo/Washington

Eine leichte Entspannung ist in den Beziehungen zwischen den USA und Nicaragua eingetreten. In einer zweitägigen Gesprächsrunde im mexikanischen Seebad Manzanillo kamen Nicaraguas Vize-Außenminister Victor Tinoco und der US-Sonderbotschafter für Mittelamerika, Harry Shlaudeman, prinzipiell überein, die Verhandlungen weiterzuführen. Tinoco erklärte der mexikanischen Nachrichtenagentur Notimex, es gebe „gute Aussichten für den Frieden in Mittelamerika". Die baldige Fortsetzung der Verhandlungen könnte ebenfalls in Manzanillo erfolgen, hieß es weiter. Die Aufnahme von direkten Gesprächen zwischen den beiden Ländern war am 1. Juni anläßlich eines überraschenden Besuches von US-Außenminister Shultz in Managua beschlossen worden.

In der vergangenen Woche hatten die Sandinisten gedroht, sich nicht mit dem Abgesandten der Reagan-Regierung an einen Tisch zu setzen, sollte der US-Senat zuvor die von US-Präsident Reagan geforderten Mittel für die antisandinistische Guerrilla bewilligen. Am Montag hatte es der Senat jedoch wie zuvor das Repräsentantenhaus abgelehnt, 21 Millionen Dollar für die „Geheimoperationen" der CIA in Nicaragua zu genehmigen. Der Sprecher des State Departements, Hughes, erklärte am Dienstag, die Regierung bestehe dennoch auf ihrer Forderung.

„Ein Zeichen setzen von der befreienden Kraft des Glaubens“

88. Deutscher Katholikentag: Im Kräftefeld zwischen Religion und Politik

HENK OHNESORGE, Bonn

„Ich bin sicher“, so meint Ministerpräsident Franz Josef Strauß, „dieser Katholikentag wird vor allem Zeichen der angstüberwindenden, befreienden Kraft des christlichen Glaubens setzen. Leben und Tun der Christen dürfen ebensowenig von kleinmütiger Verzagtheit wie von irrationaler Zukunftsangst bestimmt werden.“ Sein Kontrahent im Münchner Landtag, der SPD-Landesvorsitzende Helmut Rothemund, vertritt die Auffassung, daß sich Kirchentage und Katholikentage als idealer Raum für die freie Erörterung der Probleme unserer Zeit bewährt haben.

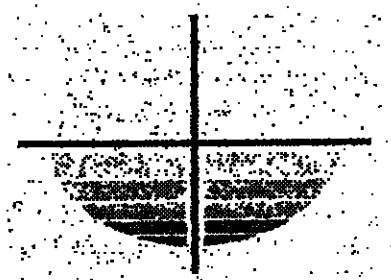
Die Rede ist vom 88. Deutschen Katholikentag, der vom 4. bis zum 8. Juli in München stattfinden wird. Was getan werden konnte, um den Erfolg zu sichern, wurde getan. „Die Münchner sind Spitze. Auf ihre Gastfreundschaft ist doch Verlaß. Ich habe nie daran gezweifelt“, sagt nun auch der „Quartiermeister“ Sepp Brunner. Nach Anfangsschwierigkeiten bei der Werbung für Privatquartiere sind allein in den vergangenen acht Wochen fast 6000 Betten angeboten worden. Von den bisher 53 000 angemeldeten Dauerteilnehmern und den 8000 Mitwirkenden werden fast 25 000 in Privatquartieren übernachten, der Rest in Gruppenquartieren in Münchner Schulen. Selbst für Nachzügler gibt es eine „Bettenreserve“.

„Dem Leben trauen, weil Gott es mit uns lebt“, ist das Motto des Katholikentages, ein Wort des von den Nationalsozialisten hingerichteten Münchener Jesuitenpaters Alfred Delp. Dies ist die eine Seite mit den drei großen Generalthemen, die eine Verbindung zwischen täglichem Leben und gelebtem Glauben suchen: „Woher kommen wir – woraus leben wir?“, „Wie leben wir angesichts von Grenzen und Bedrohungen?“ und schließlich „Wofür leben wir – wohin gehen wir?“

Ganz konkret werden – und das ist die andere, die ergänzende Seite – ganz hautnahe Fragen wie „Frau in Kirche und Gesellschaft“, „Arbeitswelt“, „Ausländer in Deutschland“, „Kirche am Ort – lebendige Gemeinde“, „Weltkirche“, „Wähle das Leben“ und „Jugend – Familie – Bildung“ in Themenhallen aufgegriffen.

Das Programmheft mit seinen 288 Seiten verzeichnet über eintausend verschiedene Veranstaltungen für die Tage zwischen Donnerstag morgen und Samstag abend (am Sonntag ist die Schlußkundgebung) und damit die Qual der Wahl für jeden Teilnehmer.

Es bedarf keiner großen Phantasie, daß einige Veranstaltungen ganz be-



sonderen Zulauf haben werden, etwa am Samstag zwischen zehn und 12.30 Uhr in der Halle 25, wenn dort „Eine Gesellschaftspolitik für die Familie“ zur Sprache kommt, der Marburger Professor Dietrich Simon über „Gerechtigkeit für Familien auch bei leeren Kassen“? spricht und sich auf dem Podium Bundesminister Heiner Geißler (auch Marianne Strauß war hier vorgesehen gewesen) kritischen Fragen stellt.

Ähnlicher Andrang wird am Samstag nachmittag in der „Friedenswerkstatt“ im Saal Bavaria K 1 vor der Halle 3 sein, wenn sich dort der Schweizer Moraltheologe und derzeitige Rektor der Bonner Universität, Franz Böckle, der SPD-Politiker Erhard Eppler und wieder Heiner Geißler zum Thema „Politische Folgerungen aus der Bergpredigt“ äußern werden.

Ob – um bei Politikern zu bleiben – Horst Ehmke oder Alfred Dregger, ob Georg Leber oder Hanna Renate Laurien oder andere Polit-Prominenz: Die Diskussionsforen sind „hochkarätig“ besetzt. Ähnliches gilt für die Wissenschaftler der verschiedenen Disziplinen, gilt für die Theologen, bei denen neben den gastgebenden Katholiken Juden und Protestanten, Altkatholiken und Orthodoxe den schon üblichen ökumenischen Akzent setzen, der sich teilweise auch bei den Besuchern widerspiegelt.

Weder der Katholikentag noch der in jährlichem Wechsel mit ihm stattfindende Deutsche Evangelische Kirchentag sind denkbar ohne die Mehrheit junger Menschen. „Es ist schön, daß die Jugend auf dem Katholikentag eine dominierende Rolle spielt“, meint denn auch der Präsident des gastgebenden Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, der bayerische Kultusminister Professor Hans Maier. „So sollte es eigentlich auch bleiben. Doch dürfen wir die Generation der 30- bis 50jährigen nicht verlieren, die Gruppe, die in Arbeit und Beruf in politischer Verantwortung steht.“ Bewußt hat man versucht, mit der Wahl der Themen beide Gruppen, Jugend und Erwachsene im mittleren Alter, anzusprechen. Und dann gibt es auch noch Haidhausen, das zum „Stadtteil der Jugend“ mit entsprechendem Angebot erklärt wurde.

Ein geistliches Zentrum als Ort der Ruhe im Getümmel, viele geistliche und kirchenmusikalische Veranstaltungen, dazu Kultur und – im letzten Moment eingeschoben – eine Podiumsdiskussion in der Halle 18 zum Thema „Aktive Sterbehilfe“, bei welcher der Moraltheologe Franz Böckle, der Berliner Chefarzt Josef Böger, der Präsident der Bundesärztekammer Karsten Vilmar und die Privatdozentin Hannelore Burmeister von der „Gesellschaft für Humanes Sterben“ ihre unterschiedlichen Standpunkte vortragen werden – es mangelt nicht an Aktualität.

Ein Kabinettstück von Börner

Hessische Minderheitsregierung geschickt auf Zusammenarbeit mit Grünen abgestimmt

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Mit seiner neuen Minderheitsregierung in Hessen zielt Holger jBörner ganz offensichtlich darauf ab, typische SPD-Wähler aus Arbeiterschaft und Angestelltenschichten nach seinen monatelangen Verhandlungen mit den Grünen von einer Konsolidierung seiner Politik zu überzeugen. Das ist schon im Hinblick auf die hessischen Kommunalwahlen im März 1985 wichtig, und es ist eine Konsequenz aus den landesweiten Verlusten der hesssischen SPD bei den Europawahlen. Hier hatte Börner mit seiner Strategie, den Grünen durch eine „neue Architektur“ der SPD-Politik Stimmen abzuknöpfen, keinen Erfolg gehabt.

Das von ihm nun präsentierte Kabinett aus mehr oder weniger „rechten“ SPD-Leuten hat keine grünen Streifen und ist dennoch raffiniert auf die Zusammenarbeit mit den Grünen abgestimmt. SPD-Politiker, die den Grünen „suspekt“ waren, wurden aus den vordersten Linien zurückgezogen. Der frühere Finanz- und Wirtschaftsminister Heribert Reitz wollte selbst einem von den Grünen tolerierten Kabinett nicht mehr angehören. Herbert Günther, bisher Innen- und Justizminister, wird sich wieder auf das Justizressort beschränken. Und Karl Schneider, der bisherige Landwirtschafts- und Umweltminister und einer der Wegbereiter für die rot-grüne Zusammenarbeit in Hessen, zugleich aber auch derjenige Ressortchef der alten Regierung, der die meisten Konzessionen gegenüber den Grünen machen mußte und deshalb in eine besondere Frontstellung zur Umweltpartei geriet, wird Chef des Kultusressorts. Er ist damit für die bereits beschlossene Einführung der flächendeckenden Förderstufe in Hessen verantwortlich. Die Bereiche Wissenschaft und Kunst, in denen es unter dem bisherigen Kultusminister Krollmann zu einer Konfrontation mit den Hochschulen gekommen war, werden ausgegliedert und der bisherigen Bonn-Ministerin Vera Rüdiger anvertraut.

Die auffälligste Neuerwerbung Börners ist Ulrich Steger, Forschungs- und Technologieexperte der SPD-Bundestagsfraktion. Er übernimmt das Wirtschaftsressort. Wirtschaftspolitik wird damit in Hessen künftig demonstrativ mit technologischen Positionen verbunden, und das heißt auch mit Umwelttechnologien, von denen Börner Chancen für neue Arbeitsplätze erwartet.

Im neuen Kabinett übernimmt der bisherige Fraktionschef der SPD, Horst Winterstein, das wichtige Innenressort. Von ihm, einem der „Väter“ der „neuen Architektur“, werden die Grünen zwar eine verbindlichere Taktik bei Polizeieinsätzen im Fall von Demonstrationen erwarten, aber gerade Winterstein, der die Landtagsfraktion der SPD und ihre potentiellen rechten „Brutusse“ gut genug kennt, wird peinlich darauf achten, die Reputanz des von ihm mitinstallierten Bündnisses beim rechten Flügel nicht durch Zweideutigkeiten in ordnungspolitischen Grundsatzfragen zu gefährden. Auch der frühere Kultusminister Hans Krollmann hat sich mit einem besonders entgegenkommenden Verhandlungsstil das Vertrauen der Grünen erworben. Sein Einzug ins Finanzressort bedeutet in den Augen der Grünen eine Gewähr, daß es keine Mittelzuweisungen für ökologisch umstrittene technische Projekte z.B. im Straßenbau mehr geben wird. Für den innerparteilichen Frieden der hessischen SPD jedoch wird damit gerade erreicht, daß der Bezirk Nordhessen (Vorsitzender Krollmann), in dem die untergründigen Aversionen gegen das rot-grüne Bündnis am stärksten sind, in die „neue Architektur“ durch einen prominenten Politiker eingebunden ist.

Auch der andere stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, Willi Görlach, Bezirksvorsitzender des „linken“ Südhessen, kehrt nach seinem früheren Scheitern als Landwirtschafts- und Umweltminister und einem Intermezzo als Landtagsabgeorndeter in das Kabinett zurück – und zwar in der Funktion eines Landwirtschafts- und Naturschutzministers. Damit wird die Position des SPD-Bezirks Südhessen in der Landespolitik stabilisiert, aber auch die Grünen dürften erwarten, daß Görlachs Umweltgewissen noch lebendig genug ist, um die hessische landwirtschaftliche Produktion in naturfreundliche Bahnen zu lenken.

Das ausgegliederte Umweltressort (Hessens Landwirtschafts- und Umweltministerium war das älteste Umweltressort der Bundesrepublik im Ministerrang gewesen) wird dem Sozialministerium von Armin Clauss zugeschlagen. In dieser Kombination liegt der kitzligste Punkt der Ministerliste Börners für die Grünen. Clauss hat sich zwar – zum Beispiel mit seiner kompromißlosen Kampagne gegen die Legehennenbatterien in Hessen – auch bei den Tierschützern schon einen Namen gemacht. Zugleich freilich gilt er als einer der distanziertesten Gefolgsleute der rot-grünen Bündnispolitik Holger Börners in Hessen. Durch die Verkoppelung von Arbeits-, Sozial- und Umweltministerium wird drittens jedoch genau der Programminhalt des hessischen Modells, nämlich die „Versöhnung von Arbeit und Umwelt“, im neuen Kabinett „materialisiert“.

Lichtbildausweise für Asylbewerber

F.D. Berlin

Der Berliner Senat will in der nächsten Zeit an alle 7000 Asylbewerber, die nicht in städtischen Wohnheimen untergebracht sind, Lichtbildausweise ausgeben. Allein diese Ausweise sollen dann zum Einkauf mit Sozialhilfe-Wertgutscheinen berechtigen. Berlins Sozialsenator Ulf Fink (CDU) begründete die Maßnahme mit den seiner Meinung nach rechtswidrigen Umtauschaktionen, bei denen Deutsche den Asylbewerbern Geld für Wertgutscheine gaben.

Fink hält die Ausgabe dieser Sonderausweise für nicht diskriminierend, da auch deutsche Sozialhilfeempfänger verschiedene Leistungen und Vergünstigungen nur bei Vorlage bestimmter Ausweise in Anspruch nehmen könnten. Doch stieß die Einführung der Einkaufsauweise beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und Berliner Oppositionspolitikern auf heftige Ablehnung.

Angehörige wollen Sacharow sehen

dpa, Paris / Tokio

Angehörige des sowjetischen Bürgerrechtlers Andrej Sacharow wollen endlich Klarheit über das Schicksal des Nobelpreisträgers und seiner Frau Jelena Bonner. Die Tochter von Frau Sacharow und ihr Mann Efrem Jankelewitsch, die in den USA leben, teilten gestern in Paris mit, sie würden sofort nach ihrer Rückkehr in die USA am Donnerstag bei der sowjetischen Botschaft die Erlaubnis zu einem Besuch ihrer Eltern beantragen. Das Ehepaar Jankelewitsch bezweifelte ebenso wie der nach Tokio gereiste Stiefsohn Sacharows, Alexej Semjonow, die Echtheit eines Telegramms aus dem Verbannungsort Gorki, worin Sacharow seinen in Boston (USA) lebenden Angehörigen mitteilte, er und seine Frau seien „am Leben und wohlauf“. Semjonow äußerte die Vermutung, Moskau wolle mit dem Telegramm die Proteste im Westen eindämmen.

Gericht gewährt Afghanen Asyl

dpa, Berlin

Afghanische Staatsbürger, die unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in ihrer Heimat den Wehrdienst verweigern, haben in der Bundesrepublik Deutschland Anspruch auf Asyl. Dies entschied der Neunte Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin. Er wies damit eine Revisionsklage des Bundesbeauftragten für Asylfragen gegen drei Afghanen zurück, die zwischen 1978 und 1980 nach Berlin bzw. ins Bundesgebiet gekommen waren. Asyl sei zu gewähren, weil im Fall der Wehrdienstverweigerung mit einer Bestrafung politischen Charakters zu rechnen sei. Es sei davon auszugehen, daß eine solche Strafe das übliche Maß überschreite. In der Urteilsbegründung hieß es weiter, der Truppeneinsatz in Afghanistan sei Teil eines Instrumentariums zur Unterdrückung oppositioneller Kräfte. (AZ: BVerwG 185, 186, 187 aus 83)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Wirtschaft in Griechenland

„Griechenland / Hohe Strafe für Stahlfirma – Verstaatlichung geplant?“; WELT vom 21. Mai

Sehr geehrte Herren,

bei diesem Artikel wird u. a. berichtet: „Es ist eine Taktik der Sozialisten, zwar florierende, aber nicht so liquide Großunternehmen mit Hilfe von diversen Verwaltungsmaßnahmen pleite gehen zu lassen, um sie anschließend dem Staatssektor einzuverleiben. Ähnliche Methoden waren schon bei der Quasi-Verstaatlichung des größten Zementproduzenten ‚Aget-Hercules‘ angewandt worden“.

Der Bericht ist irreführend verfaßt und wir erlauben uns daher, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Unsere Gesellschaft, die Aget-Heracles, wurde weder verstaatlicht noch nationalisiert. Sie besteht vielmehr in der alten Form weiter. Es hat lediglich ein Wechsel von Personen im Vorstand stattgefunden.

Durch das Gesetz 2190 „Über die Aktiengesellschaften“ berechtigt und im Einklang mit dem Art. 18 der Gesellschaftssatzung hat die ETE (National Bank of Greece), als Mehrheitsaktionär neue Mitglieder zur Ergänzung des Vorstandes vorgeschlagen.

Den Rücktritten war eine Strafanzeige gegen die betroffenen Mitglieder des damaligen Vorstands vorangegangen, veranlaßt vom Generalsekretär des Ministeriums für Nationalwirtschaft, wegen:

a. Betrügerischer Handlungen
b. Veruntreuung
c. Illegaler Kapitaltransaktionen ins Ausland.

Das Ermittlungsverfahren wurde bereits durch den 10ten Sonderuntersuchungsrichter von Athen eingeleitet und den Angeklagten ist ein Ausreiseverbot erteilt worden. Darüber hinaus wurde durch einen richterlichen dinglichen Sicherheitsarrest das Vermögen der Angeklagten bis zu einer Höhe von einer Milliarde Dra. (ca. 25 Mio DM) gesperrt.

Hochachtungsvoll
Nikos Seitanidis,
Geschäftsführender Direktor
Lykovrissi/Athen

Andere Prägung

„Absage an das Freund-Feind-Denken“: WELT vom 22. Juni

Der „Gemeindetag unter dem Wort“ hat erneut bewiesen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland viele Christen gibt, die ganz bewußt biblische Botschaft und nicht ausschließlich Friedensdiskussionen und Umweltprobleme vorgesetzt bekommen möchten. Daß über 50 000 Menschen in Essen teilgenommen haben zeigt, daß sich der Gemeindetag zunehmender Beliebtheit erfreut, daß Themen wie „Weltmission“ und „Diakonie“ ebenso gefragt sind wie „Öffentliche Verantwortung“ und „Orientierung in theologischer Verwirrung“.

Wenn Henk Ohnesorge in seinem Bericht erwähnt, daß dieser Gemeindetag an die Kirchentage nach dem Krieg erinnert, muß die Frage erlaubt sein, warum die heutigen Kirchentage eine ganz andere Prägung bekommen haben.

Der Gemeindetag in Essen hat gezeigt, daß die Beschäftigung mit der Bibel, Gebet und Gemeinschaft auch heute gefragt sind.

Wolfgang Baake,
Wetzlar

Kurdirektor

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit bitte ich um folgende Richtigstellung zum Artikel „Das kleinlaute Ende um einen großen Skandal“ in der Ausgabe vom 15. Juni:

● In Spalte 2 vorletzter Absatz muß es richtig heißen:... der neuernannte Kurdirektor Karl Jürgens ...

Zum letzten Absatz möchte ich noch darauf hinweisen, daß Jürgens bei der BfA seine Verdächtigungen ohne irgendwelche Unterlagen und ohne Sachkenntnis angebracht hat, wie die Zeugenvernehmungen ergeben haben.

Dr. Wahl,
Stadtdirektor, Bad Honnef

Vorbestrafte

Dank an Stefan Heydeck für den Artikel vom 20. 6. 1984 über Europa-Abgeordnete der Grünen.

Es ist wirklich unglaublich, daß nach freiheitlichen Gesetzen der Bundesrepublik vorbestrafte Abgeordnete in Straßburg die Interessen Deutschlands vertreten können.

Die FDP, welche sich als so überaus liberal gibt und sich mit Händen und Füßen gegen eine Änderung der Strafgesetze stemmt, übernimmt die Verantwortung dafür, daß „vorbestrafte Abgeordnete“ das Ansehen Deutschlands weiter in den Schmutz ziehen.

Walter Schulte,
Plettenberg

Wort des Tages

„Was immer auch geschehen wird und was für Gefahren die Ereignisse auch mit sich bringen werden, welche Krisen wir auch zu bestehen haben: wir wissen stets, wohin wir gehen. Wir gehen, selbst wenn wir sterben, dem Leben entgegen.“

Charles de Gaulle; franz. Staatsmann (1890–1970)

Personalien

EHRUNGEN

Mit einem Empfang hat die CDU/CSU am Mittwoch ihren langjährigen Vorsitzenden **Rainer Barzel** geehrt, der am 20. Juni 60 Jahre alt wurde. CDU/CSU-Fraktionschef **Alfred Dregger** nannte Barzel eine der großen Persönlichkeiten der CDU, welche die Geschichte der Partei und die Nachkriegsgeschichte Deutschlands entscheidend beeinflußt habe. Barzel, seit März 1983 Bundestagspräsident, gehört dem Bonner Parlament seit 1957 an. Von 1964 bis 1973 war er Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Zeitweise verband er das Amt des CDU-Vorsitzenden mit denen des Oppositionsführers und des Kanzlerkandidaten. Beim Versuch, im Vorfeld der Ost-Verträge den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) zu stürzen, fehlten ihm bei der Abstimmung zwei Stimmen zum Erfolg.

*

Bundestagspräsident **Rainer Barzel** (60) ist von der ostwestfälischen Stadt Paderborn das Ehrenbürgerrecht verliehen worden. Mit dieser Ehrung – Barzel ist der 25. Ehrenbürger der Stadt – sollen die Verdienste des CDU-Politikers um seinen früheren Wahlkreis Paderborn-Wiedenbrück gewürdigt werden. Vor 27 Jahren hatte die Fürsprache **Konrad Adenauers** und **Karl Arnolds** die Delegierten der CDU bewogen, Barzel zum Kandidaten des Wahlbezirks zu bestimmen.

WAHL

Herbert Czaja, Bundestagsabgeordneter der CDU und Sprecher der Landsmannschaft der Oberschlesier, ist mit 82 der insgesamt 105 abgegebenen Stimmen von der Bundesversammlung erneut zum Präsidenten des Bundes der Vertriebene gewählt worden. Czaja hat dieses Amt seit 1970 inne.

Klopfzeichen aus den Trümmern . . .

Alfred Heuß erörtert den Ruin deutscher Geschichte

Die westdeutsche Geschichtswissenschaft hat in den letzten Jahrzehnten ein Niveau erreicht, das sie im internationalen Vergleich, auf den Historikerkongressen und in ihren Bulletins, als gänzlich ebenbürtig, ja vielfach sogar wiederum als *mustergültig erscheinen läßt.*

Läßt sich aus der reichen Ernte, die regelmäßig in den vielen historischen Fachblättern ausgebreitet und gemustert wird, auch auf die innere Verfassung der Geschichtsforschung und womöglich der westdeutschen Historiker als Ganzes schließen? Bestenfalls dialektisch: *Der Eifer*, mit dem Fachforschung betrieben wird, ist nicht Merkmal

Alfred Heuß:
Versagen und Verhängnis
Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses. Siedler Verlag, Berlin. 213 S., 34 Mark.

eines ungebrochenen Selbstbewußtseins, sondern das Ergebnis einer Flucht vor der Geschichte. Und zwar jener Geschichte, die den Historiker unmittelbar selbst betrifft, also seiner eigenen, der Geschichte seines Volkes, seines Staates, seiner Nation.

Die westdeutsche Geschichtswissenschaft zeigt seit dem Jahr 1945 einige charakteristische Zäsuren. In den 50er Jahren wurde *im Zuge jener Sisyphusarbeit, die das* Etikett „Vergangenheitsbewältigung" erhielt, eine Reihe von Bestandsaufnahmen vorgelegt, die das Schlimmste für unser Verhältnis zur Geschichte erwarten und sich unter der Wendung „Zum Siechtum verdammt" zusammenfassen ließen. Die Formeln enthielten zumeist auch ein Programm: „Anspruch und Fragwürdigkeit der *Geschichte*", „*Revision des Geschichtsbildes*", „Kapitulation vor der Geschichte?", „Wieviel Zukunft hat unsere Vergangenheit?", „Irrwege unserer Geschichte". Wohl die größte Resonanz fand 1959 das Buch des Historikers Alfred Heuß, der seit 1954 den Göttinger Lehrstuhl für Alte Geschichte innehatte: „Verlust der Geschichte".

Nun legt soeben derselbe Historiker, der vor 25 *Jahren mit seinem* „Verlust der Geschichte" provozierte, noch einmal ein Buch zum gleichen Thema vor, und wiederum enthält der Titel in deprimierender Knappheit so gut wie alles: Versagen und Verhängnis.

Es dürfte schwer sein, eine Schrift zu finden, die so streitbar, so frisch, so entschieden zupackend ist wie dieses jüngste Werk eines 75jährigen. In der Vorbemerkung sagt Alfred Heuß selbst: „Die Schrift enthält eine Menge *Polemik*. Sie *ist gegen diejenigen* gerichtet, die sich fälschlich einbilden, sie *hätten unsere* Vergangenheit ‚bewältigt' (wie man gerne sagt), und damit eine unverdiente Publizität genießen."

Im ersten Kapitel zieht Heuß gegen den „historischen Analphabetismus" vom Leder. Es geht ihm dabei nicht allein um das Naserümpfen derjenigen, die dank ihres Informationsvorsprunges vom Babylonischen Turm des Wissens herab die weniger Informierten, die *Schüler und Erstsemestrigen*, als Belästigung ihrer gelehrten Existenz betrachten. Was könnte ungerechtfertigter sein, als einem Schüler anzukreiden, daß er einen mangelhaften Unterricht genossen hat? Mit „historischem Analphabetismus" meint Heuß das Fehlen jedes geschichtlichen Wissens, auf das seine Nation nicht verzichten kann.

Er stellt fest: „Die intellektuelle und moralische Ausrüstung eines Volkes nennt man *seine Bildung*", *und innerhalb dieser Bildung nehme die Geschichte* eine zentrale Stelle ein. Heuß meint damit etwas Fundamentales: Geschichte müsse in Form geschichtlicher Kenntnisse über Jahre hinweg zuwachsen, sie macht „einen wesentlichen Teil unserer Menschwerdung aus". So heftig Heuß auch die Situation an der Universität kritisiert – die Universität werde „immer *mehr ein Objekt behördlicher Unzulänglichkeit*" –, so gesteht er doch seufzend zu: „Die Misere des heutigen Bildungswesens ist ja in erster Linie das Werk einer wesenlosen Erziehungslehre, die von sich aus nichts zu sagen hat . . ."

Das sei die wirkliche Crux des historischen Analphabetismus als einer amtlichen Veranstaltung. Er ignoriere, daß unsere Geschichte immer wie unser Schatten neben uns stehe.

Im zweiten Kapitel läßt sich Heuß auf eine breite Kontroverse mit der „historischen Sozialwissenschaft" ein, darüber hinaus auch auf eine grundsätzliche Gesellschaftskritik der wilhelminischen Zeit, ebenso der Politik des Kaiserreichs. Die Bestandsaufnahme geht weiter zum Ersten Weltkrieg, zur Weimarer Republik und dem Dritten Reich. Von letzterem fühlt sich Heuß erneut gedrängt zu der inzwischen schon *zeitlos* gewordenen Frage, „wie so etwas menschenmöglich war", *ohne daß es ihm* gelänge, Antworten zu geben, die über den geläufigen Stand der analytischen Durchdringung hinausführten. Auch Heuß ringt mit dem Problem, wie die angemaßte Identität von Drittem Reich und Deutschland zu erklären wäre. Ihm scheint die Usurpationsthese am schlüssigsten zu sein: „*Die* deutsche Geschichte hat schon vor 1945 als eigenständige, das heißt als die eines seiner selbst bewußten Deutschlands aufgehört und ist fragmentarisch geworden."

Für Heuß setzt sich der Ruin deutscher Geschichte *fort* in unserer Gegenwart, einer „verdeckten" Gegenwart: „Wenn Gegenwart in einem spezifischen Sinn verdeckt ist, wie hier vorausgesetzt wird, meint dies vielmehr eine Form des Nichtwissens, die nicht notwendig ist, sondern auf bestimmten Umständen beruht." Dieses so eingeleitete Schlußkapitel des Buches besitzt singulären Rang sowohl in der Schärfe der Kritik als *auch im Insistieren auf Grundsätzen, die mit* Rücksicht auf unseren desolaten Zustand als fundamental zu bezeichnen sind: „Manche Leute haben anscheinend noch nicht begriffen, daß nicht nur die deutsche Staatlichkeit zerstört wurde, sondern auch die Nation als reales Wesen geteilt ist. Das ist ein Skandalon, *das* mit *Naturgewalt* perennierende Spannungen hervorbringen muß, und es gibt nicht nur drüben (da entspricht es einer nicht von Deutschland diktierten Staatsräson), sondern beschämenderweise auch bei uns in der Bundesrepublik Leute, die gerne hiervon die Voraussetzungen geändert und nicht ungerne sähen, wenn die ‚andere' deutsche Nation realisiert (am besten mit einer eigenen Sprache) und damit ‚der Frieden fester gemacht wäre'."

Schade, daß es dem vornehmen Konservativen Heuß nicht geboten schien, an dieser Stelle so deutlich bis zur Namensnennung zu werden wie in anderen Fällen seiner beißenden Kritik. Nötigte ihn dabei eine gewisse Solidarität mit offiziellen Repräsentanten zur Zurückhaltung, oder verkannte er, wie viele auch von jenen Politikern, die sich angeblich Tag und Nacht um das Recht der Deutschen *auf Selbstbestimmung* bekümmern, wegen ihres praktischen Verhaltens *zu denselben Leuten zählen, deren Existenz* Heuß so beschämend findet?

Es ist nicht nur ein Gebot einfacher Logik, daß angesichts des zerspaltenen Zustandes Deutschlands und des Gegenübers zweier unterschiedlich organisierter Staaten zu allem Denken und Sprechen und Darstellen von deutscher Geschichte immer der „Hintergrund einer unversehrten Einheit vorgestellt" werden muß. *Es* ist eine Angelegenheit des vitalen Betroffenseins. Rein logisch ginge auch anderes, und die Versuche in der „DDR", die gesamte deutsche Geschichte mit nahezu allen Traditionen für sich zu reklamieren, lassen sich nicht ohne weiteres nur als „Indoktrination" abtun. Gerade im Vergleich dazu fällt ja die exorbitante Gleichgültigkeit in der Bundesrepublik unserer gesamten *Geschichte gegenüber* – zugunsten einer beliebigen Zahl von Geschichtsbildern, die der Pluralismus absegnet – so sehr auf; oder besser: Es fällt ab.

Heuß unterstreicht am Schluß ausdrücklich, daß er analysieren, daß er Feststellungen treffen und Gebrechen aufzeigen, aber keine praktischen Hinweise geben wollte. Diesen Anspruch wollte er nicht erfüllen. Aber das gibt auch seinen Schlußsätzen ihr besonderes Gewicht. Er zitiert Max Weber, der *1921 geschrieben hatte: „Jetzt ist* ‚Schicksal' geworden, was vorher menschliche Dummheit verschuldete." Heuß fährt fort: „Aber das muß man dann auch tun, und um es zu wissen, brauchen wir immer eine Gegenwart von großer Spannweite und die Verbindlichkeit ihrer historischen Tatsachen. Deutschlands Ursprung ist nicht der Schutthaufen von 1945."

HELLMUT DIWALD



Deutschlands Ursprung ist nicht der Schutthaufen: Blick über den Tiergarten 1945
FOTO: URSULA RÖHNERT

Was beide verbindet

Alfred Schickel über das deutsch-polnische Verhältnis

Nach den Erfahrungen *mit* dem integralen Nationalismus seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und besonders in den beiden Weltkriegen, die sich heute universalgeschichtlich als alle Beteiligten ruinierende europäische Bürgerkriege darstellen, hat sich eine nationalistische Geschichtsbetrachtung ad absurdum geführt. Zur geistigen Wiedergesundung und politischen Wiedervereinigung des gespaltenen Europa trägt daher ein die Gemeinsamkeiten betonendes europäisches Geschichtsbewußtsein wesentlich bei. In diesem Sinn ist *das Buch des Zeithistorikers* Alfred Schikkel hoch willkommen, der hier nicht nur

Alfred Schickel:
Deutsche und Polen
Ein Jahrtausend gemeinsamer Geschichte. Gustav Lübbe Verlag, Bergisch-Gladbach. 288 S., 39,80 Mark.

eine „*neue Sicht*" *bekannter* Tatsachen anbahnt, sondern auch aus neuen Quellen und *Dokumenten geschöpft hat.*

Schickel stellt überzeugend dar, daß der größere Teil der tausendjährigen deutsch-polnischen Nachbarschaft von konstruktivem *Miteinander und nicht etwa* von „Erbfeindschaft" bestimmt war, wobei die Epoche der Christianisierung und Städtegründungen als Folge vielfältiger dynastischer Gemeinsamkeiten seit der Jahrtausendwende und der wesentliche Beitrag des polnischen Heeres unter König Jan Sobieski zur Rettung Wiens 1683 besonders herausragen.

Eine erste Epoche der Konflikte und der Entfremdung ergab sich aus der Gründung des polnisch-litauischen Jagellonenreiches und seiner Auseinandersetzung mit dem Deutschen Ritterorden. Aber nicht einmal die Schlacht von Tannenberg-Grunwald 1410 war ein explizit deutsch-polnischer *Konflikt, da auf beiden Seiten national* gemischte Heere fochten und es auch in der *Folgezeit zu Bündnissen des polnischen Kö*nigs gegen Kaiser und Orden mit deutschen Fürsten kam.

Die Reformation führte zu wachsender Abgrenzung, und nach den Teilungen zu Ende des 18. Jahrhunderts war es nur natürlich, daß sich die Polen dem revolutionären Frankreich und Napoleon zuwandten als Gegengewicht gegen die Teilungsmächte und ihre konservativen Monarchien. Gleichwohl gab es in der deutschen liberalen Bewegung über 1848 hinaus lebhafte Sympathien für die östlichen Nachbarn. *Es ist* auch viel zu wenig bekannt, daß trotz allen Volkstums*kampfes an der deutschen Ostgrenze* seit dem Ende des 19. Jahrhunderts viele Polen *auf eine Kampfgemeinschaft mit dem* Deutschen Reich gegen das zaristische Rußland setzten: Die polnische Legion des späteren Marschalls Pilsudski kämpfte 1914 auf deutscher Seite.

Unter dem Protektorat der Mittelmächte wurde im Dezember 1916 das Königreich Polen proklamiert. Die Nationaldemokraten unter Roman Dmowski, die auf den Sieg der Westmächte gesetzt hatten, behielten jedoch am Ende Recht. Die vom Versailler Vertrag gezogene neue deutsch-polnische Grenze, der *Kampf um Oberschlesien 1921 und die* Polonisierungspolitik intensivierten den deutsch-polnischen *Gegensatz* und führten zu einem breiten Konsens der politischen Kräfte in der Weimarer Republik für eine Revision der Grenze. Nach Hitlers Machtergreifung spielte Marschall Pilsudski kurzzeitig mit dem Gedanken eines Präventivkrieges gegen Deutschland. Um so überraschender war der deutsch-polnische Nichtangriffsvertrag vom Januar 1934, durch den



Alfred Schickel
FOTO: DIE WELT

Hitler Pilsudski-Polen zur Kooperation ge*gen Moskau zu gewinnen hoffte.*

Für Hitler war die Danzig- und Korridor-Frage *die nächste* Etappe seiner Expansionspolitik. Sein Pakt mit Stalin vom 23. August 1939 wurde für Polen zum Schicksalsdatum: Das in der Öffentlichkeit unbekannte Geheimabkommen öffnete den Weg zur 4. polnischen Teilung. Für die weitere Entwicklung, die britische Garantie für Polen, die Errichtung des Generalgouvernements und das leidvolle polnische Schicksal *während des Zweiten Weltkrieges, schöpfte* der Verfasser besonders intensiv aus bisher unerschlossenen Quellen.

Schickels eminent lesbare Darstellung reicht bis in die unmittelbare Gegenwart, bis zum Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 und die ihn begleitende innenpolitische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik. Sie schließt mit dem ernsten Appell zur Versöhnung und zum gedeihlichen *Miteinander* angesichts der Toten von Annaberg und Auschwitz, *Bromberg und Majdanek.*

KLAUS HORNUNG

An der unsichtbaren Front

Dokumentation östlicher Spionage in der Bundesrepublik

Passionierten Radiohörern sind die Zahlenkolonnen nicht fremd, die plötzlich durch den Äther marschieren, schier endlose Zahlenreihen in Sechserblocks, mehrfach am Tage angesagt. Die Intensität der Durchsagen im sogenannten A-3-Funk läßt in letzter Zeit wieder auf gesteigerte Aktivitäten der östlichen Spionage schließen; über die Empfänger und ihren jeweiligen Sitz im Westen tappt die westdeutsche Abwehr jedoch ärger denn je im dunkeln. Die Spionage der kommunistischen Geheimdienste in der Bundesrepublik Deutschland *ist zunehmend aus den Schlag*zeilen verschwunden; dem Mann auf der Straße bietet sich deshalb ein Bild scheinbarer Ruhe in Deutschland. Es ist eine trügerische Ruhe. Über die wirklichen Verhältnisse der östlichen Geheimdienste im „**Operationsgebiet Bundesrepublik**" gibt eine Dokumentation von Friedrich-Wilhelm Schlomann Aufschluß (Spionage, Sabotage und Subversion. Universitas Verlag, München. 394 S., 38 Mark).

Der Verfasser weist in dem sorgfältig zusammengetragenen Material auf das Ziel der in Arbeitsteilung eingesetzten kommunistischen Geheimdienste hin: „Alle Angelegenheiten eines anderen Staates systematisch auszuforschen und dadurch möglichst ein Gesamtbild sowohl der militärischen als auch der politischen, wirtschaftlichen, geistigen und moralischen Kräfte des Landes zu bekommen." Ein Überläufer brachte es auf den Generalnenner: Es ist alles zu erkunden, was beim Gegner vor sich geht.

Nach dem größten Einbruch der westdeutschen *Abwehr in das östliche* Agentenheer auf dem Boden der Bundesrepublik *Deutschland zwischen 1974 und 1979* (die Festnahme des Spions im Bundeskanzler*amt Günter Guillaume bildete den Auftakt*) hat es das Ostberliner Management derzeit offenkundig geschafft, die Spionage und Subversion so zu organisieren, daß sich die Enttarnungen auf eine minimale Zahl reduziert haben. Die Agentenjäger sind wieder im wesentlichen auf Kommissar Zufall angewiesen.

*Den tiefsten Einblick in die Ausplünde*rung von Forschung, Industrie und Wirtschaft durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bot schließlich der 1979 übergelaufene Geheimdienstoffizier Werner Stiller. Seine mitgebrachte Buchhaltung enthüllte das Ausmaß der Technologiespionage.

WERNER KAHL

Schwachpunkt der Diktatur

Wolfgang Seiffert fragt, ob der Ostblock überleben kann

Ursprünglich eher eine Verlegenheits*lösung als Stalins Gegenzug* auf *den* Marshall-Plan, entwickelte der östliche „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) schnell ein Eigengewicht. Der alternde Stalin sah in ihm eine Rohstoffbasis für ganz Europa und schätzte die politische Bedeutung des RGW höher ein als die der 1943 auf Drängen der westlichen Alliierten aufgelösten Weltrevolutionszentrale „Komintern". Der Diktator meinte, „wenn wir die europäischen Länder mit Rohstoffen beliefern werden, dann wird das Diktat Amerikas in Europa zusammenbrechen". Dann würden russischer Weizen, russisches Öl und russische Kohle an die Stelle der amerikanischen Importe treten, und die Arbeiter könnten „kühner vorwärtsschreiten".

Der solche bis dato unbekannten Stalin-Worte überlieferte, heißt Wolfgang Seiffert. Als Professor für Internationales Wirtschaftsrecht und Direktor des Instituts für ausländisches Recht und Rechtsvergleichung in Potsdam-Babelsberg war Seiffert fast zehn Jahre lang wissenschaftlicher Experte der „DDR"-Delegation im RGW und nahm an fast allen Ausschußsitzungen der zuständigen Fachkommissionen teil. 1978 ging er mit Erlaubnis von SED-Chef Honecker in die Bundesrepublik, wo er seitdem als Gastprofessor an der Kieler Universität lehrt. Sein Buch ist der erste Bericht eines Insiders über die östliche Wirtschaftsgemeinschaft Comecon, wie der RGW im westlichen Sprachgebrauch heißt.

Es ist kein Erlebnis- und Enthüllungsbuch, *sondern eher der akademisch* nüchterne Bericht eines Mannes, der in den 50er Jahren als FDJ-Aktivist in die „DDR" ging, um dort Karriere zu machen, und der zwanzig Jahre später als gebranntes Kind des

Wolfgang Seiffert:
Kann der Ostblock überleben?
Der Comecon und die Krise des sozialistischen Wirtschaftssystems
Gustav Lübbe Verlag, Bergisch-Gladbach. 254 S., 34 Mark.

Sozialismus zu seinen bundesdeutschen Ursprüngen zurückfand.

Seine bei aller Sprödheit des Stoffes lesbare Arbeit enthält manche bemerkenswerten, stellenweise sogar prophetischen Einsichten in die Natur des innerdeutschen Verhältnisses. So, wenn Seiffert auf die große Druckanfälligkeit der „DDR" hinweist, die aus ihren ökonomischen Existenzbedingungen herrührt und sie zum eigentlichen Schwachpunkt des östlichen Bündnisses macht. Hier sieht er *erfolgversprechende* Ansatzpunkte für eine aktive Deutschland-Politik, *die eine Brücke zwischen RGW und* EG schlägt, um auf dem Wege über eine weltwirtschaftliche Verflechtung die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der kleineren RGW-Länder gegenüber dem Moskauer Wirtschaftsdiktat zu stärken und damit den Prozeß systemverändernder Reformen zu fördern.

BOTHO KIRSCH

Ungeschminkte Momentaufnahme

Klaus Beeses Buch „***Fluchthilfe***" (Ein Report aus Deutschland. Orion Heimreiter Verlag, Berlin. 256 S., 29,80 Mark) beginnt wie eine Sommerromanze. Der Autor, der vom anderen Deutschland noch nicht mehr kennt als den flüchtigen Einblick des Transitreisenden nach Berlin, entschließt sich zu einem Urlaub in dem Badeort Sellin, Bezirk Rostock, am Ostseestrand der „DDR". Hiddensee, Stubbenkammer, Usedom, Caspar David Friedrich – Klaus will ein Stück Deutschland mit der Seele suchen.

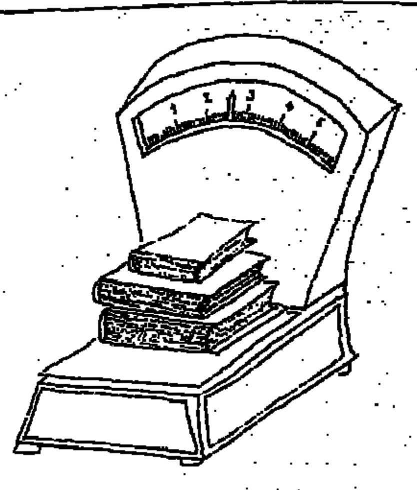
Er findet Landschaft, Bauten und Geschichte, Impressionen aus dem „Staat der Arbeiter und Bauern", und Menschen. Vor allem begegnet er Silvia, einer Lehrerin aus *Ost-Berlin. Mit ihr verlebt er vierzehn un*beschwerte Sommertage, den Anfang einer deutsch-deutschen Liebe. Ihre Fortsetzung führt mitten in den politischen Irrgarten namens Deutschland. Beese: „Hätten Silvia und ich uns auf Hawai oder Rhodos, in Alaska oder Kenia kennengelernt, es wäre eine normale Liebesgeschichte, der Ausgang läge bei uns. Aber wir sind uns im Herzen Europas begegnet. Und da ist nichts normal."

Tausende haben ein ähnliches Schicksal erlebt: Aufenthaltserlaubnis, Einreiseantrag, Ausreiseantrag, Mauer, Elbgrenze. Für den Autor steht fest: „Sicher bildet die Elbe kein absolutes Hindernis. Ebensowenig wie Zuchthausbeton. Man braucht bloß die richtigen Papiere und Stempel. Ein grandioser Trost für Lebenslängliche."

Zunächst begnügt sich Klaus mit Tagesbesuchen in *Ost-Berlin. Liebe bis 24 Uhr.* Wochenenden im „sozialistischen Aus*land" schließen sich an*, in Prag, Karlsbad und Stettin. Die nächste Station ist der Ausreiseantrag für Silvia. Ministerien und Ämter in Bonn und Berlin, Rechtsanwälte werden einbezogen. Silvia wird suspekt, *der Staatsapparat der „DDR"* zieht die Schrauben an. Eine Anzeige in einer westdeutschen Tageszeitung verspricht den einzigen Ausweg: „Wir lösen alle Probleme der Familienzusammenführung. Chiffre." Das Abenteuer der Fluchthilfe zwischen Hoffnung, Geschäft und Verrat beginnt. Am Ende steht das Scheitern. Das Stadtgericht Berlin verurteilt Silvia wegen „staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme" zu zwei Jahren und sieben Monaten.

Diese Geschichte schildert Beese einfühlsam, doch nirgends sentimental, realistisch, aber nirgends grell. Als Roman steht das Buch in einer Reihe mit Salomons „Boche in Frankreich" oder „Fragebogen". *Als* Tatsachenbericht ist es so packend wie Bauers „*So weit die Füße tragen*". Als politisches Buch ist es eine ungeschminkte *Momentaufnahme* deutscher Wirklichkeit.

GÜNTHER DESCHNER



Zeugen der Revolution

Sie *haben an den* Kommunismus geglaubt, haben unter ihm gelitten. Manchen gelang es, sich von diesem Irrtum zu befreien, andere sind noch immer überzeugt, daß der Kommunismus an sich etwas Gutes, nur die *Moskauer* Version nicht die richtige sei. Wie junge intelligente Menschen dem Irrglauben verfallen konnten und wie schwer es für sie war, *sich aus dieser Befangenheit zu lö*sen, machen zwölf Interviews deutlich, die Friedrich Uttitz mit „**Zeugen der Revolution**" (Bund Verlag, Köln, 209 S., 25 Mark) führte. Außer mit bekannten Ex-Kommunisten wie Margarete Buber-Neumann oder Manès Sperber sprach der Autor u. a. mit *Stalins langjährigem* Vertrauten Boris Bajanow, mit dem holländischen *Widerstandskämpfer* Co Dankaart, mit Trotzkis Sekretär, Dolmetscher und Leibwächter Jean van Hejenoort, aber auch mit dem Komintern-Agenten und heutigen italienischen Senator Vittorio Vidali, der sich Stalin genauso unterordnete, wie er heute der Linie Berlinguers folgt. Aus den *Erfahrun*gen dieser sehr unterschiedlichen Personen *entsteht* ein *facettenreiches* Bild kommunistischer Praxis – und Menschenverachtung.

P. D.

Gegen Illusionen

Wie jedes Bild, so ist auch das, welches sich der Westen von der Sowjetunion macht, jeweils vom Zeitgeist und von der Einstellung von Einzelnen und Gruppen bestimmt. Dies ist eine Binsenweisheit, aber gerade angesichts der in unseren Tagen zunehmenden Ernüchterung ist *das Buch von Gottfried Niethart (Hrg.):* „**Der Westen und die Sowjetunion**" (Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und in den USA seit 1917, Schöningh Verlag, Paderborn, 372 S., 48 Mark) fast so etwas wie Pflichtlektüre für jeden, der nicht nur Illusionen folgen will. Dabei verwundert es bei der Lektüre der exakten Darstellungen aus *den einzelnen Ländern nicht, daß* im Wechsel zwischen Feindbild und Wunschbild *diejenigen gerade heute* besonders anzusprechen vermögen, die – wie etwa Hans von Seeckt oder de Gaulle – Pragmatik mit Nüchternheit zu verbinden suchten.

H. O.

Verdient um Bayern

„Erinnerungen eines Unbequemen" lautet der Untertitel von Emil Franzels Buch „**Gegen den Wind der Zeit**" (Aufstieg-Verlag, München, 526 S., 39 Mark), das am Lebens- und Werdegang des Au*tors exemplarisch ein wichtiges* Kapitel deutsch-tschechischer Zeitgeschichte verdeutlicht – bis hin zum Aufstieg eines Sudetendeutschen vom heimatvertriebenen Habenichts zum bayerischen Ministerialbeauftragten für das Volksbüchereiwesen, als welcher er beispielsweisee für den weiß-blauen Freistaat gewirkt hat. Emil Franzel ist in seinen Memoiren *ehrlich genug, sich zu* einigen revolutionären Irrläufen zu bekennen, er war aber immer intelligent genug, sie beizeiten zu erkennen und zu korrigieren. So wurde aus einem ursprünglichen Sozialisten ein im besten Sinne Konservativer.

Schi.

Zwischen Haß und Liebe

Marie Louise war eine der nicht wenigen Angehörigen des Hauses Habsburg, *die nicht* zu leisten vermochten, was die Politik der Väter von ihnen verlangte, und daher im Unglück versanken. Irmgard Schiel berichtet in „**Marie Louise**" (Eine Habsburgerin für *Napoleon, Deut*sche Verlags-Anstalt, Stuttgart. 424 S. mit zahlr. Abb., 39,80 Mark), wie die Prinzessin als Kind Napoleon, der ihren Vater besiegte, verabscheute, als Achtzehnjäh*rige den „Menschenfresser"* heiraten mußte, mit ihm bis 1813 eine sehr glückliche Ehe führte, *den Verbannten* aber sofort, nolens volens, im Stich ließ und dadurch aus der ihr zwar aufgezwungenen, aber durchaus angemessenen Bahn geriet. Von Napoleon getrennt, dem sie einen Sohn, den „König von Rom", geboren hatte, nahm sie sich den klugen und tüchtigen *Grafen Neipperg* zum Geliebten. Seit 1816 Herzogin von Parma, regierte sie als Buona Duchessa dieses Ländchen. Als Neipperg, den sie nach Napoleons Tod geheiratet hatte, 1829 starb, verlor sie zum zweiten Male den Halt. Zwar heiratete sie den Grafen Bombelles, der ihr Obersthofmeister und Minister geworden war, aber daneben hatte sie *manche Affären. Im* Dezember 1847 ist sie gestorben: kalt und triebhaft.

W. T.

GULag-Reiseführer

In seinem Buch „***UdSSR – Reiseführer durch die Gefängnisse und Konzentrationslager in der Sowjetunion***" (Stephanus Edition Uhldingen, 375 S., 19,80 Mark) beschreibt Avraham *Shifrin detail*liert die finstere Seite sowjetischer Politik. Geschildert werden der „innere Betrieb" und die unmenschlichen Zustände in den sowjetischen Zuchthäusern und Schweigelagern. Mit Recht nennt der Autor diese GULags Vernichtungslager.

A. S.

„Nachdem ich die Diners Club-Karte 3 Monate kostenlos probiert hatte, überzeugten mich die vielen Service-Leistungen."



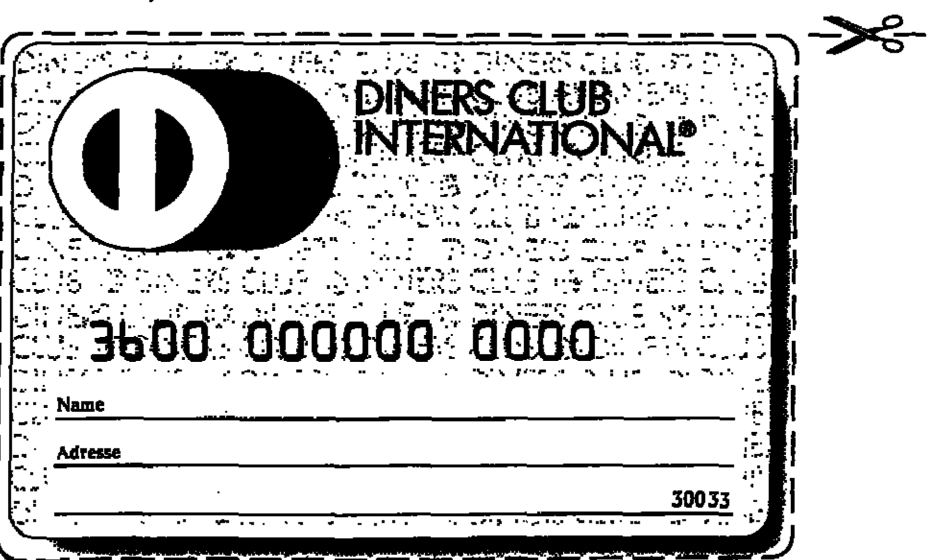
Der Typ:

Christian Stolberg, Marketing-Spezialist. Hobbys: Tennis und eine Schwäche für Cabriolets. In allen Gebieten des Verkaufens zu Hause, kennt er heute schon die Trends von morgen. Kauft im English House genauso gern wie anderswo mal was Locker-lässiges. Bevorzugt italienische Restaurants und genießt so oft er kann Mutters eigene Rezepte. Bringt seiner Frau kleine Aufmerksamkeiten von Geschäftsreisen mit und fährt privat am liebsten nach Österreich. Er ist unabhängig. Er ist Diners Club-Mitglied.

Der Club:

Überzeugen auch Sie sich, und testen Sie die Diners Club-Karte 3 Monate kostenlos. Die Mitgliedschaft im Diners Club beinhaltet attraktive Service-Leistungen wie Sicherheits-Paß, Telefon-Service in USA, Mietwagen- und Limousinen-Service, den Vorzug, VIP-Lounges in Innenstädten, auf Messen und Flughäfen nutzen zu können. Und vieles mehr. Diners Club-Mitglieder reisen bequemer und sicherer. Der Diners Club bietet eben mehr als bares Geld. Mit der Diners Club-Karte werden auch Sie unabhängig. Von Bargeld und lästigen Devisen. Testen Sie die Diners Club-Karte 3 Monate kostenlos.

Fordern Sie das Informationspaket für den kostenlosen 3-Monats-Test an. Bitte hier ausschneiden und einsenden an: Diners Club Deutschland GmbH, Postfach 4445, 6000 Frankfurt 1.



Diners Club. Die Karte, die Ihre Meinung über Karten ändert.

Eiligen Interessenten des kostenlosen 3-Monats-Tests steht unser Telefon-Service zur Verfügung. In: Frankfurt 0611/1539-1, Berlin 030/8822628, Bremen 0421/342942, Düsseldorf 0211/486016, Hamburg 040/321621, Hannover 0511/622050, Köln 0221/233981, München 089/263131 und 265417, Nürnberg 09176/378, Stuttgart 0711/643013-14.

Der Vorschlag Lebers im Wortlaut

DW. Bonn

Der Einigungsvorschlag des Vorsitzenden der Schlichtungsstelle zur Beilegung des Tarifkonflikts in der Metallindustrie, Georg Leber, hat folgenden Wortlaut:

„Die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit im Betrieb beträgt 38,5 Stunden. Die Arbeitszeit im Betrieb wird im Rahmen des Volumens, das sich aus der für den Betrieb festgelegten tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden ergibt, durch die Betriebsvereinbarung geregelt. Dabei können für Teile des Betriebs oder für Gruppen der Belegschaft unterschiedliche Wochenarbeitszeiten festgelegt werden. Die veränderte Arbeitszeit tritt am 1. April 1985 in Kraft. Sie ist unkündbar bis 30. September 1986."

Regelung für 1984: „Ab 1. Juli 84 werden die Löhne und Gehälter um 3,3 Prozent erhöht. Für alle Arbeitnehmer, einschließlich der Arbeitnehmer, die nicht gearbeitet haben, aber seit dem 1.4.1984 in einem Arbeitsverhältnis waren, wird eine einmalige Ausgleichszahlung von 250 Mark vorgenommen. Die Laufzeit des Lohnabkommens endet am 31. 3. 1985."

Regelung für 1985: „Die Arbeitszeit für alle Betriebe im fachlichen Geltungsbereich wird ab 1. April 1985 um 1,5 Stunden verkürzt. Mithin beträgt *die neue tarifliche Wochenarbeitszeit* im Betrieb 38,5 Stunden. Der Lohnausgleich für diese Arbeitszeitverkürzung beträgt ab 1. April 1985 3,9 Prozent. Für solche Arbeitnehmer, deren *Arbeitszeit* durch Betriebsvereinbarungen unter 38,5 Stunden festgelegt wird, wird zu diesem Lohnausgleich eine zusätzliche Ausgleichszahlung vorgenommen, um zu erreichen, daß ihr Einkommen auf der Höhe des Einkommens eines Arbeitnehmers erhalten bleibt, der 38,5 Stunden in der Woche arbeitet. Aus Lohnerhöhungen ab 1. April 1986 *wird* die Ausgleichszahlung um jeweils 25 Prozent vermindert. Die betriebliche Arbeitszeit kann so differenziert werden, daß sie nicht über 40 Stunden und nicht unter 37 Stunden in der Woche beträgt. Teilzeitarbeit bleibt von dieser Regelung unberührt. Die tariflichen Löhne und Gehälter werden mit Wirkung vom 1. April 1985 um zwei Prozent erhöht. Die Laufzeit dieses Lohnabkommens beträgt zwölf Monate."

Seite 2: Passables Modell

In der Druckindustrie wird am Samstag wieder verhandelt

Intensive Einigungsbemühungen bei Metall / Franke zahlt unter Vorbehalt

fac. Bonn

Der Vorschlag des Metall-Schlichters Georg Leber (eine 38,5 Stunden-Woche vom 1. April 1985 an und Lohnausgleich) ist von den Arbeitgebern der Druckindustrie als „ausgewogener Kompromiß" gewertet worden. Ob die Leber-Formel allerdings auch zum unbedingten *Maßstab* im Druckbereich erhoben werden kann, wurde gestern bezweifelt. Der Verhandlungsführer des Bundesverbandes Druck, Manfred Beltz Rübelmann, wies auf die unterschiedliche Ausgangssituation hin: Die IG Druck und Papier will im Gegensatz zur IG Metall auch eine neue Lohnstruktur und erweiterte Mitbestimmungsrechte durchsetzen, die nach Arbeitgeberbewertung eine wesentliche Schwächung der Dispositionsfreiheit der Unternehmer bedeuten.

In der Druckindustrie soll am kommenden Samstag weiter verhandelt werden. „Wir hoffen auf ein baldiges Ergebnis", sagte Beltz Rübelmann. Ein neuer Lösungsvorschlag wurde offensichtlich zunächst nicht gemacht. Die IG Druck wollte gestern keine *Stellungnahme zu dem am* Dienstag vorgelegten Leber-Vorschlag abgeben. Ungeachtet der ersten Kontakte zwischen Druck-Arbeitgebern und Gewerkschaft seit dem Scheitern der Vermittlungsmission Kurt Biedenkopfs in der vergangenen Woche weitete die IG Druck ihre Streiks aus. Die „Rheinische Post" in Düsseldorf konnte wegen einer Blockade *gestern nicht ausgeliefert* werden.

Intensive Einigungsbemühungen bestimmten gestern in Stuttgart den Fortgang der Schlichtungsbemühungen für das Tarifgebiet Nordwürttemberg / Nordbaden der Metallindustrie. Schlichtungsvorsitzender Leber erklärte in einer Verhandlungspause: „Es läuft ganz gut". Auch in der Metallindustrie Hessens wurden wieder Gespräche zwischen den Tarifparteien geführt.

Die Arbeitsämter zahlen nun doch Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld an die indirekt vom Metallstreik betroffenen Arbeitnehmer – allerdings „unter Vorbehalt", wie der Präsident der *Bundesanstalt* für Arbeit, Heinrich Franke, bekanntgab. Die Bundesanstalt geht von rund 300 000 Betroffenen aus.

Franke folgte einer Entscheidung des hessischen Landessozialgerichts in Darmstadt, das die Anwendung seines Neutralitätserlasses ausgesetzt und ihm nahegelegt hatte, derartige Lohnersatzleistungen zu zahlen. Franke wies auf „Widersprüche" in der Urteilsbegründung des hessischen Gerichts hin. Er sagte, er unterwerfe sich dem Spruch, weil er „eine Entscheidung der dritten Gewalt in einem demokratischen Gemeinwesen" respektiere. Allerdings fügte er hinzu: „Ich bin nach wie vor von meiner Rechtsauffassung überzeugt". Heute will sich das Bundesverfassungsgericht in Kalrsruhe mit einer Verfassungsbeschwerde des Arbeitgeberverbandes *Gesamtmetall* befassen. Die Unternehmer dringen auf eine einstweilige Verfügung gegen die Entscheidung des hessischen Landessozialgerichts.

Mitterrand sieht „neue Horizonte"

EG über Beitragskompromiß erleichtert / Gipfel billigt Bonns Bauern-Subventionen

Ha. / UL, Fontainebleau

Die Beilegung des Streits um den britischen EG-Beitrag ist in der Europäischen Gemeinschaft mit Erleichterung *aufgenommen worden*. Sie schafft die Voraussetzung für die Erhöhung der Eigeneinnahmen der EG und damit für ihre Erweiterung um Spanien und Portugal.

Der Gastgeber des zweitägigen Gipfeltreffens von Fontainebleau, Frankreichs Staatspräsident Mitterrand, sprach von einem „sehr starken Anstoß" für die Fortentwicklung der Gemeinschaft. Die Konferenz habe der EG „neue Horizonte" eröffnet. Bundeskanzler Kohl meinte, die „Entschlossenheit, Weitsicht und Solidarität" der Regierungschefs habe die Gemeinschaft „ein ganz wesentliches Stück vorangebracht": „Dies war ein guter Tag für Europa."

Großbritannien erhält nach dem Kompromiß von Fontainebleau für 1984 eine Rückerstattung von rund 2,25 Milliarden Mark. Für die folgenden Jahre wurde ein „*Rabatt*" von 66 Prozent des britischen Nettosaldos vereinbart. Dabei werden die britischen Zahlungen aus der Mehrwertsteuer mit den Rückflüssen aus der Gemeinschaft verrechnet.

Parallel dazu beschlossen die Regierungschefs, den Mehrwertsteueranteil der Gemeinschaft zum 1. Januar *1986* von 1 auf *1,4 Prozent* zu erhöhen. Solange diese Mittelerhöhung ausreicht, gilt auch der britische Beitragskompromiß. Die Bundesregierung konnte ihre ursprüngliche Forderung, wie London eine Obergrenze für die Zahlungen an die Gemeinschaft zu erhalten, nicht durchsetzen. Die EG-Partner stimmten jedoch zu, daß Bonn sich am britischen Ausgleich *nur mit zwei Dritteln seines* normalen Anteils beteiligen muß.

Gleichzeitig gab der Gipfel sein Einverständnis mit den Bonner Bauern-Subventionen. Die Bundesregierung hatte – zunächst im Alleingang – eine Erhöhung dieser Ausgleichszahlungen von 2 auf 3 Milliarden Mark beschlossen, um die Landwirte für Einkommensausfälle durch die Brüsseler Agrarentscheidungen zu entschädigen.

Der Europäische Rat bekräftigte das Ziel, die Ratifizierung der Beitrittsverträge mit Spanien und Portugal bis zum 1. Januar 1986 abzuschließen, wobei er die *Notwendigkeit* unterstrich, geeignete Lösungen für die Fischereiprobleme und den Weinmarkt auszuhandeln. Ebenso gab er den mit der Gemeinschaft assoziierten *Entwicklungsländern in Afrika*, der Karibik und im pazifischen Raum (AKP-Länder) die Zusicherung, in den kommenden fünf Jahren real mindestens die gleiche Entwick*lungshilfe zu erhalten wie bisher*.

Hinausgeschoben wurde vorerst eine *Entscheidung über den künftigen* Präsidenten der EG-Kommission. Inoffizielle Bewerbungen liegen aus der Bundesrepublik, Frankreich, Dänemark, Belgien und Holland vor.

Lage in der Vertretung ist „entwürdigend"

Ministerin Breuel (CDU): Warnung allein reicht nicht

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mehrere der etwa 55 bis 60 „DDR"-Bewohner, die in der Ständigen Vertretung Bonns Zuflucht gefunden haben, *drohen nach* Informationen aus Ost-Berlin mit Selbstmord, falls die „DDR" weiterhin die Ausreise verweigert. Gestern war die Vertretung wegen der jüngsten Vorfälle für Besucher geschlossen, das Rollgitter war heruntergelassen worden. Ein Mitarbeiter kontrollierte die durch eine Schranke geschlossene Hofeinfahrt. Ein Sprecher der Vertretung erklärte auf Anfrage: „*Wir können* noch nicht sagen, wann wir wieder aufmachen."

Am Dienstagabend hatte sich ein jüngerer Mann vor dem Hauseingang mit *Benzin* übergossen und versucht, ein Streichholz zu entflammen. Mitarbeiter brachten ihn, leicht verletzt, nach seiner Verzweiflungstat ins Haus, das er später nach ärztlicher *Behandlung verließ. Die „DDR"* verweigert *zur Zeit* jede Verhandlung über die Flüchtlinge im Hause.

Die Lage in der Vertretung war im Laufe des Dienstag für Mitarbeiter und *Flüchtlinge* immer unerträglicher und psychisch gespannter geworden. Nach rund zwölfstündigem Warten unter widrigsten Umständen war es am Dienstagabend gegen *22 Uhr zehn Männern und Frauen, die* tagsüber im Windfang ausharren mußten, endlich gelungen, Zutritt ins Innere des Dienstgebäudes zu erhalten. Unter ihnen befand sich auch ein sechsjähriger Junge.

Die „DDR"-Bewohner mußten unter menschenunwürdigen Umständen zwischen zwei Glastüren auf dem Boden hocken. ARD-Korrespondent Eckhard Bethke berichtete im Sender Freies Berlin: „Diese Menschen haben nichts zu essen und zu trinken bekommen. Sie mußten auf einem *Plastikeimer* ihre Notdurft verrichten, vor der Tür, vor den Augen anderer. Es waren entwürdigende Umstände, die dort zu bemerken waren."

Wenige Stunden zuvor verhinderten Mitarbeiter der Vertretung durch beherztes Eingreifen möglicherweise den Tod eines Menschen: Nur wenig bekleidet, war ein 25 bis 30 Jahre alter Mann, der sich ebenfalls vor der Portiersloge *aufhielt*, vor das Haus getreten und goß sich aus einem mitgebrachten Kanister Benzin über den Körper. Bevor er ein Streichholz entzünden konnte, brachten ihn Beamte *der Bonner Vertretung ins Haus*, wo er von einer Ärztin aus West-Berlin versorgt wurde. Nach Gesprächen mit Bediensteten verließ der Mann noch vor Abend das Gebäude.

DW. Bonn

Die Bundesregierung muß nach Ansicht der niedersächsischen Wirtschaftsministerin Birgit Breuel (CDU) ausreisewilligen „DDR"-Bewohnern entschiedener als bisher deutlich machen, daß sie nicht über *die Ständige Vertretung Bonns in* Ost-Berlin ihre Übersiedlung erzwingen können. Die CDU-Politikerin sagte in einem Interview der „*Neuen Osnabrücker Zeitung*", eine Warnung allein reiche nicht. „*Man muß sagen*, in Zukunft geht das grundsätzlich nicht." Klargestellt werden müsse auch, daß die Abfertigung von „DDR"-Bewohnern vor der Vertretung erst beendet werden könne, wenn es andere Gefahren nicht mehr gebe.

Umweltkonferenz drohte vor Schluß zu scheitern

Sowjets wollten Rüstungswettlauf ins Kommuniqué nehmen

D. GURATZSCH, München

Die multilaterale Umweltkonferenz in München ist gestern kurz vor ihrem offiziellen Abschluß vor dem Scheitern bewahrt worden. Der Streit war durch das Verlangen der östlichen Staaten ausgelöst worden, ihre Zustimmung zu einem Lösungspaket für die Verminderung der grenzüberschreitenden Luftverunreinigungen davon abhängig zu machen, daß in der Präambel des Schlußkommuniqués der Zusammenhang zwischen Rüstungswettlauf und Bedrohung der Umwelt, zumindest aber der enge Zusammenhang *zwischen* der Wahrung des Friedens und dem Schutz der Umwelt herausgestellt würden. Die westlichen Staaten hatten dies mit der Begründung abgelehnt, daß die Konferenz „*kein geeignetes* Forum für die Erörterung dieses Komplexes ist".

Nach zweistündigen Verhandlungen einer paritätisch aus Vertretern westlicher und östlicher Staaten zusammengesetzten Gruppe, an der neben der Sowjetunion, der „DDR", Bulgarien, den USA, England und Frankreich auch die Bundesrepublik teilnahm, wurde eine Kompromißformel gefunden. Danach stimmen die auf der Münchener Konferenz vertretenen Staaten „in der Erkenntnis" überein, „daß die internationale Zusammenarbeit *im wichtigen Bereich* des Umweltschutzes zur Stärkung des Friedens und der Sicherheit in Europa sowie in der ganzen Welt beiträgt, welches einen bedeutsamen *Faktor* bei *der Erhaltung der Umwelt* bildet".

Der kanadische Umweltminister Charles Caccia nannte die Erfolge der Konferenz in einer abschließenden Erklärung „kostbar". Belgien, Liechtenstein und Luxemburg seien der Erklärung von Ottawa vom März diesen Jahres beigetreten, in der sich bereits neun europäische Staaten und Kanada verpflichtet hatten, ihre Schwefeldioxyd-Emissionen bis spätestens *1993 um mindestens 30* Prozent gegenüber 1980 zu senken. Darüber hinaus hätten nun auch die UdSSR, die Ukraine, Belorußland, die „DDR" und Bulgarien zugesagt, *ihre grenzüberschreitenden* Schwefeldioxyd-Emissionen bis zu diesem Datum um 30 Prozent zu senken. Alle diese Staaten hätten ihre „Verantwortung als gute Nachbarn" bewiesen.

Mehrere westliche Länder hatten in ihren Beiträgen auf den Zusammenhang von Umweltschutz und Friedenssicherung hingewiesen. Der Vorsitzende der Konferenz, Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, und der Generalsekretär der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE), Klaus A. Sahlgren, gebrauchten beide die Formel der deutschen Bundesregierung, der Umweltschutz sei „nach der Sicherung des Friedens die wichtigste Aufgabe unserer Zeit". Der Vertreter der Vereinigten Staaten, William D. Ruckelshaus, betonte die Bereitschaft der USA, über die „Abrüstung auf dem Gebiet der Kernwaffen weiter zu verhandeln". Der Vertreter Griechenlands führte an, die Bevölkerung sehe den *Zusammenhang* zwischen Umweltschutz und Abrüstung, die Menschheit sitze „auf einer Zeitbombe". „DDR"-Umweltschutzminister Reichelt erklärte, gerade mit *den internationalen* Umweltschutzverhandlungen solle „die friedliche Zusammenarbeit der Völker" gefördert werden.

Nach Auffassung von Bundesin*nenminister Zimmermann liegt die* außerordentliche Bedeutung der Konferenz in der Bereitschaft von Ost und West, „über alles Trennende hinweg zu verhandeln". Der österreichische *Umweltminister Kurt Steyrer* hatte dies auf die Formel gebracht, Umweltschutz sei geeignet, die politische und wirtschaftliche Trennung Europas überwinden zu helfen. In ihm manifestiere sich damit „eine neue Art der Entspannungspolitik".

Die Forderung der CSU

● Fortsetzung von Seite 1

nen Rücktritt „befreien".

Zehn Minuten nach seinem Besuch bei *Kohl bestätigte der Minister* in einem Telefongespräch mit der WELT: „Ich habe soeben dem Bundeskanzler meinen Rücktritt erklärt." Lambsdorff wußte, daß das Bonner *Landgericht das Hauptverfahren* gegen ihn eröffnen wird. Diese Information war ihm über seinen Anwalt zugegangen. „Darum habe ich die Konsequenzen gezogen."

Lambsdorff hatte am Abend in der Runde führender FDP-Politiker gefehlt, *die Genscher in das Gästehaus* des Auswärtigen Amtes auf den Bonner Venusberg eingeladen hatte. Dabei war es darum gegangen, daß Bangemann Nachfolger Lambsdorffs werden solle. Bangemann wird außerdem für das Amt des FDP-Vorsitzenden kandidieren. Für seine Berufung ins Kabinett fand er in dem Kreis des elfköpfigen FDP-Präsidiums breite Unterstützung. Die Bundestagsfraktion und der Bundesvorstand der FDP nominierten Bangemann inzwischen offiziell für dieses Amt. Der Beschluß erfolgte bei drei Stimmenthaltungen, die von Bangemann selbst und den Abgeordneten Josef Ertl und Hildegard Hamm-Brücher kamen.

Informiert war offenkundig Genscher, *zumindest zu* einem sehr frühen Zeitpunkt. Er hatte fünf FDP-Landesvorsitzende, ehe diese sich nach den Abendberatungen in einem Hotel zusammensetzten, geraten, sich *bereitzuhalten, denn möglicherweise* werde es bald „Handlungsbedarf" geben.

Graf Lambsdorff bekräftigte gestern seine Unschuld. „Diese Anklage *ist nicht stichhaltig*. Sie ist insgesamt unbegründet." Er sehe der Hauptverhandlung mit der Erwartung entgegen, daß sich seine Schuldlosigkeit herausstellen werde. „Seit meinem Amtsantritt als Bundesminister für Wirtschaft habe ich keine einzige Mark von der Firma Flick erhalten, vermittelt oder angefordert." Er habe deshalb ein gutes Gewissen. Die Fortsetzung seiner Arbeit als Minister während einer Verhandlung halte er aber „weder für politisch möglich noch für sachlich vertretbar".

EKD-Mitglied: Amtsmißbrauch durch Pfarrer

idea, Marburg

Die *zunehmende Parteinahme* evangelischer Organisationen für die 35-Stunden-Woche hat das Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Helmut Müller, scharf kritisiert. Mit Blick auf eine Erklärung evangelischer Superinten*denten an* Rhein und Ruhr, die kürzlich auf einer Konferenz betont hatten, die Gewerkschaften träten in der gegenwärtigen Tarifauseinandersetzung vor allem für die Arbeitslosen ein *und nähmen* damit eine *gesamt*gesellschaftliche Verantwortung wahr, erklärte Müller, diese Superintendenten hätten gewiß noch nie die Verantwortung für die erfolgreiche Leitung eines Betriebes getragen. Für noch kritikwürdiger hält es Müller, der auch stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises evangelischer Unternehmer ist, daß durch diese Parteinahme das kirchliche Amt mißbraucht werde. Statt Versöhnung zu predigen, würden Streit gesät und tiefe Wunden hinterlassen. Wenn selbst evangelische Kirchen als Streiklokale dienten – wie etwa in Frankfurt –, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn wieder mehr Unternehmer aus der Kirche *austräten, erklärte das* EKD-Ratsmitglied. Müller betonte, daß auch Arbeitgeber eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrnähmen und von ihrer Kirche Verständnis für ihre Position erwarten dürften.

US-Erzbischof für Atomwaffeneinsatz

AP, Washington

Die katholische Kirche verurteilt nach den Worten des New Yorker Erzbischofs John O'Connor nicht in jedem Fall den Einsatz atomarer Waffen. Vor dem Ausschuß für Außenpolitik des US-Repräsentantenhauses, der sich mit Rüstungskontrolle und der amerikanischen Verteidigungspolitik befaßt, erklärte der Bischof, daß Atomwaffen nach reiflicher Überlegung und unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit nach Ansicht der Kirche sehr wohl eingesetzt werden dürften. Als Beispiele nannte O'Connor den Einsatz taktischer Atomwaffen bei Seegefechten oder gegen Landziele, sofern eine geringstmögliche Schädigung von Zivilisten gewährleistet sei.

„DDR"-Bewohner bei Flucht verletzt

AP, Hannover

Bei seiner Flucht in den Westen ist ein 29 Jahre alter „DDR"-Bewohner nahe Gifhorn durch Eisensplitter in den Rücken verletzt worden. Nach Mitteilung des Bundesgrenzschutzkommandos Nord löste der Mann beim Überwinden der fast drei Meter hohen Grenzanlage einen der sogenannten Todesautomaten aus. Grenzbewohner informierten den Notdienst, der den Verletzten in das Gifhorner Kreiskrankenhaus *brachte*.

Vernichtung des Seveso-Giftes

Ds. Mailand

Die 41 Fässer mit dem in Seveso sichergestellten Dioxin, die seit Ende Mai vorigen Jahres in den Kellern der Schweizer Chemiefirma Hoffmann-La Roche in Basel lagern, sollen Ende dieses Jahres vernichtet werden. Ursprünglich war die Vernichtung des Seveso-Giftes in den Einäscherungs*anlagen der Branchenschwester* Ciba-Geigy in Basel bereits für Juli diesen Jahres vorgesehen. Technische Schwierigkeiten erzwangen jedoch die Fristverschiebung. Die 41 Fässer enthalten *insgesamt rund* zwei Tonnen Material, das bei der Räumung der Chemiefabrik Icmesa, eines Zweigbetriebs der Hoffmann-La Roche-Tochter Givaudan, anfiel. Der Dioxin-Anteil *daran* beträgt 214 Gramm. Mit dem Abtransport der Fässer wurde im Sommer 1982 die Firma Mannesmann Italiana in Genua, eine fünfzigprozentige Konzerngesellschaft der deutschen Mannesmann AG, beauftragt. Diese schaltete dafür ihrerseits den französischen *Fuhrunternehmer* Paringaux ein, der die 41 Fässer in Saint Quentin in Frankreich deponierte. Dort wurden sie am 20. Mai 1983 entdeckt und an den Schweizer Chemiekonzern Hoffmann-La Roche übergeben.

DIE WELT

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden (Berlin); Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp (Bonn, verantwortlich für den Inhalt). Verlag und Druck: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1. Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler. Verantwortlich für Anzeigen: Dietrich Windberg. Redaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Grundlage entzogen?

dos – Die Antwort des Landes Niedersachsen auf das Kündigungsschreiben der Dresdner Bank ließ nicht lange auf sich warten und entspricht im Tenor einem glatten „Nein". Die Konstruktion des im Jahre 1977 geschlossenen Vertrages über die Oldenburgische Landesbank (OLB), der einherging mit der mehrheitlichen Übernahme der OLB durch die Dresdner Bank, sieht nach Auffassung des Landes eine Kündigung nicht vor.

Offen bleibt die Frage, wann und in welcher Form die Auseinandersetzungen beigelegt werden können. Der Streit der Anteilseigner, der auf Dauer sicher nicht ohne negative Folgen für das betroffene Institut, die OLB, bleiben kann, ist noch immer nicht so richtig auszuloten. Fest steht, daß die Dresdner Bank ihr Ziel, die Fusion der OLB mit der Norddeutschen Hypothekenbank in Hamburg, nicht mehr realisieren kann. Die Enttäuschung darüber ist verständlich und führte schließlich dazu, daß Horst Schmeling, der den Mehrheitsaktionär im Aufsichtsrat der OLB vertrat, sein Mandat zurückgab.

Bei der Schuldzuweisung für das Zustandekommen des Zerwürfnisses wird zumindest in Niedersachsen und Bremen mit deutlich ausgestrecktem Finger in Richtung Frankfurt gewiesen. Ohne jede Absprache mit den Minderheitsaktionären seien Pläne entwickelt worden, die den Interessen der Oldenburger zuwiderliefen. Auf ein entsprechend klares Wort der Dresdner Bank wird bis heute vergeblich gewartet. All das spricht dafür, daß Empfindlichkeiten wachgerufen wurden, die eine partnerschaftliche Zusammenarbeit kaum noch möglich erscheinen lassen.

Geschafft

hg – Nun ist es endlich geschafft: Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben sich nach dreijährigen Verhandlungen endlich darauf geeinigt, Untereinstandspreise im Einzelhandel und bestimmte Praktiken bei Rabatten, die die Industrie ihren Abnehmern aus dem Handel gewährt, als „leistungswidrig" zu ächten. Das Beste an dieser Übereinkunft ist die Gewißheit, daß damit gesetzgeberische Initiativen fürs erste vom Tisch sind. Ob nun auch alle Betroffenen unverzüglich auf den Pfad der wettbewerblichen Tugend zurückkehren werden, ist eine andere Frage: Diese gemeinsame Erklärung bindet schließlich nur den Gutwilligen. Wünschenswert ist es allemal. Zum einen, weil sich gerade bei den von der Industrie dem Handel gewährten Rabatten Formen eingeschlichen haben, die sehr wenig mit Leistung und viel mit der Macht des Abnehmers zu tun haben. Zum anderen, weil beide Seiten, Handel und Industrie, jetzt ihren guten Willen beweisen sollten – sonst schaffen sie sich nämlich doch noch ein Gesetz auf den Hals.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG / Untersuchung des Ifo-Instituts, München

Bundesrepublik hat im weltweiten Wettbewerb gute Ausgangsposition

DANKWARD SEITZ, München

Die kritische Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken neuer Technologien in der Bundesrepublik wird im Ausland, aber auch von vielen Deutschen als Innovationsschwäche ausgelegt. Das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung kommt dagegen in mehreren Analysen, die es anläßlich seiner heutigen Jahresversammlung veröffentlicht, zu der Überzeugung, daß die deutsche Wirtschaft eine gute Ausgangsposition hat, um auch künftig im Schritt halten zu können.

In der öffentlichen Diskussion wurde nach Ansicht vom Ifo übersehen, daß eine kritische Selbsteinschätzung kein Indikator für eine Innovationsschwäche ist. Kein Beleg dafür könne auch die uneingeschränkte Anerkennung für Spitzenleistungen in ausgewählten Hochtechnologien einiger amerikanischer und japanischer Unternehmen sein. So gibt es nach Feststellungen des Instituts keine Hinweise für die vielfach gehegten Befürchtungen, daß die Modernisierungsaktivitäten der deutschen Wirtschaft seit 1970 nachgelassen hätten. Insbesondere die Mikroelektronik habe wesentlich dazu beigetragen, den Produktionsapparat zu modernisieren.

Alle Voraussetzungen für eine hohe Innovationskraft und eine internationale Spitzenstellung wird der deutschen Wirtschaft bisher auch auf dem Gebiet Forschung und Entwicklung (FuE) bescheinigt, wofür 1981 insgesamt 10,8 Milliarden Dollar aufgewendet wurden (USA: 51,9 Milliarden; Japan: 16,4 Milliarden). Gemessen am Bruttoinlandsprodukt rangiere man mit einer FuE-Ausgabenquote von 2,49 Prozent nahezu gleichauf mit den USA (2,52) und vor Japan (2,38). In Bezug auf die Wertschöpfung liege die Bundesrepublik mit 2,15 Prozent sogar vor den USA (2,04) und weit vor Japan (1,62 Prozent).

Behaupten konnte die deutsche Industrie ihre gute Position auch in der Patentstatistik. Von den rund 1,53 Millionen Auslandspatent-Anmeldungen der Jahre 1976 bis 1981 entfielen auf die Bundesrepbulik 21,3 Prozent. Damit nimmt sie hinter den USA (30,8 Prozent) den zweiten Platz mit deutlichem Abstand vor Japan (zehn Prozent) ein. Wesentlich geringer ist der deutsche Anteil jedoch mit 16,0 Prozent bei den 33 595 Schlüsselpatenten – Erfindungen, die weltweit mindestens 15mal angemeldet wurden (Anteil der USA 36,5 und Japans 3,1 Prozent).

Kritisch bemerkt das Ifo hierzu, daß in der Bundesrepublik die Gefahr besteht, die Forschungsziele – auch aus Risikoscheu – zu sehr im Rahmen der „alten", etablierten Industrien zu setzen, so daß das Schwergewicht auf Verbesserungsinnovationen statt auf grundlegend neue technische Lösungen gelegt wird. Die wesentlich bessere Position der US-Forschung bei den Schlüsselpatenten deute darauf hin, daß die deutsche Forschung eher einen defensiven Charakter trägt und zu wenig von vornherein eine offensive, weltweite Vermarktung angestrebt wird.

Wenn auch das Ifo-Institut in der deutschen Wirtschaft noch keine Innovationsschwäche erkennen kann, so fordert es die Unternehmen doch zu wesentlich größeren Anstrengungen auf. Notwendig vor diesem Hintergrund ist nach Ansicht des Ifo eine konsequente Weichenstellung in der staatlichen Förderung. So sollte die Bundesregierung ihre Mittel im Rahmen der direkten Projektförderung auf forschungsintensive Unternehmen konzentrieren und die direkte Hochtechnologie-Förderung durch den Abbau von Erhaltungssubventionen in traditionellen Wirtschaftsbereichen verstärken. Zudem sollte die Verbundforschung auf nationaler und europäischer Ebene gefördert werden.

Die Politiker müßten sich allerdings dabei bewußt sein, daß sie mit dieser Strategie den technischen Fortschritt einseitig forcierten. Doch durch die breite Streuung der FuE-Fördermittel auf kleinere und mittlere Betriebe seien in der Vergangenheit möglicherweise Chancen vergeben worden, bei den Spitzentechnologien im Wettbewerb mit den USA und Japan mithalten zu können.

VEREINIGTE STAATEN

Kongreß: Kompromiß für Luxuswagen-Abschreibung

H.-A. SIEBERT, Washington

Im Streit um die steuerliche Abschreibung betrieblich genutzter Luxusautos hat der amerikanische Kongreß eine Lösung gefunden. Eingebaut wird in den „Deficit Reduction Act of 1984", der noch endgültig verabschiedet werden muß, eine stark abgemilderte Kompromißformel. Sie verzichtet sowohl auf die ursprünglich vorgeschlagenen Abschreibungslimite von 15 000 (Senat) und 21 000 Dollar (Repräsentantenhaus) als auch auf den Nachweis einer mindestens 70prozentigen geschäftlichen Nutzung.

Nach der Einigung im Vermittlungsausschuß beträgt die betriebliche Nutzungsuntergrenze 50 Prozent; bei 100prozentiger geschäftlicher Nutzung dürfen die Käufer ausländischer Wagen im ersten Jahr 4000 sowie im zweiten und dritten Jahr jeweils 6000 Dollar abschreiben. Hinzu kommen maximal 1000 Dollar als Investitionssteuervorabzug, so daß in der üblichen dreijährigen Abschreibungsperiode für Fahrzeuge insgesamt 17 000 Dollar geltend gemacht werden können. Danach kann der Rest der Anschaffungskosten in Jahresraten von 6000 Dollar abgeschrieben werden.

Belastet werden ausländische Luxusautos mithin nur in Form längerer Abschreibungszeiten, was sich nach dem Urteil amerikanischer Importeure kaum nachteilig auf den Absatz auswirken wird. Heute kann in den USA ein Auto, das beispielsweise 50 000 Dollar kostet und zu 50 Prozent betrieblich genutzt wird, in drei Jahren um 26 000 Dollar abgeschrieben werden. Künftig dauert es neun Jahre. Gegenüber der WELT bezeichnete Philip Hutchinson von der Volkswagen of America Inc. den Kompromiß als „klug und hilfreich".

Auf dem Kapitol wird offen zugegeben, daß die Senatoren und Abgeordneten den Protesten Bundeskanzler Kohls und der deutschen Botschaft in Washington Rechnung getragen haben. Die Mehrheit wollte auch auf Drängen der Reagan-Administration schließlich keinen handelspolitischen Schlagabtausch riskieren, zumal die EG eine Vorleistung durch die Streichung der geplanten Fettsteuer erbracht hat. Sie wiederum hätte die US-Sojabohnenexporte belastet, die zwei Drittel des europäischen Pflanzenöl-Konsums decken.

Aus der Schußlinie sind etwa 580 000 ausländische Luxusautos, die jährlich in die USA geliefert werden. Darunter befinden sich 211 000 deutsche – vor allem Mercedes-Benz, BMW, Porsche und Audi. Trotz des günstigen Kompromisses bleibt jedoch ein beklemmendes Gefühl zurück: Das Gesetz H. R. 4170 verstößt eindeutig gegen den Gleichheitsgrundsatz; aus einer großen Zahl von Produkten werden Automobile ausgesondert. Das nennt man Diskriminierung.

Atempause für Europa

Von ULRICH LÜKE, Paris

Die europäische Wirklichkeit macht bescheiden. Nach einer Kette von gescheiterten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs jetzt in Fontainebleau endlich ein Erfolg. Es ist verständlich, daß der eine oder andere Regierungschef darüber in Jubel ausbricht. Nach tagelangem Ringen haben es die Regierungschefs ja diesmal geschafft. Aber was haben sie eigentlich zuwege gebracht? Bei Lichte besehen nicht das, was Helmut Kohl die Hausaufgaben zu nennen pflegt.

Margaret Thatcher kann die Milliarden einstreichen, die sie unbeirrt eingefordert hat. Anders als in den Jahren zuvor hat sie nun ihren Rabatt mindestens wohl für drei Jahre gesichert. Drei Jahre Ruhe an der Rabattfront statt einem wie bisher. Ist das der europäische Fortschritt?

Festzuhalten bleibt, daß die groß angekündigten Versprechen, diesmal einen langfristigen Finanzausgleich für die gesamte Gemeinschaft nicht nur für Frau Thatcher zu finden, nicht eingelöst wurden. Statt einer Neuorientierung der EG, die allen Mitgliedern ausreichenden Nutzen durch die Gemeinschaft bringt, statt einer Radikalkur also, wurde wieder nur an den Symptomen herumkuriert. Wer heute sagt, eine derartige Radikalkur sei ohnehin unrealistisch gewesen, muß sich fragen lassen, warum er sie dann früher angekündigt hat.

Wäre die Gemeinschaft – was die Verteilung ihrer Haushaltsmittel angeht – nicht zu zwei Dritteln eine Agrargemeinschaft, profitierte London stärker von ihr als es tatsächlich der Fall ist. Die Korrektur dieser Agrarlastigkeit hätte deshalb im Zentrum der europäischen Debatten der letzten Jahre stehen müssen, nicht die nackte Rabattzahl für Großbritannien.

Nun darf gerechterweise nicht vergessen werden, daß wesentliche Probleme der EG schon beim letzten Gipfel in Brüssel im Frühjahr gelöst werden konnten. Der Einstieg in die Agrarreform beispielsweise. Weit entfernt davon, einen großen Schritt auf dem Weg zu einem sinnvolleren EG-Agrarmarkt getan zu haben, machten die Regierungschefs mit diesen Beschlüssen doch einen Schritt in die richtige Richtung. Wenn auch nur einen kleinen. Die Beschränkung der Garantiemengen, faktische Senkung der Garantiepreise, das sind in einer Zeit, da die Bauernlobby in allen Ländern offenbar immer noch zu den stärksten zählt, nicht leicht zu treffende Entscheidungen.

Die Deutschen haben in dieser Reformdiskussion eine unglückliche Rolle gespielt. Dadurch, daß sie die an sich zulässigen nationalen Ausgleichszahlungen für ihre Bauern über Gebühr ausdehnten und erhöhten, machten sie ihre Verhandlungsposition unglaubwürdig. Denn Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Gerhard Stoltenberg waren vor Jahresfrist ja mit dem Motto angetreten, Subventionen abzubauen und im übrigen, da ja überall gespart werde, das auch in der Gemeinschaft zu tun. Von diesen Vorsätzen ist nun so gut wie nichts übriggeblieben. Margaret Thatcher hat ihre Milliarden, und Helmut Kohl hat die Erlaubnis, seine eigenen ausgeben zu dürfen.

Die Einigung von Fontainebleau zusammen mit den Brüsseler Kompromissen kostet Geld. Nun ist mehr Geld für Brüssel ja kein Wert an sich. Nach Fontainebleau lauten also die entscheidenden Fragen: Mehr Geld wofür? Und: Atempause für was?

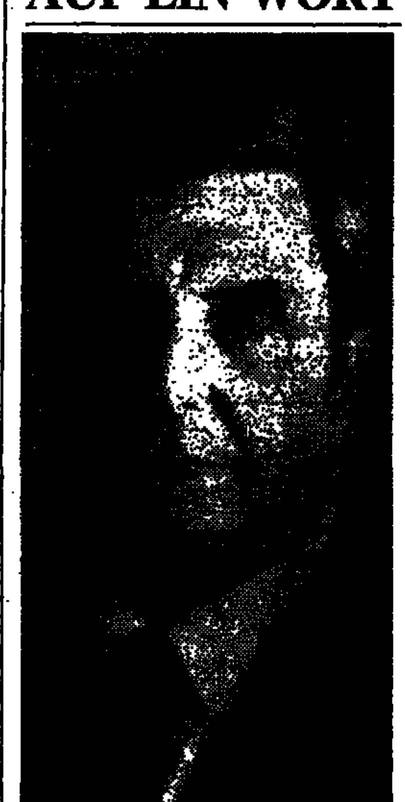
François Mitterrand blieb in Fontainebleau kaum Zeit, seine angeblich weitreichenden Pläne für eine Politische Union zu erläutern. Man gründete, obwohl das nun wirklich nicht mehr komisch ist, wieder einmal Kommissionen.

Wohin das alles führen wird, blieb offen. Die wichtige Frage einer europäischen Sicherheitspolitik wollen die Regierungschefs offenbar tatsächlich auf das Nebengleis der Westeuropäischen Union seligen Angedenkens schieben. Bleiben Projekte praktischer Zusammenarbeit im Technologie- und Rüstungsbereich. Und bleibt das Versprechen der Franzosen, künftig seltener ein Veto einzulegen, verbunden mit der Hoffnung, daß andere Gleiches tun.

Das alles zeigt, die Einigung von Fontainebleau ist sicherlich eine notwendige, aber keineswegs eine hinreichende Bedingung für das Gesunden der Gemeinschaft, für ihr Zusammenwachsen zu einem weltpolitischen Faktor.

Aber richtig bleibt: Seit Fontainebleau ist die Gemeinschaft nicht mehr gelähmt; jetzt kommt es darauf an, daß sie wieder laufen lernt.

AUF EIN WORT



„Auf allen Weltmärkten stoßen wir heute zunehmend mehr auf eine starke japanische Konkurrenz. Ihre Innovationskraft kann neben der effizienten und damit kostengünstigen Produktionstechnik gar nicht ernst genug genommen werden. Der Einsatz der EDV in immer weiteren Betriebs- und Verwaltung bereichen, die Einführung des CAD in unserer Konstruktion, aber auch die Investition moderner rechnergesteuerter Werkzeugmaschinen in der Fertigung sind ein Teil der Antwort auf die so oft apostrophierte „japanische Herausforderung."

Dr. Alfred Zubler, Sprecher des Vorstandes der Kochs Adler AG, Bielefeld. FOTO: GERDA HERRMANN

KONJUNKTUR

Kieler Institut befürchtet Nachlassen der Nachfrage

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Fortsetzung des Aufschwungs in der Bundesrepublik im zweiten Halbjahr hält das Kieler Institut für Weltwirtschaft für zweifelhaft. Zwar seien die Exportchancen – auch wegen der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft – weiterhin günstig. Die Inlandsnachfrage dürfte wegen der restriktiven Geldpolitik zur Schwäche neigen. Die Investitionsgüternachfrage werde zudem zusätzlich beeinträchtigt werden, falls die Tarifpartner eine generelle Arbeitszeitverkürzung vereinbaren. Dadurch würden sich die Gewinnaussichten wieder verschlechtern.

Die Hoffnung auf höhere Wachstumsraten sei auch deshalb geschwunden, weil es an einem schlüssigen Konzept zur steuerlichen Entlastung der Bürger ebenso fehlt wie an einem Abbau von Subventionen. Im Gegenteil, die Subventionen seien weiter erhöht worden, nicht nur für die Landwirtschaft.

Unter dem Strich erwartet das Institut für 1984 im Jahresdurchschnitt eine Zunahme des Bruttosozialprodukts von 2,5 Prozent, in der vorangegangenen Prognose wurden noch reichlich drei Prozent genannt. Für 1985 wird mit einem Plus von zwei Prozent gerechnet.

Die Unsicherheitsmarge sei jedoch relativ groß, da die geld-, finanz- und lohnpolitischen Entscheidungen gegenwärtig kaum verläßlich abzugreifen sind. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte 1985 wieder steigen und im Jahresdurchschnitt 2,4 Millionen betragen. Die gedämpfte Konjunkturentwicklung werde sich jedoch in einer niedrigeren Inflationsrate niederschlagen. Die Verbraucherpreise dürften 1985 nur um 2,5 Prozent im Jahresdurchschnitt höher liegen.

WELTBANK

Verschuldungskrise könnte Änderungen erfordern

rtr, Washington

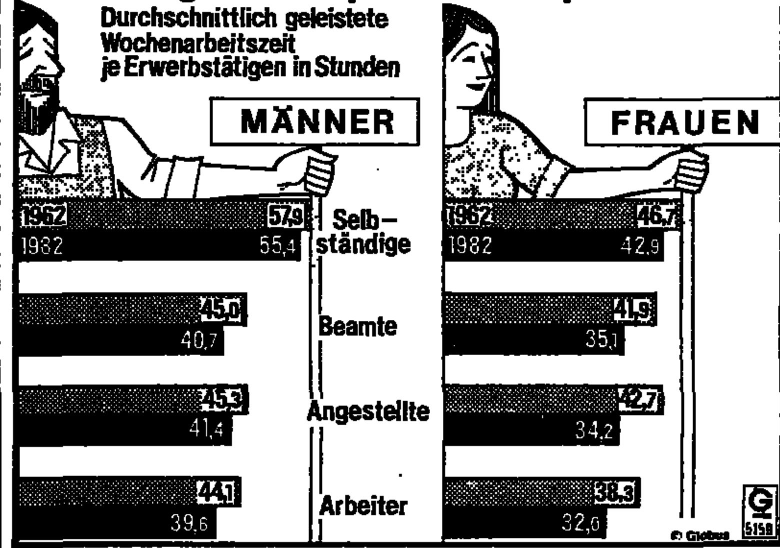
In der Sorge, die wachsenden wirtschaftlichen Probleme der Dritten Welt könnten bald nicht mehr zu bewältigen sein, erwägt die Weltbank bedeutende Änderungen bei der Unterstützung der Entwicklungsländer. Denn die allgemeine Schuldenkrise werde in den kommenden Jahren voraussichtlich den Fluß neuer Geschäftsbanken-Kredite für die Dritte Welt stark eingrenzen. Entsprechend müßten sich die Entwicklungsländer verstärkt an internationale Hilfsorganisationen wenden. Andernfalls würden sie mit noch größeren wirtschaftlichen und politischen Problemen konfrontiert werden.

Nach Angaben von Weltbank-Vertretern sind folgende Möglichkeiten im Gespräch:

- Gründung eines Tochter-Instituts, das einer Geschäftsbank sehr nahe käme und in der Lage wäre, den Ländern mehr Mittel zur Verfügung zu stellen als die Weltbank, die über ihr Kapital nicht hinausgehen kann.
- Entwicklung eines mittelfristigen Kreditprogramms zur wirtschaftlichen Anpassung, das die kurzfristig ausgelegten Zahlungsbilanzhilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF) ergänzte.
- Kooperation zwischen der Weltbank und den Geschäftsbanken verbessern, um dann die Probleme der hochverschuldeten Länder in konzentrierteren Aktionen anzugeben.
- Hilfe sollte an andere Voraussetzungen geknüpft werden als bisher.

Einige der Vorschläge könnten schon im nächsten Jahr wirksam werden, obgleich noch zahlreiche Diskussionen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bevorstehen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Für die Selbständigen reduzierte sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 1962 bis 1982 nur um 2½ Stunden. In derselben Zeitspanne ging die durchschnittliche Arbeitszeit der Beamten von 45 auf 40,7, der Angestellten von 45,3 auf 41,4 und der Arbeiter von 44,1 auf 39,6 Stunden zurück. QUELLE: GLOBUS

HWWA: Staatsdefizit stark zurückgegangen

Hamburg (rtr) – Mit einem verstärkten Rückgang des Staatsdefizits rechnet das Hamburger Institut für Wirtschaftsforschung (HWWA) in diesem Jahr. Die Größenordnung des Finanzierungsdefizits des Staates insgesamt könne für 1984 auf etwas weniger als 30 Mrd. DM beziffert werden, nach 45 Mrd. DM im vergangenen Jahr. Das sei der niedrigste Stand seit Mitte der siebziger Jahre. Der Staatsanteil, berechnet als Anteil der gesamten Staatsausgaben am nominalen Bruttosozialprodukt, dürfte nach Ansicht der Wirtschaftsforscher in diesem Jahr um rund 47 Prozent geringer sein als in jedem der vergangenen neun Jahre.

Schleuderpreise geächtet

Bonn (AP) – Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben sich auf eine Ächtung sogenannter Schleuderpreis-Strategien geeinigt, mit deren Hilfe im Handel vor allem die großen Firmen zu Lasten der kleinen bevorzugt werden. Wie der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) mitteilte, haben die beteiligten Organisationen beschlossen, ihre gemeinsame Erklärung von 1975 entsprechend fortzuschreiben. Hersteller und Händler sollen demnach künftig nicht mehr Artikel systematisch unter dem Einkaufspreis abgeben. Die Wirtschaft verpflichtet sich ferner, überproportionale Rabattgewährungen nach Größe des Abnehmers abzulehnen.

Kaffeepreise unter Druck

Bremen/Hamburg (dpa/VWD) – Rohkaffeehandel, Röster und Einzelhandel halten es für notwendig, die Röstkaffeepreise anzuheben. Als Gründe werden die explosionsartig gestiegenen Einstandspreise genannt, die aus den hohen Rohkaffeepreisen – den höchsten seit 1977 – und dem hohen Dollarkurs resultieren.

Rücktritt angekündigt

Völklingen (VWD) – Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Arbed Saarstahl GmbH, Jürgen Krackow, hat seinen Rücktritt angekündigt. Wie das Unternehmen mitteilte, hatte Krackow bereits Ende Mai dieses Jahres Präsidium und Aufsichtsrat von Arbed Saarstahl darüber unterrichtet, daß sein Gesundheitszustand die weitere Wahrnehmung seiner bisherigen Aufgaben nicht mehr zulasse. Das Präsidium suche zur Zeit nach einem geeigneten Nachfolger, heißt es. Wenn dieser gefunden sei, werde Krackow zurücktreten.

In Bank umgewandelt

Frankfurt (cd.) – Die BHF-Bank, Frankfurt, wandelt ihre Zürcher Tochter BHF-Finanz AG in eine Bank um, die als BHF-Bank Schweiz AG firmieren und sich auf das internationale Privatkundengeschäft und den schweizerischen Emissionsmarkt konzentrieren wird. Die Leitung liegt unverändert bei Harald Lungershausen (Sprecher) sowie Eckhart Koch und Karl G. Burkhardt.

Produktion gestiegen

Düsseldorf (dpa/VWD) – Die eisenschaffende Industrie in der Bundesrepublik hat im Mai mit 2,65 Mill. Tonnen Roheisen 8,6 Prozent mehr erzeugt als im Vormonat. Wie die Außenstelle Düsseldorf des Statistischen Bundesamtes berichtete, wurden zudem 3,47 Mill. Tonnen Rohstahl (plus 8,5 Prozent) und 2,44 Mill. Tonnen Walzstahlfertigerzeugnisse (plus 7,4 Prozent) produziert.

Plafonds erhöht

Washington (VWD) – Einem Gesetz zur Anhebung der Verschuldungsobergrenze auf 1,573 Bill. Dollar von derzeit 1,52 Bill. hat der Bewilligungsausschuß des US-Repräsentantenhauses zugestimmt. Nach Einschätzung des US-Schatzamtes dürfte damit der Mittelbedarf bis Ende August abgedeckt sein. Der Bewilligungsausschuß hat darüber hinaus beschlossen, dem Repräsentantenhaus einen eigenen Ergänzungsvorschlag zu unterbreiten. Er sieht eine Erhöhung des Schuldenlimits auf 1,753 Bill. Dollar vor, das bis zum 30. Juni 1985 gültig sein könnte.

Fischereikonferenz eröffnet

Rom (dpa/VWD) – Mit einer Rede von Spaniens König Juan Carlos wurde eine Weltkonferenz für Fischereiwirtschaft und -entwicklung eröffnet. Veranstalter ist die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Vertreter von mehr als 150 Ländern und 70 internationalen Organisationen wollen Entwicklungsstrategien auf allen Gebieten der Weltfischerei behandeln.

PENSIONS-SICHERUNGS-VEREIN

Schadensvolumen ging um mehr als die Hälfte zurück

GISELA REINERS, Bonn

Das Geschäftsjahr 1983 brachte dem Pensions-Sicherungs-Verein auf Gegenseitigkeit (PSVaG), Köln, erstmals seit 1980 wieder weniger Insolvenzfälle. Der gesetzlich bestimmte Träger der betrieblichen Altersversorgung im Fall der Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens sieht somit nach den Worten seines Aufsichtsratsvorsitzenden Otto Esser die Hoffnung erfüllt, daß nach dem „ungewöhnlichen Schadensjahr 1982" (AEG) die Lage sich wieder normalisiert.

Zwar lag 1983 das Schadensvolumen mit rund 517 Millionen Mark immer noch hoch, jedoch nur bei 42,3 Prozent des Wertes aus 1982. Entsprechend dem Rentenwertumlageverfahren wurde deshalb der Beitrag von 6,9 auf 3,7 Promille gesenkt. Die Zahl der Insolvenzen, nach denen der PSVaG die Betriebsrenten zahlt, sank auf 300 und lag damit um 15 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Auch die Zahl der Empfänger von Betriebsrenten und unverfallbaren Anwartschaften, für die der PSVaG haftet, ging drastisch zurück. Mit 10 800 bzw. 14 200 lag sie bei den Rentnern um 73 Prozent, bei den Anwärtern um 74 unter der Vorjahreszahl.

Nach der AEG-Pleite sei besonders das Problem der Überversorgung diskutiert worden, sagte Esser. Die Spitzenverbände der Wirtschaft seien jedoch nach eingehender Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, daß es nicht sinnvoll sei, die betriebliche Altersversorgung durch die „Zugrundelegung einer abstrakten Gesamtversorgung" einzuengen. Das beeinträchtige die Gestaltungsfreiheit der Betriebe und erhöhe unangemessen den Verwaltungsaufwand.

FINANZMÄRKTE / An den Aktienbörsen stiegen die Kurse – Mark deutlich fester

Erleichterung bei den Anlegern

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit großer Erleichterung haben die Finanzmärkte in der Bundesrepublik gestern auf die deutlich verbesserten Chancen für eine Beendigung des Streiks in der Metallindustrie reagiert. Das schlug sich an der deutschen Aktienbörse in Kurssteigerungen vieler Publikumswerte um ein Prozent des Kurswertes und mehr nieder.

Zugleich erzielte die D-Mark an den internationalen Devisenmärkten gegenüber den wichtigen Währungen Kursgewinne. Der Rücktritt von Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff wurde zwar allgemein bedauert, er hatte jedoch keine negativen Auswirkungen auf die Märkte. Im Gegenteil, es wirkte eher beruhigend, daß nun die Ungewißheit über sein weiteres Schicksal beseitigt ist.

Ansätze zu einer Kurserholung an der deutschen Aktienbörse waren bereits am Dienstag zu beobachten. Aber erst gestern brachten die Anleger wirklich den Mut auf, die berechtigt erscheinenden Hoffnungen auf ein Streikende mit nennenswerten Käufen zu honorieren.

Die spürbar gestiegene Nachfrage, die sich in einem kräftigen Umsatzanstieg widerspiegelt, stammte zu einem erheblichen Teil aus dem Ausland, so hieß es auf dem Parkett. Aber auch inländische institutionelle Anleger wagten sich gestern erstmals wieder seit längerer Zeit mit größeren Beträgen an den Aktienmarkt.

Das Aktiengeschäft wurde also weitgehend von professionellen Investoren bestimmt, bei denen sich in den letzten Wochen erhebliche Liquidität angesammelt hatte, die oft nur sehr kurzfristig am Geldmarkt geparkt wurde.

Die allgemeine Erwartung, daß nun ein Tarifabschluß in der Metallindustrie bevorsteht, der gesamtwirtschaftlich vertretbar ist, wirkte an der Börse wie ein Klingelzeichen zum Einsteigen.

Größere Kurssteigerungen erzielten besonders die vom Streik betroffenen Aktien der Autoindustrie. So gewannen VW fast 2½ Prozent ihres Kurswertes und BMW sowie Daimler rund 1½ Prozent. Favoriten waren die „Roboteraktien"; so kletterten PKI auf 436 (plus zwölf) Mark und IWKA auf 236 (plus elf) Mark.

Von der Erwartung eines Streikendes sowie von einer leichten Dollarabschwächung als Folge eines geringfügigen Zinsrückgangs in den USA profitierte der D-Mark-Kurs. Die amtliche Dollarnotiz ging von 2,7952 auf 2,7805 Mark zurück.

Zugleich befestigte sich die Mark gegenüber dem Schweizer Franken, dem japanischen Yen und gegenüber den europäischen Währungen.

Am 23. Juni starb im Alter von 63 Jahren

Günter zum Hingst

Mehr als 30 Jahre diente der Verstorbene dem Hafen Hamburg als Repräsentant in Nordrhein-Westfalen. Bis 1982 war er Leiter der Hamburger Hafen-Vertretung Günter zum Hingst, Düsseldorf, seither war er unserem Hafen beratend verbunden. Sein Erfolg war das Ergebnis seines Einsatzes. Engagement, Wissen und Klugheit haben ihm viele Freunde zugeführt. Ob aus der Hafen- und Verkehrswirtschaft, der Verladerschaft oder von seinen Kollegen, immer wurde ihm Wertschätzung und Anerkennung zuteil.

Wir werden seiner in Ehren gedenken.

Präsidium und Hafenrat
des
Unternehmensverbandes
Hafen Hamburg e. V.
und
seine Kollegen

Die Trauerfeier zur Einäscherung findet am 29. Juni 1984, um 15.00 Uhr in der Kapelle des Stoffeler Friedhofes, beim Volksgarten, Düsseldorf-Oberbilk, statt.

Es ist im Sinne des Verstorbenen, an Stelle ihm eventuell zugedachter Blumen die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft e. V., Düsseldorf, mit einer Spende zu bedenken (*BLZ: 300 501 10, Konto-Nr. 10 123 305, Stadtsparkasse Düsseldorf*).

– Wertpapier-Kenn-Nr. 500101 –

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft am 27. Juni 1984 wurde beschlossen, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 einen Betrag von DM 11.872.800 durch Zahlung einer Dividende von DM 6,– je Aktie im Nennwert von DM 50,– auszuschütten.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt gegen Einreichung der Dividendenscheine Nr. 27 nach Abzug von 25 % Kapitalertragssteuer ab 28. Juni 1984.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende pro Aktie verbunden, das auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet wird.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn der inländische Aktionär der auszahlenden Stelle eine Nichtveranlagungsbescheinigung seines Finanzamtes eingereicht hat.

Wir bitten, weitere Einzelheiten dem Bundesanzeiger vom 28. Juni 1984, Nr. 118, zu entnehmen. Aktionäre, die ihre Aktien bei einem Kreditinstitut hinterlegt haben, werden von den Depotbanken unterrichtet.

Bad Homburg, v. d. Höhe, 27. Juni 1984
Der Vorstand



FINANZANZEIGEN

Buderus

Buderus Aktiengesellschaft

Bekanntmachung über die Dividendenauszahlung

In Durchführung der von der Hauptversammlung am 29. 7. 1965 gefaßten Beschlüsse *erhalten die außenstehenden Aktionäre* unserer Gesellschaft eine garantierte Dividende in Höhe des arithmetischen Mittels der vom Statistischen Bundesamt zum Ende eines Kalenderjahres für die Wirtschaftsgruppen „Energiewirtschaft, Montanindustrie" und „Industrie (ohne Montan- und Bauindustrie)" bekanntgegebenen Durchschnittsdividenden, mindestens jedoch 12 %. Danach errechnet sich für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende von 12 %. Demgemäß entfällt *auf eine Aktie zu DM 1000,– der Betrag von DM 120,–*, auf eine Aktie zu DM 200,– der Betrag von DM 24,– und auf eine Aktie zu DM 100,– der Betrag von DM 12,–.

Die Dividende wird nach Abzug der gesetzlichen Abgaben gegen Vorlage des Gewinnanteilscheines Nr. 36 unserer Aktien gezahlt.

Die Auszahlung erfolgt ab sofort bei unserer Gesellschaftskasse in Wetzlar oder einer der nachstehend bezeichneten Banken oder einer ihrer Niederlassungen:

im Bundesgebiet: Commerzbank AG
Deutsche Bank AG
Dresdner Bank AG
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Bankhaus von der Heydt-Kersten & Söhne

in Berlin: *Berliner Commerzbank AG*
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Bank AG

Wetzlar, den 28. Juni 1984 Der Vorstand

VEW

Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Aktiengesellschaft Dortmund

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft hat am 27. Juni 1984 beschlossen, *aus dem Bilanzgewinn des Jahres 1983 in Höhe von 96000809 DM* folgende Dividende zu zahlen:

6 DM je Aktie im Nennwert von 50 DM
auf ein Grundkapital von 800000000 DM.

Gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 21 zahlen die nachstehend aufgeführten Kreditinstitute und deren Niederlassungen ab sofort die Dividende *abzüglich 25% Kapitalertragsteuer aus.*

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden; es entspricht der von der Gesellschaft für die Dividende gezahlten Körperschaftsteuer. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Anteilseignern gegen Vorlage der vom depotführenden Kreditinstitut auszustellenden Steuerbescheinigung *auf die* Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet und im Falle der Überzahlung vergütet bzw. erstattet.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamtes eingereicht hat. In diesem Falle wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Zahlstellen sind: Deutsche Bank AG, Deutsche Bank Berlin AG, Westdeutsche Landesbank *Girozentrale*, Bank für Gemeinwirtschaft AG, Bank für Handel und Industrie AG, Bayerische Landesbank Girozentrale, Bayerische Vereinsbank, Berliner Bank AG, Berliner Commerzbank AG, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Commerzbank AG, Deutsche Genossenschaftsbank, Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –, Dresdner Bank AG, Hamburgische Landesbank Girozentrale, Hessische Landesbank – Girozentrale –, Merck, Finck & Co., Norddeutsche Landesbank Girozentrale, Sal. Oppenheim jr. & Cie., Trinkaus & Burkhardt, Westfalenbank AG, Commerz-Credit-Bank AG Europartner, *Deutsche Bank Saar* AG und Stadtsparkasse Dortmund. Ferner in der Schweiz: Schweizerische Bankgesellschaft, Schweizerische Kreditanstalt, Schweizerischer Bankverein.

Dortmund, den 27. Juni 1984 **Der Vorstand**

SOZIALPOLITIK / Spitzengespräch der Koalition

Streit wegen Erziehungsjahr

GISELA REINERS, Bonn

Bundeskanzler Kohl (CDU) sieht sich in die Pflicht genommen, bei der Entscheidung über die Anrechnung eines Erziehungsjahres in der Hinterbliebenenversicherung Formulierungshilfe zu leisten. Wie aus der Unionsfraktion verlautet, soll noch vor der offiziellen Sommerpause ein Spitzengespräch zwischen Kohl, den Ministern Blüm (Soziales) und Stoltenberg (Finanzen) und den Sozialexperten der Fraktionen, George (CDU) und Cronenberg (FDP) stattfinden.

In einer Klausurtagung am Wochenende waren sich die Sozialpolitiker der Koalition einig geworden, daß die Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung 1986 in Kraft treten müsse, daß dies kostenneutral „für die Rentenversicherung" zu geschehen habe und daß die Anrechnung eines Erziehungsjahres pro Kind für Frauen „unabdingbare Voraussetzung" sei. Im CDU-Fraktionsvorstand wurde am Montag beschlossen, daß nach dieser „überraschenden Einigung" der Sozialpolitiker ein Spitzengespräch vor der Behandlung in der Fraktion vonnöten sei. Im Zuge der Diskussion über Stoltenbergs Steuerreform-Pläne zum Familienlastenausgleich (Erziehungsgeld von 600 Mark monatlich, Kindergeldzuschlag) wurde jedoch in der Fraktion am Dienstag auch die Rentenfrage aufgeworfen.

Laut Sitzungsteilnehmern wünscht der Finanzminister, daß das Erziehungsjahr aus der Rentenkasse finanziert wird – ohne Belastung des Bundeshaushalts. Dem widersprach Blüm lautstark unter kräftigem Beifall. Stoltenberg könne nicht nur bei den Versicherten kürzen und anderen das Geld geben. Familienlastenausgleich sei eine Aufgabe des Staates und nicht der Solidargemeinschaft.

Diese Auffassung vertritt auch der CDU-Sozialexperte Haimo George. Eine Renten-interne Lösung sei unmöglich, weil sonst der Kinderlose für Kinder zahle, die später als Beamte aus dem System ausschieden. Auch Stoltenbergs Kostenargument ziehe nicht. Die Belastung betrage anfänglich 150 Millionen und steigere sich erst nach etwa 15 Jahren auf 2,3 Milliarden jährlich. Das sei weniger, als die Bauern erhielten.

FRIED. KRUPP / Schneider: Der Konzern ist schlanker und gesünder geworden – Ertragsbesserung vorausgesagt

Der Aufschwung hat jetzt kräftig eingesetzt

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Halbwegs passabel hat sich der Krupp-Konzern 1983 mit einer Minderung des Auftragseingangs um 2 Prozent auf 15,9 Mrd. DM in seinen noch wenig von der Konjunktursonne beschienenen Märkten gehalten. Rasant ist der Auftragseingang in den ersten fünf Monaten von 1984 mit 8 Mrd. DM um 24 Prozent über den zeitgleichen Vorjahreswert gestiegen, beim Industrieanlagenbau, der 1983 ein branchentypisches Auftragsminus von 33 Prozent erlebte, erhöhte er sich sogar um 66 Prozent. Bis hin zum Stahl mit seinen 15 Prozent Auftragsplus werden nun alle Konzernbereiche vom Konjunkturaufschwung erfaßt.

Wilhelm Scheider, Vorstandsvorsitzender der Essener Konzernholding Fried. Krupp GmbH, wagt denn auch die Prognose, daß sich das Konzernergebnis 1984 „deutlich und das heißt um einige hundert Mill. DM" verbessern werde. Es könnte, nachdem sich das wirtschaftliche Ergebnis vor Steuern 1983 noch auf 300 (250) Mill. DM Verlust verschlechterte, sogar wieder in einen Betriebsgewinn umschlagen, obwohl der Konzern bis Ende Mai im Saldo aus (gemilderten) Verlusten bei Stahl und positiven Ergebnissen seiner übrigen Bereiche noch rote Zahlen schrieb.

Auch die Folgen des Metallstreiks, die Krupp bislang nur beim Stahl mit 50 Mill. DM Umsatzausfall und sonst erst „wenig mit direkten Auswirkungen" spürbar, irritieren den Konzernchef noch nicht in seiner Zuversicht. Wesentlicher scheint ihm da vorerst die generelle Sorge, daß dieser lange Arbeitskampf die Lieferzuverlässigkeit der deutschen Industrie in der Meinung der Kunden nachhaltig dezimieren könnte.

Die angekündigte Ertragsbesserung „um einige hundert Mill. DM" muß vor allem der Stahlbereich bringen. Denn auch 1983 versanken die noch mit 78 (128) Mill. DM positiven Ergebnisse der übrigen Konzernbereiche wieder im Orkus der Stahlverluste. Der Konzernverlust wurde diesmal erst nach offenem Ausweis (1982 vorweg durch Auflösung stiller und offener Reserven) durch Rücklagenminderung ausgeglichen. Da mit der 70-Prozent-Tochter Krupp Stahl AG kein Organschaftsvertrag besteht, weist die Holding selbst erstmals wieder einen Jahresüberschuß von 25 Mill. DM aus. In dieser Höhe (nach 6,7 Mill. DM) erhalten die beiden Eigentümer von 700 Mill. DM Stammkapital (75 Prozent Krupp-Stiftung und 25 Prozent Iran) eine Ausschüttung, die sich dank Einschleusung bereits versteuerter Auslandserträge in die Holdingkasse noch um 14 Mill. DM Steuergutschrift für die Empfänger erhöht.

„Der Konzern ist schlanker und gesünder geworden", resümiert Scheider das Resultat der 1983er Anstrengungen in Umstrukturierung, Rationalisierung und Kapazitätsanpassung. Beendet ist mit Schließung einer der beiden Bremer Krupp-Werften das Strukturproblem bei der AG „Weser", die 1983 noch einen durch Schließungskosten auf 33 (8) Mill. DM erhöhten Verlust brachte und künftig als „Seebeckwerft" auf den Bau von Schiffen bis zu 50 000 tdw beschränkt bleibt. Rechnet man den noch in das erste Halbjahr 1984 hineinlaufenden Personalabbau aus der Schließung der Bremer Großwerft mit, so hat der Konzern seine Belegschaft 1983 um reichlich 11 000 Mitarbeiter reduziert.

Die „Schlankheitskur" geht 1984 mit voraussichtlich 3500 weniger Arbeitsplätzen weiter. Das Schwergewicht liegt dabei mit etwa 2000 Arbeitsplätzen im Stahlbereich. Bei aller Zuversicht, auch den Stahlbereich nun dank radikaler Kapazitätsanpassung und Konjunkturbesserung aus den roten Zahlen herauszubringen, betont Scheider die Notwendigkeit zum Neuanfang mit unternehmensübergreifenden Fusionen.

Krupp-Konzern	1983	±%
Umsatz (Mill. DM) [1]	19 104	+ 1,8
dav. Stahl	5543	- 4,2
Anlagenbau	3571	+ 4,4
Maschinenbau	2541	- 2,5
Handel	6703	+ 8,2
Außenumsatz	17 273	+ 3,3
Auslandsanteil (%) [2]	43,1	(43,2)
Beschäftigte	69 291	- 11,4
Gesamtinvestitionen	424	- 14,2
Sachinvestitionen	304	- 35,9
Abschreibungen	525	+ 14,3
Netto-Cash-flow	376	+17,5
Ausgewies. Ergebnis	-301	(439)

[1])Weltumsatz mit 1831 (2038) Mill. DM Innenumsätzen. [2])Darin 1,17 (1,63) Mrd. DM von Auslandstöchtern.

HEIDELZEMENT

Absatz bisher weiter gestiegen

JOACHIM WEBER, Heidelberg

Peter Schuhmacher, Vorstandsvorsitzender der Heidelberger Zement AG, Heidelberg, glaubt nicht, daß es in der Bauwirtschaft nach dem Auslaufen der Effekte aus dem Bauförderungs-Programm zu einer selbsttragenden Konjunktur kommt. Die Kurve werde sich in diesem Jahr zunächst abflachen, zum Jahresende sogar wieder abwärts zeigen, so seine Prognose. „1983 war lediglich eine einjährige Phase der Stabilisierung."

Immerhin ist der Heidelberger Zementabsatz in den ersten fünf Monaten noch um 2,5 Prozent auf 2,15 Mill. Tonnen gestiegen. Daß der Umsatz dabei um fast 8 Prozent auf 316 Mill. DM zunahm, ging in erster Linie auf den gestiegenen Absatz höherwertiger Sonderbaustoffe zurück. Preiserhöhungen haben nicht dazu beigetragen. Sie sind vorläufig auch nicht vorgesehen. Trotz solcher Zurückhaltung ist Schuhmacher zuversichtlich, das Ergebnis von 1983 auch in diesem Jahr wieder erreichen zu können. Bei einem um knapp 6 Prozent auf 864 (818) Mill. DM gestiegenen Umsatz hat die AG ihren Jahresüberschuß um ein Drittel auf 36 Mill. DM gesteigert. Der Cash-flow (nach Unternehmensangaben) wuchs dabei um 18 Prozent auf 163 (138) Mill. DM.

Zur besseren Ertragslage hat der um ein Prozent auf 7,2 Mill. Tonnen gestiegene Baustoffabsatz (davon 6,12 nach 6,06 Mill. Tonnen Zement) nur geringfügig beigetragen. Wesentlicher war es, daß der Materialaufwand bei gestiegener Produktion gesenkt werden konnte. Hinzu kamen ein verbesserter Zinssaldo und um 5 Mill. DM höhere Beteiligungserträge. Erfreulich ist dabei besonders die Entwicklung der US-Tochter Lehigh, die ihren Umsatz 1983 um 10 Prozent auf 264 (240) Mill. Dollar steigerte.

Die auf 111 (84) Mill. DM angehobenen Sachinvestitionen – bei Abschreibungen von 81 (76) Mill. DM – zielten wieder auf die Rationalisierung und den Ausbau der Lagermöglichkeiten. Die Aktionäre erhalten eine Dividende von sieben (6,50) DM je 50-DM-Aktie. Außerdem sollen sie eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln im Verhältnis 12:1 auf 130 (120) Mill. DM genehmigen, wie es bei Heidelzement fast schon Tradition ist. Schuhmacher: „Danach stammt mehr als die Hälfte unseres Grundkapitals aus Gesellschaftsmitteln."

GROSSBRITANNIEN / Wetter half den Landwirten

Rekordernte in Aussicht

WILHELM FURLER, London

Die britischen Landwirte stehen in diesem Sommer vor einer Rekordernte. Dies geht aus einer Umfrage hervor, die von der Londoner Tageszeitung Times in allen Teilen des Landes durchgeführt wurde. Die hervorragenden Ernteaussichten bei Getreide, Mais, Raps und Kartoffeln werden auf den außergewöhnlich trockenen und kalten Frühling und auf die rechtzeitig Ende Mai einsetzenden Regenfälle mit sich anschließendem hochsommerlichen Wetter zurückgeführt.

So berichten etliche Landwirte, daß das Getreide in diesem Jahr besser stehe, als sie sich jemals erinnern könnten. Als Grund werden im übrigen nicht nur die günstigen Witterungsbedingungen angeführt, sondern auch die Beobachtung, daß der Krankheits- und Schädlingsbefall in diesem Jahr auffallend gering ist. Lediglich Tauben scheinen in einigen Teilen Englands für den Rapsanbau eine gewisse Plage darzustellen.

Von möglichen 100 Punkten für die besten Ernteaussichten bezüglich Menge, Qualität und Gesundheit erreichten der Times-Umfrage zufolge Weizen, Roggen und Hafer im britischen Landesdurchschnitt einen Wert von immerhin 94. Raps kam auf 92, Kartoffeln erzielten 91 Punkte. Gerste mußte sich wegen auffallend schlechter Ernteaussichten in der Grafschaft Gloucester (nur 70 Punkte) mit einem Durchschnittswert von 90 begnügen.

Die hervorragenden Ernteaussichten werden auch Gesprächsthema Nummer eins auf der Royal International Agricultural Show sein, die vom 2. bis 5. Juli in Stoneleigh in der Nähe von Coventry abgehalten wird. Erwartet werden rund 1300 Aussteller von landwirtschaftlichem Gerät und Zubhör aus Großbritannien und allen Teilen Europas. Im vergangenen Jahr kamen mehr als 200 000 Besucher, davon 12 000 aus dem Ausland.

Varta bleibt zuversichtlich

dos, Hagen

Bei der zur Quandt-Gruppe gehörenden Varta AG, Bad Homburg, hat sich in den ersten vier Monaten 1984 die günstige Entwicklung des Geschäftsjahres 1983 fortgesetzt. Auf der Hauptversammlung in Hagen erklärte Vorstandschef Hans-Heinrich Firnges, vor allem die Sparte Starterbatterien habe den Varta-Weltumsatz gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um elf Prozent ansteigen lassen. Im Inlandskonzern ergab sich per Ende April ein Plus von sieben Prozent. Der weitere Verlauf des Jahres 1984 werde positiv eingeschätzt.

Der auf der Hauptversammlung vorgelegte Weltabschluß 1983 weist bei einem Umsatz von 1,58 (1,62) Mrd. DM einen Jahresüberschuß von 29,2 (16,3) Mill. DM aus. Das Ergebnis pro 50-DM-Aktie verbesserte sich auf 18 (9,20) DM. Für 1983 schüttet das Unternehmen eine auf 12 (8) Prozent erhöhte Dividende aus, nachdem vorab 11,5 (7,9) Mill. DM den Rücklagen zugeführt wurden.

GIRMES / Strukturbereinigung noch nicht am Ende – Sorgen mit Streikfolgen

Auf mühsamem Rückweg zur Dividende

JOACHIM GEHLHOFF, Oedt

Weitaus besser als der Durchschnitt der deutschen Textilindustrie mit seinen 1,5 Prozent Umsatzplus hat sich die Girmes-Werke AG, Oedt, 1983 entwickelt. Es reichte freilich auch im (nicht veröffentlichten) Weltabschluß erst zu einem Umschwung des im Vorjahr mit 11,6 Mill. DM genannten Verlustes (nach DVFA) in einen kleinen Gewinn von 1,2 Mill. DM, der gerade 0,2 Prozent des Weltumsatzes ausmacht. Er kam mit dem Aufschwung der Textilkonjunktur erst ab Juni 1983 und löste die bis dahin herrschenden roten Zahlen ab.

Uwe Klimant (48), der als Branchenneuling zum 1. April 1984 in den Vorstandsvorsitz dieses (nach der Freudenberg-Gruppe) zweitgrößten deutschen Textilkonzerns berufen wurde, nennt das mit Recht eine noch keineswegs befriedigende Ertragskraft. In drei bis vier Jahren, so verspricht er, werde die einst zu den Perlen der Branche zählende und seit einigen Jahren kränkelnde Firma durch weitere Fortschritte in Kosteneinsparung und Produktivität (das Personal soll auch 1984 um drei bis vier Prozent kleiner werden) wieder ein „echt gesundes" Unternehmen sein. Sicherlich werde man auch schon vorher wieder zur Dividende zurückkehren, die für 1981 nur noch mit 2,50 DM (einst 10 DM) gezahlt wurde und seitdem ausblieb.

Der Weg dahin scheint derzeit aussichtsreich, nachdem Girmes auch bis Ende Mai 1984 mit Umsatzsteigerungen von 8,8 Prozent beim Inlandskonzern und sogar 12,6 Prozent im Weltbereich wiederum den Branchentrend überflügelte. Eine Dividendenprognose schon für 1984 wagt der neue Chef aber vor allem aus zwei Gründen noch nicht.

Erstens wird sich das Aktienkapital (8000 Eigentümer) 1984 durch Restumtausch der 1974er Wandelanleihe weiter auf rund 50 (43,2) Mill. DM erhöhen und damit im Vergleich zum bisherigen Geschäftsvolumen relativ groß sein. Zweitens macht der Metallstreik Sorgen. Den Stillstand der Autofabriken spüre man in der ertragsstarken Sparte Autovelours (ein Zehntel vom Inlandskonzern-Umsatz) bereits mit wohl nicht mehr aufholbarem Ausfall von zwei Monatsproduktionen.

Die Eigenkapitalquote von 43,2 Prozent der Inlandskonzern-Bilanzsumme ist trotz der mageren Jahre etwa doppelt so hoch wie beim deutschen Industriedurchschnitt geblieben.

Girmes-Werke	1983	±%
Weltumsatz (Mill. DM)	546	+ 8,8
Auslandsanteil (%)	55	(53)
Inlandskonzern		
Umsatz	440	+ 7,3
Exportanteil (%)	46,8	(45,1)
Belegschaft [1])	2960	- 3,4
Personalaufwand	126	+ 3,1
Sachinvestitionen	31,7	+204,8
Abschreibungen	26,1	+ 63,4
Netto-Cash-flow [2])	16,6	+ 29,7
Nettoergebnis [2])	1,2	(-2,8)
Jahresüberschuß	3,2	(0,04)

[1])Jahresdurchschnitt. [2])Vorstandsangaben nach DVFA; Ergebnis je Aktie 1,37 (-3,28) DM; Cash flow ohne Steuern.

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

		27.6.	26.6.
F	Global Nat. **0	15,20	15,80
F	Henninger Con	2,5	2,5 bG
F	Properties Int.	33 G	33 G
F	Uoc **0	1,00	0,96 bG

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. * Stücke in 100 DM. ** abweichende Stückelung, kein Zeichen = Stücke in 50 DM. (Kurse ohne Gewähr)

Hoffen auf Streikende

Der Rücktritt von Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff wurde an der Börse nur am Rande zur Kenntnis genommen. In der Erwartung, daß der Schlichtungsvorschlag in der Metallindustrie von den Tarifpartnern akzeptiert werden wird, gab es am Aktienmarkt kurssteigernde Meinungskäufe. Von den Automobilwerten erzielten Daimler, Mercedes und BMW zweistellige Kursgewinne. Zu Steigerungen kam es auch in den sogenannten Rationalisierungspapieren wie IWKA, PKI und SEL. Ausländer interessierten sich für Siemens, ein Papier, das zu den höchsten Tageskursen schloß. Bei den Stahlaktien zeichneten sich leichte Besserungen ab, die mit dem erhofften Streikende in Zusammenhang gebracht werden.

Der Rentenmarkt profitierte vor allem vom sinkenden Dollarkurs. Die Zinsanhebungen in den USA gewannen keinen Einfluß auf die Tendenz. Öffentliche Anleihen zogen bis zu 0,30 Prozentpunkte an.

VEW

„Energieehe" vor Abschluß

dpa/VWD, **Dortmund**

Die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, will sich maßgeblich an der Ruhrkohle AG (RAG) beteiligen. Wie Vorstandsvorsitzender Prof. Klaus Knizia auf der Hauptersammlung seiner Gesellschaft gestern mitteilte, beabsichtigten VEW und die WestLB die Bildung einer Holding, die etwas mehr als 30 Prozent der RAG-Anteile halten soll.

Die VEW wird innerhalb dieser Holding mit 51 Prozent die Mehrheit haben und dafür rund 65 Mill. DM investieren. Die 30-Prozent-Beteiligung an der RAG kommt dadurch zustande, daß in der Holding die bisherigen Beteiligungen von Salzgitter (10,9 Prozent), Société Nouvelle de Sidechar (8,3 Prozent), Krupp Stahl AG (6,2 Prozent), Harpener AG (4,8 Prozent) und Gewerkschaft Alte Haase (0,2 Prozent) zusammengefaßt werden.

Den Worten Knizias zufolge ist dieses Modell zwischen den derzeitigen Anteilseignern der Ruhrkohle soweit ausgehandelt, daß es bei einer außerordentlichen Hauptversammlung der RAG im September beschlossen werden kann. Nach Auffassung von Knizia gibt es für das Kartellamt keinen Grund, dieser Konzeption zu widersprechen. Ziel der Beteiligung sei es, bei der Gestaltung der RAG-Geschäftspolitik soweit mitzuwirken, wie es ein Aufsichtsrat könne. Auch werde eine weitergehende Zusammenarbeit bei der Entwicklung neuer Techniken angstrebt, so beispielsweise bei der Kohlevergasung oder auf dem Gebiet des Umweltschutzes.

Wie Knizia weiter erläuterte, wird sich in VEW-Kraftwerken bis Ende 1988 der Schwefeldioxidausstoß um mehr als 70 Prozent mindern, obwohl der Kohleeinsatz um 20 Prozent steige. *Nach dem Geschäftsbericht* erhöhte sich der Umsatz dieses drittgrößten Elektrizitätserzeugers in der Bundesrepublik, um 2,2 Prozent auf rund 5,4 Mrd. DM. Der Bruttogewinn beträgt 293 Mill. DM. Vorgeschlagen wird wie im Vorjahr eine Dividende *von 12 Prozent.*

REEMTSMA / „Die Einführung der Zwischenpreislage für Zigaretten hat sich als richtig herausgestellt"

Mit Nischen-Politik im Ausland erfolgreich

HENNER LAVALL, **Hamburg**

„Die Entscheidung, im vergangenen Jahr eine bis dahin unbekannte Zwischenpreislage zu etablieren, hat sich als richtig erwiesen. Der Verbraucher hat die neuen Zigarettenpreise akzeptiert und der Verfall des Markenartikelsortiments konnte dadurch gestoppt werden." Bei diesen Erklärungen des Vorstandsvorsitzenden der Reemtsma Cigarettenfabriken GmbH, Horst Wiethüchter, auf der Bilanzpressekonferenz in Hamburg ist die Zufriedenheit nicht zu *überhören. Immerhin war der größte* deutsche Zigarettenanbieter wegen der Einführung von Billig-Markenzigaretten zur Abwehr der Handelsware in der Branche scharf kritisiert worden.

„Der Einbruch der Markenzigarette konnte gerade noch rechtzeitig aufgehalten werden", meinte der Reemtsma-Chef. Es sei zwar richtig, daß die Rendite der Zigarettenfabriken und des Fachhandels stark geschrumpft ist, „aber in den letzten Jahren habe wir alle nicht schlecht gelebt". Dies schließe den Staat nicht aus, der als stiller Teilhaber durch Tabak- und Mehrwertsteuer mit gut 74 Prozent an den Verbraucherpreisen beteiligt sei.

Bei Reemtsma schlugen sich diese Abgaben 1983 mit rund 4 Mrd. DM nach 3,5 Mrd. DM im Jahr zuvor nieder, so daß die Netto-Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 1983 nur um 23 Mill. DM auf 2,28 Mrd. DM anstiegen. Auf *den Bereich Zigarette entfielen davon* 1,28 (1,26) Mrd. DM, auf den Getränkesektor eine (0,9) Mrd. DM. Zur Entwicklung der einzelnen Marken des Hauses Reemtsma äußerte sich Wiethüchter ebenfalls zufrieden. Die „West" behaupte sich mit einem Marktanteil von 6,32 Prozent unter den führenden deutschen Marken, bei den anderen Zigaretten sei der Rückgang der Marktanteile gestoppt.

Nicht so gut sieht es bei der Tochter Badische Tabakmanufaktur Roth-Händle in Lahr aus. Hier verlören die kräftigen Hauptmarken „Reval" und „Roth-Händle" immer mehr an Boden, weil der Trend zur leichten Zigarette anhalte. Freude macht dem Vorstandsvorsitzenden weiter das Auslandsgeschäft, auf das knapp 40 Prozent des gesamten Zigarettenabsatzes der Gruppe entfällt. Man habe sich hier vor allem durch die Strategie der Nischen-Politik einen erfolgreichen Ausgleich zur Mengenentwicklung im Inland geschaffen.

Im laufenden Jahr sieht es bisher nicht so gut aus. Einmal führe die Streiksituation zu starker Konsumzurückhaltung, zum anderen schlage der zu hoch bewertete Dollar stark auf die Rohstoffkosten des Unternehmens durch. Mit dem wieder im Unternehmen verbleibenden Gewinn „strotzen wir aber vor innerer Stärke", meinte der Reemtsma-Chef.

Nicht reichen werde es dagegen bei allen schwarzen Zahlen 1984 für die Ausschüttung einer Dividende auf das 260 Mill. DM betragende Stammkapital. Dieses liegt in der Mehrheit bei der Familie Herz (Tchibo).

Reemtsma	1983	±%
Umsatz (Mill. DM)	6200	+ 9,0
dav. Zigaretten	5100	+ 8,0
Getränke	1100	+ 1,1
Belegschaft	9500	- 10
Absatz		
Getränke (Mill. hl)	8,3	- 0,05
Zigaretten (Mrd.St.)	52,4	+ 8,6
dav. Inland (%)	33,0	+ 2,5
Marktanteil Inl. (%)	29,1	(28,9)
davon Reemtsma	21,1	(20,6)
davon Roth-Händle	7,9	(8,3)
	1983	1982
Jahresüberschuß (Mill. DM)	3	29
Brutto-Cash-flow	299	303
in % vom Umsatz (netto)	13,1	13,4
Investitionen	253	190
Abschreibungen	174	158

HOLZMANN / Aufträge aus dem Ausland sind erheblich geschrumpft – Kapazitäten müssen zurückgeführt werden

Günstige Ertragsentwicklung im laufenden Jahr

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Mittelfristig müssen sich die deutschen Bauunternehmen mit einer Reduzierung ihrer Kapazitäten auseinandersetzen. Das gilt sowohl für den Inlandsbau als auch im Auslandsgeschäft. Denn es ist enger geworden auf den Baumärkten. Im vergangenen Jahr sanken die Auslands-Aufträge (ohne USA) an die deutschen Baufirmen auf 3,6 Mrd. DM; 1981 waren es noch gut 12 Mrd. DM.

Zur Verdeutlichung dieser Entwicklung erinnerte Hermann Becker, Vorstand der Philipp Holzmann AG, Frankfurt, bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1983 daran, daß von den insgesamt knapp 42 Mrd. DM Auslands-Aufträgen, die in den fünf Jahren 1979 bis 1983 an die deutsche Bauindustrie flossen, gut 80 Prozent aus nur vier Ländern stammten (Saudi-Arabien mit gut 42 Prozent, Irak gut 20, Nigeria 10 und Libyen 9 Prozent); bereits 1983 seien diese Länder als Auftraggeber (bis auf Saudi-Arabien mit deutlich reduziertem Volumen) praktisch ausgefallen. Eine Änderung dieser Entwicklung ist angesichts der Finanzprobleme dieser *Länder nicht in Sicht.* Im Inlandsbau kündigt sich ebenfalls ein geringeres Bauvolumen an; im Wohnungsbau (bei Holzmann ein Viertel des Inlandsbauvolumens) wird es rapide schrumpfen.

Dieser Rahmen hinterläßt auch bei der Holzmann AG, die im übrigen für 1983 wieder einen glänzenden Abschluß vorlegt, Spuren: In den ersten *fünf Monaten dieses Jahres nahm der* Konzern mit 2,42 Mrd. DM gut 12 Prozent weniger neue Aufträge herein als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres. Dabei blieben die Inlandsaufräge mit 829 Mill. DM sogar gut 28 Prozent unter dem Vorjahresstand, ebenso wie die 755 Mill. DM Auslandsaufträge, nur in den USA zogen die Aufträge mit plus 52 Prozent auf 835 Mill. DM deutlich an, blieben aber damit noch unter der Bauleistung.

Mit 7,75 Mrd. DM Auftragsbestand per Ende Mai ist Holzmann freilich vorerst *noch gut gepolstert,* auch wenn der Bestand gegenüber Jahresbeginn um 10 Prozent gesunken ist und sogar 18 Prozent unter dem Vorjahresstand liegt. (Der Inlandsbestand entspricht mit knapp 2 Mrd. DM in etwa einer Jahresbauleistung.)

Damit rechnet der Holzmann-Vorstand auch für dieses Jahr wieder mit einer Jahresbauleistung wie 1983, die *mit* 7,87 Mrd. DM die Vorjahresleistung um 5 Prozent überschritt. Davon wurden 31 (30,5) Prozent im Inland, 35,4 (44,7) Prozent in den USA und 33,6 (24,8) Prozent im übrigen Ausland erbracht. Auch hinsichtlich der Ertragsentwicklung ist der Vorstand für dieses Jahr zuversichtlich.

Mit 49,6 (56) Mill. DM liegt der Jahresüberschuß der AG 1983 unter dem Vorjahresstand – eine Folge einer durch Sondereinflüsse aus dem Auslandsgeschäft auf 132 (119) Mill. DM gestiegenen Steuerposition. Die Ergebnisse aus der Bruttoabrechnung lagen um 15 Prozent über dem Vorjahresstand. An dieser positiven Entwicklung beteiligt Holzmann die Aktionäre mit einer Dividende von 10 DM plus 1 DM Bonus (i. V. 10 DM) je 50-DM-Aktie, womit der Ausschüttungsbetrag auf 19,8 (18) Mill. DM steigt, ein gleich hoher Betrag geht in die freie Rücklage, die Rücklage für Auslandsrisiken soll wiederum mit 10 Mill. DM dotiert werden. Den Mitarbeitern bietet Holzmann statt der bisher üblichen *Gewinnbeteiigung (20* Prozent des Ausschüttungsbetrages insgesamt) wahlweise Belegschafts*aktien an (zum Kurs von 270 DM).*

BAYER-HV / Ovationen für den scheidenden Chef

Ungebrochenes Wachstum

JOACHIM GEHLHOFF, **Köln**

Die „noch nicht zuverlässig" abzuschätzenden Folgen des Metallstreiks fürs eigene Geschäft irritierten ihn in seinem *Optimismus nicht:* Mit leicht beschleunigter Wachstumsrate werde der 1983 um 7,2 Prozent auf 37,3 Mrd. DM gestiegene Bayer-Weltumsatz in diesem Jahr die 40-Milliarden-Schwelle überspringen. Daraus sowie aus den positiven Folgen von Struktur- und Vorsorgemaßnahmen der letzten Jahre erwarte man nach dem schon 1983 auf 504 Mill. DM fast verdoppelten AG-Jahresüberschuß auch für 1984 „ein gutes Ergebnis".

Mit diesem Ausblick verabschiedete sich Prof. Herbert Grünewald nach zehnjähriger Arbeit als Vorstandsvorsitzender der Bayer AG, Leverkusen, in der Kölner Messehalle von seinen Aktionären. Die Hauptversammlung, nur leicht eingetrübt durch Störversuche unkundiger Umweltschützer und sonstiger „Alternativ-Aktionäre", wurde zur Ovation für den scheidenden Chef. Mit Lob und Dank sparten weder die zahlreichen Aktionärssprecher noch der AR-Vorsitzende Prof. Kurt Hansen, dem Grünewald nun im Amt nachfolgt.

Grünewald nutzte die Gelegenheit des Rückblicks auf seine zehn Vorsitzjahre, um auf Strukturveränderungen hinzuweisen, die zugleich die besonderen Stärken für die künftige Entwicklung dieses Weltkonzerns andeuten. Der Forschungsaufwand, für Bayer-Welt mittlerweile bei *1,8 Mrd.* DM und damit fast auf der Höhe der Sachinvestitionen angelangt, gehe nun schon mit mehr als 50 Prozent in die besonders ertrags- und zukunftsträchtigen Wachstumssparten Pharma und Pflanzenschutz; Anfang der 70er Jahre waren das erst 30 Prozent.

Das sei ein sinnfälliges Indiz für die auch außerhalb dieser beiden Sparten verfolgte Bayer-Strategie der Hinwendung zum Spezialprodukt mit hoher Wertschöpfung und geringerer Anfälligkeit gegenüber Kostensteigerungen bei Rohstoffen und Energie. Andererseits brauche diese Strategie aber auch den Weltmarkt. So gelte heute schon als Bayer-Faustregel, daß beispielsweise ein neues Pharmaprodukt 200 Mill. DM und zehn Jahre Entwicklungsarbeit koste. Wer solchen Aufwand mit schneller und umfassender Verwertung auch verdienen wolle, für den seien „der deutsche und selbst der europäische Markt" zu klein.

Als besonderen Höhepunkt solcher Hinwendung zum Weltmarkt hob Grünewald den 1977 vollzogenen Erwerb der großen US-Firma Miles hervor. „Damit gelang der Schritt auf den großen, uns vorher weitgehend verschlossenen US-Pharma-Markt." Inzwischen sind die USA für das Bayer-Weltgeschäft bereits so groß *wie der Heimatmarkt geworden.* Und mehr als nur hoffnungsvolle Ansätze für ein wachsendes Geschäft auf den Fernost-Märkten bietet insbesondere bereits der japanische Markt, auf dem Bayer bereits 1,5 Mrd. DM Umsatz erzielt. Rund 85 Prozent des Bayer-Weltumsatzes werden, so Grünewald, von zehn Wirtschaftszweigen erzielt. Dazu gehören unter anderen das Gesundheitswesen, die Landwirtschaft und die Automobilindustrie.

KONKURSE

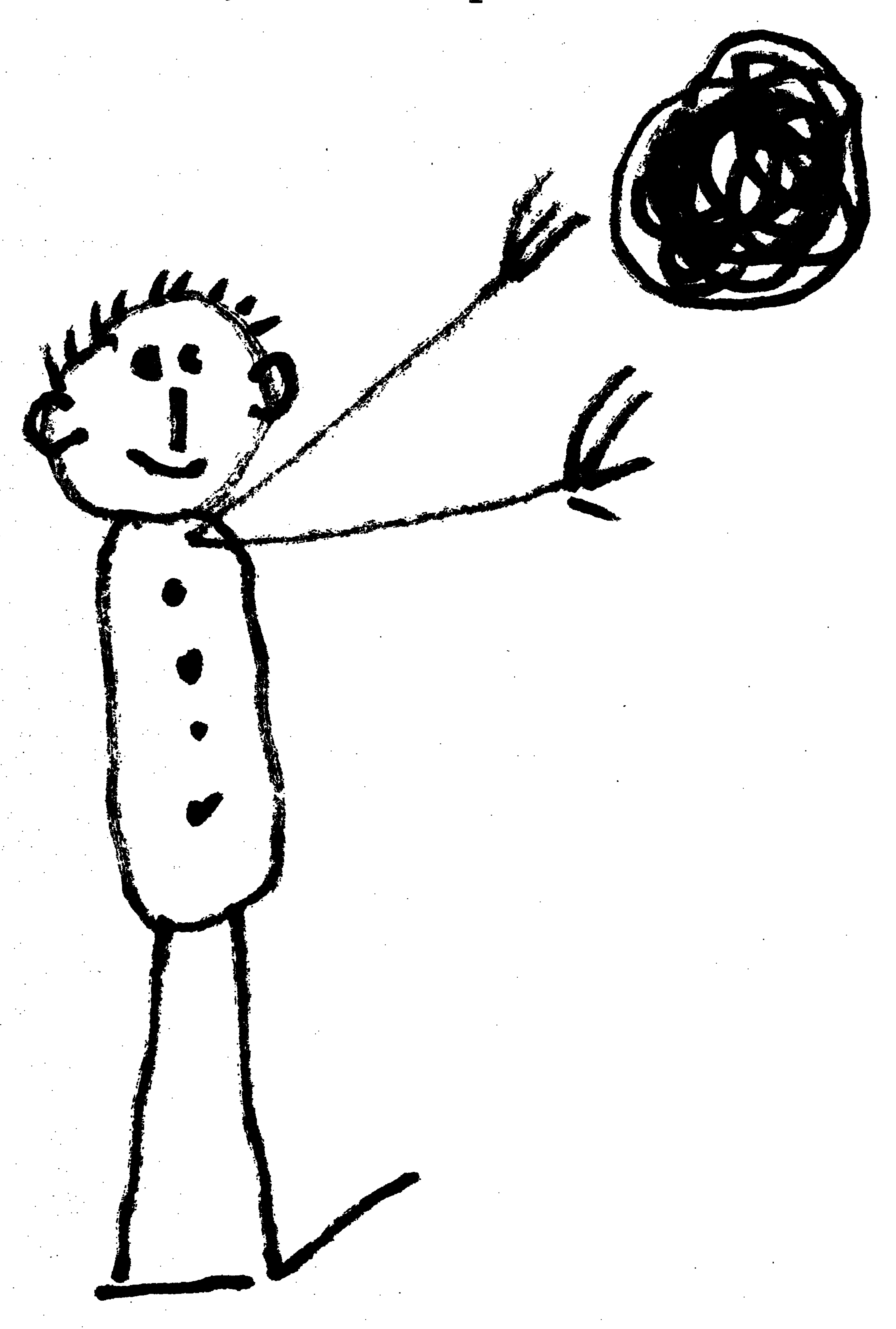
Konkurs eröffnet: Aachen: RAE Hifi - Anlagen *Vertriebsges. mbH,* Stolberg; **Bochum:** Heinz Weirauch, Kaufmann, Inh. d. Fa. Heinz Weirauch, Herne; **Braunschweig:** Lenchen Behrens, Kauffrau; **Duisburg:** Bernhard Fischer GmbH & Co. KG; Bau-Fischer GmbH; **Meldorf:** Niesche-Bau-Ges. mbH, Burg; **München:** Monolith Bau GmbH MB Behälterbau; Nachl. d. Hans Dieter *Glaswinkler; Nachl. d. Otto Schroll,* Altenerding; **Passau:** „SWM - Gast*stättenbetriebsges. mbH", Vilshofen.*

Vergleich eröffnet: Düren: Vereinigte Lederfabriken GmbH, Langerwehe; **München:** GFG Ges. z. Förde*rung d. mittelständischen* Getränkewirtschaft mbH, Ebersberg.

Vergleich beantragt: Dieburg: Willi Herbert, Groß-Zimmern; **Köln:** Sereno *Musikverlag* GmbH.

Neues von der IBM:

Was jetzt im Computer ist.



Der Computer schafft bekanntlich die kompliziertesten Sachen. Dagegen wurde er mit so etwas Einfachem wie zum Beispiel der Zeichnung eines Kindes oder aber der Ideenskizze eines Konstrukteurs, dem handschriftlichen Kommentar des Chefs auf einem Bericht, also allen sogenannten uncodierten Schriftstücken, nicht fertig. Die Bearbeitung solcher Schriftstücke macht aber einen großen Teil der täglichen Arbeit in einem Unternehmen aus. Dazu werden sie vervielfältigt, von der Hauspost von Büro zu Büro gebracht, von der Bundespost den Filialen zugestellt und letztlich in unzähligen Aktenordnern archiviert. Und da das alles ziemlich kostentreibend ist, wäre es schön, wenn der Computer auch beim Arbeiten mit uncodierten Schriftstücken helfen würde.
Er kann es jetzt. Und zwar mit Hilfe eines Zusatzgerätes für die elektronische Übermittlung. Es ist der neue IBM 8815 Scanmaster I. Er kann in weniger als einer Minute ein Schriftstück mit oder ohne Abbildung einlesen und schickt es dann an den Zentralrechner zum Speichern, Archivieren oder zum Verteilen an andere Scanmaster. Die wiederum können die Informationen quasi in Originalform ausdrucken, oder man läßt sie sich am Bildschirm zeigen.
Zum Beispiel kann jetzt eine Versicherungs-Agentur die Originalfassung einer Police an die Hauptverwaltung schicken und in kurzer Zeit mit den erforderlichen Unterschriften zurückbekommen. Eine Entwicklungsabteilung kann neue Wartungsinstruktionen mit geänderten Zeichnungen ganz schnell an alle Service-Stationen schicken. Eine Zentrale kann bei Bedarf wichtige Dokumente sofort ihren Niederlassungen oder Zweigstellen zur Verfügung stellen. So wird die Arbeit im Büro nicht nur einfacher, besser und schneller, sondern auch billiger.
Wenn Sie mehr darüber wissen wollen, schreiben Sie unter dem Stichwort „Scanmaster" an IBM Deutschland GmbH, Postfach 31 37, 7000 Stuttgart 1.

IBM

Respekt für Jupp Derwalls späte Entscheidung

Jupp Derwall hat endlich eine Entscheidung getroffen, die einzig richtige. Ihm gebührt Respekt und Dank. Er hat begriffen, daß er in der verfahrenen Situation des deutschen Fußballs nichts Positives mehr für die Nationalelf tun kann.

Lange genug hat es gedauert, bis er sich zum Rücktritt durchgerungen hat. Bis zuletzt hat ihm sein Chef, Verbands-Präsident Hermann Neuberger, Fallen gestellt. Nun hat sich Derwall allein befreit, er kann wieder in den Spiegel schauen.

Seine Erfolge wird ihm niemand nehmen können: Seit seiner Amtsübernahme im Oktober 1978 wurde die deutsche Nationalelf nur elfmal besiegt – in immerhin 67 Länderspielen. 1980 gewann Derwall mit seiner Mannschaft den Europatitel, zwei Jahre später in Spanien die Vize-Weltmeisterschaft.

Aber auch damit wird Jupp Derwall leben müssen: Es reicht eben nicht aus, nur auf Bilanzen und Statistiken zu verweisen. Er ist an seinen mangelnden Führungsqualitäten, am falschen Umgang mit den Nationalspielern gescheitert. Wohl auch daran, daß es mit seiner Fachkompetenz nicht weit her war. All das zusammen mußte ihn angreifbar machen. Das harmonische Umfeld, das er so sehr braucht, um sein fröhliches, rheinisches Naturell ausleben zu können, wird eben im Show-Geschäft Fußball immer seltener. Häme ist deshalb nicht angebracht. Vielleicht Anerkennung, weil er am Ende eingesehen hat, daß er der falsche Mann auf diesem Posten war.

Hermann Neuberger hätte dieses böse Spiel wohl noch weiter mit ihm getrieben. Wie ein schlechter Politiker hat der DFB-Präsident seine Umwelt eingenebelt. Halbwahrheiten verkauft, bewußt Ansätze für falsche Interpretationen geliefert, obwohl in seinen Gedanken schon alles geordnet war. Es war ja auch so leicht, Derwall, an dem sich die Fans rieben, im Regen stehen zu lassen. Wenn er Zivilcourage besitze, so schrieb die „Hannoversche Allgemeine", „dann tritt Neuberger jetzt zurück".

Franz Beckenbauer, ein Mann, mit einem ausgezeichneten Namen, soll sich nun daran begeben, das schlechte Image der Nationalmannschaft aufzupolieren. Ihm sollte jetzt ausschließlich Vertrauen entgegengebracht werden. Beckenbauer könnte wertvolle Arbeit leisten. Wertvoll vor allem für Helmut Benthaus. Denn der Stuttgarter Trainer muß darauf aufbauen, was Beckenbauer ihm vorlegt, sollte er Bundestrainer werden.

Franz Beckenbauer ist es wegen seiner langjährigen Erfahrung zuzutrauen, daß er für ein besseres Klima zwischen Verband und Bundesligaklubs sorgen kann. Er ist den heutigen Nationalspielern noch immer überlegen, was seine Erfolge und sein Ansehen betrifft. Er braucht niemanden zu fürchten und kann jeden Spieler vor die Tür setzen, dessen Einstellung nicht stimmt.

Franz Beckenbauer braucht wirklich kein Büro, sondern nur ein Auto, um zu den Klubs zu fahren und um Gespräche zu führen. Ab jetzt gibt es keine Ausreden mehr für die Spieler. Gerade sie sind in ihrer Ehre gefordert.

URLICH DOST

STAND • PUNKT

HANDBALL

Blamage, aber Sepp Wunderlich läßt noch hoffen

sid/dpa, Günzburg

Die deutsche Handball-Nationalmannschaft der Männer hat sich vier Wochen vor Beginn der Olympischen Spiele kräftig blamiert. In Günzburg erreichte das Team von Bundestrainer Simon Schobel gegen die bisher als zweitklassig geltende Mannschaft der USA nur ein 20:20. Daran konnte auch Erhard Wunderlich nichts ändern, der nach acht Monaten Pause erstmals wieder dabei war und vier Treffer erzielte.

„An Wunderlich lag's nicht. Der Sepp hat einen sehr guten Einstand gehabt und gut mitgespielt", sagte Schobel nach dem Spiel. Der frühere Gummersbacher vermied alles, wodurch der Eindruck erweckt werden könnte, er wolle die Zügel in der neuformierten Mannschaft gleich wieder in seine Hände nehmen.

Vor drei Wochen schickte der Bundestrainer dem Spieler des FC Barcelona, der in der nächsten Saison beim Zweitligaklub TSV Milbertshofen spielt, einen Trainingsplan nach Spanien, den Wunderlich offensichtlich befolgte. Wurde der 100malige Nationalspieler beim Supercup im Dezember noch wegen seines Übergewichts kritisiert, so wirkte er gegen die USA fast so leichtfüßig und spielfreudig wie in seiner erfolgreichsten Zeit beim VfL Gummersbach. „Ich will in Los Angeles nicht als Kanonier auftreten, der aus fünfzig Versuchen zehn Tore erzielt, sondern ich werde mich in den Dienst der Mannschaft stellen", verspricht Wunderlich.

Während der 27 Jahre alte Rückraumspieler bis zu Olympia auf dem Spielfeld leicht zu integrieren ist, scheint es auf der menschlichen Seite nicht ganz so problemlos zu sein. Nach seinem Verhältnis zu den anderen Spielern befragt, antwortete Wunderlich: „Kein Kommentar." Um irgendwelchen alten Konflikten von vorneherein zu begegnen, hat Bundestrainer Schobel seinen Star mit dem neuen Kapitän Uli Roth auf ein Zimmer gelegt. Die beiden hatten sich nach dem Supercup im Dezember in den Medien einen verbalen Kleinkrieg geliefert. Heute sagt Roth: „Wir haben uns ausgesprochen. Die Mannschaft hat sich bei Olympia den sechsten Platz als Ziel gesetzt. Dazu braucht sie den Sepp."

Wie schwer es in Los Angeles wird, hat aber gerade das Spiel gegen die USA gezeigt, die am 31. Juli in der Vorrunde auch der erste Gegner der deutschen Mannschaft sein wird. Nach den guten Ergebnissen der Amerikaner beim Karpaten-Turnier Anfang Juni in Rumänien, wo es einen Sieg über Schweden und eine knappe Niederlage gegen Gastgeber Rumänien gegeben hatte, gelten sie schon als Mitfavorit auf den Gruppensieg.

FUSSBALL / Endgültig: Franz Beckenbauer wird Berater der Nationalelf

„Ich bin verantwortlich für alles, für die Aufstellung, Sieg und Niederlage"

sid/dpa, Paris

Jupp Derwall nannte den Plan noch vor seinem Rücktritt als Fußball-Bundestrainer „einen Witz". Jetzt ist er Realität: Franz Beckenbauer (38), mit 103 Länderspielen Deutschlands Rekord-Nationalspieler, wird Berater der Nationalmannschaft. Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, und Beckenbauer haben sich darüber bei einem Gespräch vor dem Finale der Europameisterschaft in Paris weitgehend geeinigt. Beckenbauer: „Ich gehe davon aus, daß ich so lange einsteige, bis der Wunschtrainer Helmut Benthaus frei wird. Welchen Titel ich führe, ob nun Technischer Direktor, Berater oder Manager, das ist völlig egal."

Entscheidend sei, so Beckenbauer, die Verantwortung: „Ich bin zuständig für alles, für die Aufstellung der Nationalelf, für Sieg, Niederlage und Taktik." Nur das Training kann er nicht verantwortlich leiten, er besitzt keinen Trainerschein. Deshalb auch ist eine Zusammenarbeit mit Horst Köppel, dem Assistenten von Derwall, oder Erich Ribbeck, der Köppels Funktion bis zum Abschluß der Weltmeisterschaft 1982 ausübte, notwendig. Beckenbauer dazu: „Mit beiden komme ich gut aus."

Diese Frage ist aber bisher ebenso ungeklärt wie das Problem, ob Stuttgarts Trainer Helmut Benthaus im nächsten Jahr tatsächlich den Posten des Bundestrainers übernimmt. Er, Wunschkandidat von Hermann Neuberger, kommt erst heute aus einem Urlaub in Kanada zurück. Wie es scheint, besitzt Erich Ribbeck, der die Olympia-Mannschaft betreut und zur Zeit auf einer Inspektionsreise in Los Angeles ist, beim DFB schlechte Karten. Ihm wird ein Teil der Verantwortung für die negativen Begleiterscheinungen während der Weltmeisterschaft in Spanien zugeschrieben, außerdem habe er, so einige Funktionäre, Jupp Derwall im Stich gelassen.

Jupp Derwall bekräftigte gestern in Paris – er war aus der Schweiz zum Finale der Europameisterschaft gekommen – noch einmal, daß sein Rücktritts-Entschluß nicht vom Ausscheiden der deutschen Mannschaft in der Vorrunde abhängig gewesen sei: „Auch der Gewinn des Titels hätte nichts daran geändert." Auf die Frage, warum er seinen Rücktritt nicht in der Nacht der Niederlage gegen Spanien verkündet habe, antwortete Derwall: „Das war noch zu nahe dran, außerdem wollte ich keine Sensation daraus machen. Ich habe aber Neuberger in einem Telefongespräch gesagt: 'Auch wenn die neue Lösung nicht perfekt ist, können wir die Öffentlichkeit nicht an der Nase herumführen, da meine Entscheidung seit langem feststeht.'"

Vorstellungen von seiner künftigen Arbeit, so Derwall, habe er durchaus, wolle sie aber erst mit dem Präsidium des DFB durchsprechen. Bei der Zusammenarbeit des Trainerstabes wolle er in jedem Fall mitbestimmen. Zum neuen Modell der Führung der Nationalmannschaft sagt Derwall: „Es ist zum Wohle des deutschen Fußballs in Ordnung, aber länger als ein Jahr kann es nicht funktionieren. Helmut Benthaus ist der richtige Mann. Ich habe schon vor einigen Wochen mit ihm erste Gespräche in dieser Richtung geführt."

Beckenbauer will jetzt zunächst keine Radikalkur bei der Nationalmannschaft einleiten. Er sagt: „Die Mannschaft ist nicht überaltert, und der Stamm steht. Entscheidend verbessern muß sich die Einstellung. Ich verliere doch lieber 3:4 als 0:1 wie in der letzten Minute gegen Spanien. Der Mut zum Risiko gehört dazu. Deshalb werden die Dänen in ganz Europa gefeiert." Jupp Derwall sei ein Opfer der negativen Gesamtentwicklung, aber er habe selbst mit einigen Fehlern die Misere gefördert.

SPORT-NACHRICHTEN

Gehring weiter

London (sid) – *Rolf Gehring hat* beim Tennis-Turnier von Wimbledon die zweite Runde erreicht. Er besiegte Pavel Slozil (CSSR) 6:4, 6:7, 7:5, 6:2. Ausgeschieden ist Michael Westphal, er unterlag dem Amerikaner Kriek 3:6, 0:6, 6:2, 7:6, 2:6.

Schneller als Groß

Indianapolis (sid) – Bei den Olympia-Ausscheidungen der amerikanischen Schwimmer stellte der 19 Jahre alte Pablo Morales über 100 m Schmetterling mit 53,38 Sekunden einen Weltrekord auf. Der Europarekord von Michael Groß steht bei 53,78 Sekunden.

Neuer Präsident

München (sid) – Beim Weltkongreß des Internationalen Amateur-Basketball-Verbandes (300 Millionen Mitglieder) wurde in München der Franzose Robert Busnel (63) zum neuen Präsidenten gewählt.

AS Rom Pokalsieger

Rom (sid) – AS Rom gewann den italienischen Fußball-Pokal. Es besiegte Hellas Verona mit 1:0, das Final-Hinspiel war 1:1 ausgegangen.

Breitner stieg aus

Braunschweig (dpa) – Der frühere Fußball-Nationalspieler Paul Breitner ist nicht mehr Berater von Günter Mast, dem Präsidenten des Bundesligaklubs Eintracht Braunschweig. Es heißt, Breitner sei zurückgetreten, weil der Verein die von ihm empfohlenen Neuerwerbungen nicht finanzieren konnte. Braunschweig ist mit rund vier Millionen Mark verschuldet und will in der nächsten Bundesliga-Saison nur mit 15 Profispielern auskommen.

Klare Niederlage

Nürnberg (dpa) – Die deutsche Volleyball-Nationalmannschaft der Damen unterlag der Sowjetunion in ihrem letzten Olympia-Vorbereitungsspiel in Deutschland klar mit 0:3 (8:15, 6:15, 9:15).

Unsinn bleibt

Berlin (dpa) – Xaver Unsinn bleibt Eishockey-Bundestrainer. Er verlängerte seinen Vertrag bis zum 31. Mai 1988.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von England in Wimbledon (2,14 Millionen Dollar), zweiter Spieltag: **Herren**, erste Runde: Gehring (Deutschland) – Slozil (CSSR) 6:4, 6:7, 7:5, 6:2, Kriek (USA) – Westphal (Deutschland) 6:3, 6:0, 2:6, 6:7, 6:2, Mayotte (USA) – Hocevar (Brasilien) 7:5, 7:6, 6:1, Gomez (Ekuador) – Mitchell (USA) 3:6, 7:6, 6:1, 7:6, Taroczy (Ungarn) – Lewis (England) 6:4, 4:6, 6:4, 7:6, Leach (USA) – Arraya (Peru) 7:6, 6:3, 6:7, 6:4, Wilander (Schweden) – Stewart (USA) 6:4, 6:4, 6:7, 7:5, Arias (USA) – Mitton (Südafrika) 3:6, 6:3, 6:2, 6:4, Gerulaitis – Giammalva (beide USA) 3:6, 6:1, 6:4, 6:7, 7:5, Edmondson (Australien) – Purcell (USA) 6:4, 6:3, 6:4, Cash (Australien) – Seguso (USA) 7:6, 6:4, 6:4. – **Damen**, erste Runde: Sukova (CSSR) – Reggi (Italien) 6:3, 6:4, Jordan – Ludloff (beide USA) 6:1, 6:1, Ruzici (Rumänien) – Fairbank (Südafrika) 6:1, 6:4, Garrison (USA) – Einy (England) 6:0, 6:0, Turnbull (Australien) – Walpole (England) 6:3, 6:2, Navratilova – Loui (USA) 6:4, 6:0, Lloyd-Evert (USA) – Goles (Jugoslawien) 6:1, 6:1, Wade (England) – Henricksson (USA) 3:6, 6:3, 6:4, Teeguarden – Kinney (beide USA) 7:6, 7:6, Mandlikova (CSSR) – Elissenko (UdSSR) 6:1, 6:0, Tanvier (Frankreich) – Reeves (England) 6:7, 6:4, 8:6, Bunge (Deutschland) – Pelletier (Frankreich) 6:1, 6:2, Kohde (Deutschland) – Bramblett (USA) 6:1, 6:4, Horvath – Purdy (beide USA) 6:4, 6:3, Shriver (USA) – Pfaff (Deutschland) 6:0, 6:4, Steinmetz – Rinaldi (beide USA) 6:4, 6:2.

GALOPP / Cheyne Boy nicht dabei, nur 23 Pferde starten beim Deutschen Derby in Hamburg-Horn

Nachwuchsjockey Schick ersetzt gestürzten Mäder

Im 115. Deutschen Derby (497 150 Mark, 273 575 Mark dem Sieger) am Sonntag in Hamburg-Horn werden 23 Pferde antreten, der Außenseiter Cheyne Boy wurde von seinem Trainer, dem Hildesheimer Zahnarzt Dr. Erich Warzecha (57) von der Starterliste gestrichen. Championjockey Lutz Mäder (33) fällt für das Derby aus, er zog sich bei seinem Sturz am Sonntag mit Sir Rocky einen Riß im rechten Schulterblatt zu. Mäder sollte für das Hamburger Gestüt Idee den Außenseiter Hakimi reiten.

Trainer Hein Bollow (64) will nun den Nachwuchsreiter Olaf Schick mit dem Ritt betrauen. Bollow dementierte im übrigen heftig, daß eine Trennung von Jockey Lutz Mäder bevorstehe und er bereits mit seinem früheren Jockey Peter Remmert (45) in Verhandlungen stehe. Remmert ritt für Bollow am Sonntag im Preis des Casinos Travemünde die Stute Romana. Bollow: „Das war aber nur zufällig." Remmert mußte 1976 den Job bei Bollow aufgeben, weil er in Manipulationen verstrickt war. Romana war nach acht Jahren der erste Remmert-Ritt für den Bollow-Stall.

*

Ein englischer Jockey wird in der nächsten Woche in Deutschland eintreffen. Oliver Gray (24) soll zur Probe bei Trainer Adolf Wöhler (50) in Bremen reiten, dessen Stalljockey Stephen Eccles (26) wegen Nichtwahrnehmung der Siegchancen zehn Monate gesperrt ist. Gray war im Frühjahr schon einmal für ein Engagement in Deutschland im Gespräch, aber Pläne für einen Vertrag bei Trainer Erich Pils in München zerschlugen sich.

*

Der neunjährige Wallach Eteokles ist am Dienstag abend auf der Hamburger Rennbahn 50 Meter vor dem Ziel des Seejagdrennens nach einem Herzschlag tot zusammengebrochen. Der Stall Steintor aus Hannover gewann das ungewöhnliche Rennen zum 13. Mal: diesmal mit dem schon 13jährigen Wallach Sindbad.

*

Das Amtsgericht in Wesel hat am Montag die 27jährige Heide Meyer-Flasch zu einer Strafe von einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt. Sie hatte im Dezember 1982 die drei Mutterstuten Schönste, Rose Barbara und Only Star für je 900 Mark schlachten lassen, obwohl ihr die Pferde nicht gehörten. Mit ihrem Ehemann Fritz-Horst Meyer (er war Zeuge in der Verhandlung) betrieb sie in Hamminkeln das Gestüt Goldenfels, die drei Pferde waren dort vom Hengst Acacio d'Aguilar gedeckt worden. Der Hengst war Sensationssieger im Preis von Europa 1973 in Köln. Rose Barbara soll tragend gewesen sein.

Heide Meyer-Flaschs Entschuldigung vor Gericht: „Mein Mann mußte nach Weihnachten eine Haftstrafe antreten. Wir hatten kein Geld mehr, ich wußte keinen Ausweg." Die dreijährige Bewährungsfrist wurde ihr nur deshalb gewährt, weil sie für ein kleines Kind zu sorgen hat. Die Straftat ereignete sich allerdings noch innerhalb der Bewährungszeit einer von mehreren Vorstrafen. Andrea van der List aus Frankfurt am Main, der zwei der drei Pferde gehörten: „Ich glaube, daß die Stuten noch leben. Sie sind bestimmt für einen höheren Preis verkauft worden." Dem Gericht lagen allerdings Verwertungsscheine des Schlachters vor, aber sie wiesen nicht eindeutig die Identität der Pferde aus. Bis vor kurzem warb das Gestüt Goldenfels immer noch für Pensionspferde.

*

Sieben Pferde gehen am Samstag im Großen Hansa-Preis (102 000 Mark, 60 000 Mark dem Sieger, 2400 m, Europa-Gruppe II) in Hamburg an den Start. Mit Abary (Georg Bocskai) und Ordos (Peter Alafi) sind die beiden aktuell besten deutschen Grand-Prix-Pferde dabei. Das restliche Feld: Alex (Peter Remmert), Belesprit (Peter Schade), Feuersturm (Erwin Schindler), Kaiserstern (Eric Apter), Prairie Rocky (Dragan Ilic).

*

2 342 989 Mark sind in drei Tagen in 30 Rennen beim Derby-Meeting in Hamburg an den Wettschaltern umgesetzt worden – 68 168 Mark weniger als in 28 Rennen des Vorjahres.

KLAUS GÖNTZSCHE

„Neue Medien" – Ein Kompendium über Fernsehen heute und morgen

Satelliten ans Firmament genagelt

Die Blatt-Premiere findet auf 275 Seiten edlen Papiers statt und wiegt ein sattes Pfund. Gewichtiger noch ist der Inhalt: Die Numero 1 des im Juno gestarteten Fachblatts namens „Neue Medien" im Din-A4-Format erfüllt alle Bedingungen eines kompletten und komplexen Kompendiums über herkömmliches wie kommendes Fernsehen via Kabel und Satellit, TV-Produktion, Tele-Werbung, Zuschauerforschung und Bildschirmtext. „Neue Medien" wird achtmal nur auf Abonnements-Basis zu beziehen sein (480 Mark) und wird ergänzt von sechsundzwanzig Newslettern, die aktuelle Information bieten. Von 1985 an wird dann das Branchenblatt der neuen Medien sogar monatlich ediert.

Dirk Mathey und Ulrich Scheele, Chefredakteur und Vize, haben Erfahrung im journalistischen Umgang mit neuen Medien und können überdies auf eine Redaktion zurückgreifen, die Video wie Kintopp seit Jahren kritisch und konstruktiv im Visier hat. „Neue Medien" erscheint im „Video-Markt-Verlag" in Hamburg, der seit drei Jahren das führende Fachblatt der Videoszene, eben den „Video-Markt", herausgibt (Auflage: 4000).

Die Startnummer besticht nun vor allem aus einem Grund: Die Redaktion bringt publizistisch perfekt tabellarische und begriffliche Ordnung in die verwirrend auf uns einstürmenden Phänomene – so etwa über die anstehenden Satellitenstarts: Acht Fernmeldesatelliten werden zwischen Juli '84 (ECS 2) und März '88 (DFS-2) in Europa gestartet. Sechs Rundfunksatelliten werden von September '85 (TV-Sat) bis Juli '87 (L-Sat) ans Firmament genagelt. Jeder Start, so ist zu erfahren, kostet inklusive Versicherung 100 Mill. Mark. Aber auch die Vor- und Nachteile von Rundfunk- und Fernmeldesatelliten werden gegeneinander aufgelistet. Während die Fernmeldesatelliten nur über zwei bis sechs Meter große Parabolspiegel zu empfangen sind, kommen dagegen die Rundfunksatelliten mit einer neunzig Zentimeter Durchmesser kleinen Parabolantenne für 2000 Mark aus – inklusive Installation und Frequenzumsetzer. Die Rundfunksatelliten strahlen mit einer Leistung von 260 Watt. Die Fernmeldesatelliten kommen nur auf die geringere Sendeleistung von zwanzig Watt. Vor allem aber: Ein Fernmeldesatellit mit zehn Kanälen kostet mit den vierunddreißig Erdfunkstellen 815 Mill. Mark, der Rundfunksatellit 280 Millionen.

Vor dem soliden Hintergrund solcher Wissensvermittlung auf einen Blick nimmt sich dann auch der erste Informationsbrief (Newsletter) gut aus, da man dessen Aktualitäten einzuordnen weiß. Am 29. Mai meldete „Neue Medien" von dem epochemachenden Medienbeschluß der Luxemburger Regierung, eine Satellitengesellschaft (SLS) zu konzessionieren, an der luxemburgische Banken zu 55 Prozent und der amerikanische Promoter und Erfinder Clayt. Whitehead zu 45 Prozent beteiligt sind. Die SLS wird den sechzehn Kanäle (ARZ) bietenden GDL/Coronet-Satelliten finanzieren, an dessen Programmen folgende Firmengruppen teilnehmen wollen: Bertelsmann, Leo Kirchs Münchner Beta-Gruppe, Philips, Rediffusion, das US-HBO-System, Murdoch und Berlusconi in Italien.

Neben einer Chronik über die Entwicklung der neuen Medien (Breitbandkabel wurden in Deutschland schon vor 45 Jahren verlegt) gibt es ein illustriertes Periodikum über jeweils 100 prominente Medienmacher. Besonders bemerkenswert: graphische Darstellungen der ARD- und ZDF-Nachrichtenmedien im Vergleich. Hochinteressant ist gewiß auch die Untersuchung, wer in den Kabelpilotprojekten die Werbung aufnimmt, die Preise dafür, außerdem Interviews, Biographien und ein Blick auf die erfolgreichsten TV-Sendungen in den USA und in England, außerdem kurze Streifzüge durch die Medienlandschaft anderer Länder.

Um es in einem Satz zu sagen: Das Fachblatt „Neue Medien" dürfte schon nach der ersten Nummer den Rang des Börsenblatts für die neuen Medien einnehmen, der allseits verbindliche Print-Begleiter in das nun dualistische Fernseh-System.

REGINALD RUDORF

KRITIK

Gleich zur Sache, Schätzchen!

Das gibt es: daß ein Mann sich zwischen zwei Frauen entscheiden muß oder daß eine Frau die Qual der Wahl zwischen zwei Männern hat. In der Weltliteratur wimmelt es nur so von Dreiecksgeschichten; das Boulevardtheater und die Filmindustrie leben davon.

Auch das gibt es – Goethes „Stella", erste Fassung, ist der klassische Musterfall –: daß ein Mann die geforderte Entscheidung nicht treffen kann – mit der Konsequenz, daß die Lösung in einem Leben zu Dritt zu liegen scheint. Was Goethe 1775 konnte, so muß der französische Drehbuchautor Jean Bernard-Luc gedacht haben, das könne er schon lange. So kam es 1982 zu seinem Opus „Ein Mann für zwei Frauen", das das ZDF jetzt als Fernsehspiel des Auslands vorstellte.

Was allerdings seinem Helden Jean widerfährt, muß ihm sein Vorhaben ziemlich schwergemacht haben. Das liegt nicht zuletzt an der üblich gewordenen Einfachheit sexueller Kontakte. Wo man sogleich zur Sache kommt, Schätzchen, bleibt nicht viel Raum zur Exposition einer Handlung und damit zur Übermittlung der Verhältnisse an den Zuschauer. Dieser muß sich vielmehr geschlagene 85 Minuten lang seinen eigenen Reim darauf machen, warum jener Jean so maßlos unentschlossen ist. Den Grund dafür erfährt er erst fünf Minuten vor Schluß – und ehrlich: darauf wäre man nicht verfallen.

Drehbuchautor und Regisseur müssen freilich selber dahintergekommen sein, wie verkrampft ihre Geschichte ist. So griffen sie denn zu Versatzstücken wie Pferderennen oder Party, ohne daß irgend etwas dadurch nur einen Deut spannender geworden wäre. Das gelang um so weniger, als auch Kameraführung und Schnittechnik nirgends über Konfektionsstandard hinauskamen.

Hat man dann noch Schauspieler mit der Ausstrahlungskraft einer Kartoffel wie etwa die Darstellerin der Tochter, dann ist die Katastrophe komplett. Auch der Sommer im Kalender ist kein Grund dafür, eine Produktion so minderer Qualität zur besten Sendezeit ins Programm zu nehmen.

KATHRIN BERGMANN





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.00 Uhr bis 13.00 Uhr (nur ARD) Aus dem Bundestag.
Regierungserklärung zum Weltwirtschaftsgipfel mit Debatte
(Nur ZDF):9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Endspiel
Fußball-Europameisterschaft
11.55 Umschau
12.10 ZDF Magazin
Moderation: Fritz Schenk
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.00 Draußen vor dem Tor
Sechs Wochen Streikalltag in der schwäbischen Provinz
16.00 Tagesschau
16.10 Tiere vor der Kamera
In den Wüsten Australiens
16.55 Die drei Verrückten
Slapsticks der 40er Jahre aus Amerika
17.10 Weltspiegel für Kinder
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn
20.18 Die Nacht der langen Messer
BBC-Film von H.C. Greene
Vor 50 Jahren, im Frühjahr 1934, liefen die geheimen Vorbereitungen zu einer Mordaktion, die im Volksmund „Die Nacht der langen Messer" genannt und offiziell als „Röhm-Putsch" betitelt wurde. Mit dieser Aktion entledigte sich Hitler eines Großteils seiner Konkurrenten und Gegner.
21.15 Scheibenwischer
Eine Kabarettsendung von und mit Dieter Hildebrandt.
22.00 Die Fernseh-Pressekonferenz
Thema: USA – Europa/ Allianz am Scheideweg?
Gast dieser Sendung ist Lawrence Eagleburger, bis vor kurzem für politische Fragen zuständiger Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium. Er galt als einer der kundigsten und einflußreichsten Europaexperten der Vereinigten Staaten. In Washington befragen ihn Lothar Loewe, Gert Ruge und Ulrich Schiller
22.30 Tagesthemen
23.00 Wege in der Nacht
Fernsehspiel von K.Zanussi
0.40 Tagesschau

ZDF

17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Gruppe Lancelot, Bernie Paul
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Die Frau Kammersängerin
Als die Kammersängerin Ingrid Kersten-Bolzmann, zur Zeit Gast des Hotels Sacher, von ärztlicher Seite erfährt, daß ihre Stimmbänder erkrankt sind und somit eine weitere Ausübung ihres Berufes unmöglich ist, bricht für sie eine Welt zusammen. Nur dem Chefportier Huber hat es die Sängerin zu verdanken, daß sie in einer Nachtbar bisher ungeahnte Fähigkeiten entdeckt ...
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Von und mit Hans Rosenthal
21.00 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
§ 218: Wo bleiben die Männer?
Moderation: Michael Albus
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Diese Deutschen ...
Diskussion mit Nachbarn und Freunden
Moderation: Horst Schättle und Ruprecht Eser
Unsere Nachbarn interessieren sich verstärkt für alles, was in unserem Land passiert. Ausgelöst wurde das neu erwachte Interesse durch die Diskussion um die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen. Diese Diskussion führte bei uns zu einer lebhaften Kontroverse um die Identität der Deutschen in einem geteilten Land.
Anschl. heute



Patrick Bach als Jack in dem Spielfilm „Jack Holborn" – Um 15.55 Uhr im ZDF FOTO: HIPP

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Der Schläger von Chicago
Amerikanischer Spielfilm (1956)
Mit Tony Curtis u. a.
21.35 Filmtip
21.45 Ohne Moos nix los
Armut im Revier
22.15 Gera: Zwanzigste Arbeiter-Festspiele der DDR
Aktuelle Kulturreportage
23.15 Kino '84
24.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Hobbythek
19.15 Vorfrühling in Tibet
20.00 Tagesschau
20.15 Der Wildeste unter Tausend
Amerikanischer Spielfilm (1962)
Mit Paul Newman u. a.
21.45 Bücherjournal
22.30 Roland Kirk
Jazzworkshop
23.15 Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Lord Schmetterhand (4)
19.00 Die Freibeuterin
Amerikanischer Spielfilm (1942)
Mit Marlene Dietrich u. a.
20.20 Filmmagazin
Kinopaläste und Abspielstätten / Jean-Luc Godards neuer Film „Vorname Carmen"/ Ein Streifzug durch das Programm des Münchner Filmfests/ Der Bette Davis Film „All about Eve" wieder im Kino
21.20 Das Bild der Woche
„Frühling" von Hans Thoma
21.30 Drei aktuell
21.45 Blickpunkt Ausland
Ein Kind ist genug!
Familienpolitik in China

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Ostende-Wien-Expreß
Englisches Fernsehspiel
20.58 Atelierbesuch: Matter
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Leben am Bodensee
Kulturlandschaft um den Dreiländersee
22.15 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
22.30 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club Saar 3

BAYERN

19.00 Grüße und Ansage
19.30 Der Musikbaum
Bulgarischer Zeichentrickfilm
20.45 Z. E. N.
20.45 „Zieh' in das Land, das ich dir zeigen werde"
21.30 Rundschau
21.45 Leben am Bodensee
22.30 Rundschau

Fleißig wie die Bienen

P. Jo. – Mit der „Masquerade" fing es an. Nun geht es mit dem „Buch mit sieben Siegeln" weiter, wobei der Münchener Tomus-Verlag, der die deutsche Version verbreitet, ausdrücklich betont, daß es sich dabei nur um einen Arbeitstitel handele. Den Originaltitel sollen die Leser erraten.

Mit „Masquerade" hat der Zeichner Kit Williams 1979 in England ein Jagdfieber ausgelöst. Was sich äußerlich wie ein Kinderbuch gab, mit einem kruden Text, aber mit sehr schönen, pingelig genau gemalten surreal-phantastischen Bildern, war eine kompliziert verschlüsselte Gebrauchsanweisung zur Schatzsuche. Nach langen Monaten gelang es dann auch einem Briten und seinem Hund, den goldenen Hasen, den Kit Williams verbuddelt hatte, auszugraben.

Bei diesem Spiel, das dem Autor zu einer Millionenauflage verhalf, waren jedoch alle Nicht-Engländer wegen der Sprachhürden und der Entfernungen zum Ort der Tat gehandicapt. Das gleicht nun das zweite Buch aus. Wieder hat Williams (zu einer konfusen Geschichte) in altmeisterlicher Manier märchenhafte Bilder gemalt, auf denen Bienen bedeutungsschwanger herumschwirren. Dazu hat er eigens intarsierte und beschlagene Rahmen gearbeitet, die die Handlungsfäden aufnehmen und fortführen. Hinter einem solchen Rahmen verbirgt sich auch der „Schatz", eine Bienenkönigin aus Gold. Aber diesmal für jedes Land eine.

Die Amateurdetektive müssen dem Geheimnis auch nicht mehr mit Spaten und Hacke auf die Spur zu kommen trachten. Es geht nur darum, das Titelwort zu erraten. Und da der Autor und der Verlag das offenbar recht vielen zutrauen, wird der Sieger, genau ein Jahr und ein Tag, nachdem das erste Exemplar ausgeliefert wurde, per Los bestimmt. Genug Zeit also, um eine stattliche Auflage unter die Leute zu bringen.

Schön wäre es, wenn Kit Williams die Zeit nutzte, einmal Bilder zu einem Buch zu malen, das eine richtige Geschichte erzählt.

Aus der „DDR": Stefan Diestelmann in Köln

Blues über die Grenzen

Wir hatten bisher hier nie die Gelegenheit gehabt, ihn live zu hören", meinte der Moderator Manfred Miller und verwies auf den Musiker neben sich: „Stefan Diestelmann aus der DDR!" Es waren wenig sommerliche Temperaturen in den Anlagen des Kölner Rheinparks beim diesjährigen Blues- und Boogie-Festival. Doch Diestelmann hatte das Publikum bald auf seiner Seite, auch wenn sein Name den meisten der anwesenden Blues-Fans nicht viel gesagt haben mochte.

Dezent im traditionellen Country-Blues-Stil begann der Vortrag des Musikers, der in der „DDR" zu den Größen des Musik-Metiers gehört hatte und sich erst vor wenigen Tagen entschied, im Westen ein neues Leben aufzubauen. Dem legeren Jeans-Anzug ist er treu geblieben, auch seinem „Fußbrett", auf dem er sich selbst stampfend den Takt schlägt. Zurückhaltend, etwas schüchtern auch, hält er die Augen zumeist auf das Griffbrett seines Instruments gerichtet.

Der Vortragsstil ohne große Showgestik findet Verständnis auf diesem ersten Konzert Diestelmanns als „BRD-Bürger", wie man in seiner alten Heimat sagen würde. Seine angenehm weiche Stimme versucht nicht, übertrieben „schwarzem" Habitus nachzueifern. Ohne gepreßt zu wirken, trägt sie auch in den Höhen, paßt zu eigenen, deutschen Titeln wie der „Biographie für alle".

Dann das „Bonbon" fürs Publikum: An den Flügel setzt sich der Hamburger Pianist Gottfried Böttger. Spätestens seit den Tagen mit Udo Lindenbergs „Rentner-Band" kennt ihn ein jeder in deutschen Landen. Auch in der „DDR", wo er 1981 eine Tournee mit Stefan Diestelmann absolvierte. Damals wurden beide Freunde. Also wohnt der Blueser aus dem Osten bei seinem Hamburger Freund, plant eine gemeinsame musikalische Zukunft im Duo. Das läßt ihm – stärker als im Einzelauftritt – die Möglichkeit zu gesanglicher Entfaltung, etwa im Scat-Gesang („My Babe", „Everyday") oder zu gitarristischen Solo-Einlagen („Troubled In Mind").

Beide kosten besonders die langsameren Titel aus. Sie wollen nicht nur das lauthalse, das feucht-fröhliche Stimmungsverständnis verkörpern, das unter vielen im Publikum gewiß auch zu einem zünftigen Boogie-Fest gehört. Sicherlich waren es vor allem bekannte Titel der alten schwarzen Blues-Garde, die hier über den Bühnen-Rand gehen. Doch das Publikum auf dem internationalen Kölner Fest akzeptiert den „Zuzögling" Diestelmann, applaudiert ihm und seinem Pianofreund herzlich.

Später, in der Garderobe, kommt er noch einmal auf die Gründe seines Ost-West-Wechsels zu sprechen, erwähnt die bisher eingeschränkten Reisemöglichkeiten, den Mangel an „Menschlichkeit" in der „DDR", der sich auch in der offiziellen Ablehnung seines bisherigen Pianisten ausgedrückt habe. „Ich bilde mir nicht ein, daß ich hier den großen Maxen machen kann", meint er. „Ich will einfach spielen."

Daß das zwischen deutsch-deutschen Musikern von der „DDR"-Kulturpolitik nicht gerne gesehen wird, gab Gottfried Böttger zu denken: „Irgendwas ist da verkehrt, irgendwas stimmt da nicht." Ein bestimmtes „DDR-Syndrom" wie etwa seinerzeit bei Wolf Biermann wollten beide nicht, versicherte der Hamburger. „Es geht nur darum, miteinander gute Musik zu machen, und ich weiß, daß ich das mit Stefan kann. Und diese Art, Musik zu machen, muß möglich sein – über Staatsgrenzen hinweg."

HERMANN SCHMIDTENDORF

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Der „Merkur"

Eisenbart als Sebastian

Seit Anfang dieses Jahres steht „Merkur" (Untertitel: „Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken") unter Mund-zu-Mund-Beatmung. Der Doktor Eisenbart, den sich die „Ernst H. Klett Stiftung Merkur" für die Wiederbelebung des Kulturveteranen (38 Jahrgänge) holte, ist zugleich ein Sebastian, der die Pfeilschüsse geradezu provoziert: Karl Heinz Bohrer ist arrogant, ungeduldig und außerdem auf sehr deutsche Art antideutsch. So verzerrt er mit seinen persönlichen Fehlern sein Programm, das an sich ganz interessant wäre: Es holt für die Bundesrepublik überfällige Entwicklungen nach, die in den westlichen Kulturzentren, vor allem in Paris, längst vollzogen sind.

Die geistige Lage in der westlichen Welt wird durch eine Chance und ein Handicap bestimmt. Die Chance ist, daß sich der linke Utopismus totgelaufen hat. Das Handicap besteht darin, daß man die „Wende" nur halb vollzogen hat. Die Flucht in die „neue Innerlichkeit" führt in die Sackgasse des bloß Privaten. Aber von Ariès und anderen unbefangenen Soziologen wissen wir längst, daß die neuzeitliche Intimfamilie bloß eine komplementäre Erscheinung zur modernen Massengesellschaft ist, mit der sie gleiche Wurzeln in Aufklärung und Emanzipationsbewegung hat.

Bohrer teilt diese Optik; zu dem kleinbürgerlichen Typus, der die Bundesrepublik heute präge, rechnet er Böll und Engelmann genauso wie Kohl und (Bohrer als einem Bewunderer Netzers besonders verhaßt) Derwall. In seiner „Politischen Typologie" (Nr. 425) wirft Bohrer diesem Typus vor: „die Unfähigkeit zur *symbolischen* Abbildung, die Unfähigkeit zur öffentlichen, *nicht-privaten* Ethik. Die symbolische Abbildung ist dadurch gekennzeichnet, daß ein Minister auch dann 'Konsequenzen' zieht, wenn ihn keine 'persönliche' Schuld trifft. Denn der ethische Formalismus will keinen einzelnen Menschen privat bestrafen, sondern die Kategorie Öffentlichkeit intakt halten. Man nannte das einmal Ehrgefühl. Man kann es auch den Instinkt für die ästhetische Kehrseite des Staates nennen ..."

Bohrer meint natürlich die Schönheit des Staates, aber er drückt sich in einer Sprache aus, die wie eine Art Verkehrsordnung des Geistes, notiert von einem sehr nervösen Beamten, wirkt. Dabei stechen einzelne positive Reizworte heraus: „Schmerz", „Leidenschaft", „Intensität", „hoher Stil", „Pathos". Damit ist Bohrer, wie er selbst zugibt, „weit weg von pragmatisch-moralischen Kategorien".

Die bisher vier von Bohrer inspirierten „Merkur"-Hefte stehen im Zeichen der post-strukturalistischen Philosophie, mit der Frankreich seinen Nachbarn längst ebenso überholt hat wie nun im Fußball. Man sucht den Übertritt „aus der historischen Zeit in seine eigene psychische Zeit", es geht um die „Emphatik des Augenblicks" als Attacke gegen das „Ideelle", gegen die „Institutionalisierung des Gefühls". Dieser anspruchsvolle „Intensitätsdiskurs" gegen die „schwitzende" Gemütlichkeit der Deutschen findet jedoch sprachlich nicht zur „harten Logik" und Limpidezza der mediterranen Welt, die uns Bohrer als Vorbild hinstellt. Man wird von ihm mit Wörtern wie „tragistisch" geplagt; er redet von „Liebe zwischen Paaren", wo er Liebe zwischen zwei Menschen meint.

Wer die Rolle des „Praeceptor Germaniae" in Anspruch nimmt, darf sich nicht mit ein paar genialischen Einfällen begnügen. Von seinem Vorbild Beaudelaire könnte Bohrer lernen, daß man die „Emphatik des Augenblicks" nicht ohne Schweiß erreicht.

ANTON MADLER

Von idealen, pastoralen, poetischen Landschaften: Die Kölner Ausstellung „Heroismus und Idylle"

Wahrheit, aber keine Wirklichkeit

Schon Gerhard Bott, als er noch Chef der Kölner Museen war, trug sich mit dem Plan einer Hackert-Ausstellung. Es wäre die erste Darstellung des weit verstreuten, in seinem Umfang noch kaum überschaubaren Œuvres dieses seinerzeit hochgeschätzten Malers gewesen. Das schwierige Vorhaben wurde vom Wallraf-Richartz-Museum jetzt mit einer thematisch erweiterten Konzeption wieder aufgegriffen. Jacob Philipp Hackert (1737–1807) wird darin neben Johann Christian Reinhart (1761–1847) und Joseph Anton Koch (1768–1839) als Repräsentant einer Landschaftsmalerei vorgestellt, die mit dem Begriffspaar „Heroismus und Idylle" der sehenswerten Ausstellung ihren Titel gibt.

Zu sehen sind 22 Bilder von Hakkert, 12 von Reinhart und 15 von Koch, die allesamt als exemplarisch gelten können. Darunter sind von Hackert die Wasserfälle von Tivoli und Terni, Ideallandschaften und „Landschaften nach der Natur", die Gemäldefolge der Vier Jahreszeiten und eine Auswahl der „horazischen Landschaften". Reinhart ist mit klassischen Sturm- und Gewitterlandschaften vertreten, Koch mit den Wasserfällen bei Subiaco und dem Schmadribachfall sowie heroischen, aber auch idyllischen, arkadischen Landschaften mit beachtlichem Realitätsbezug. Die Typen vermischen sich häufig und widerstreben einer exakten Festlegung.

Das war schon immer so; nicht einmal Roger de Piles' grundsätzliche Unterscheidung – die zugleich ein Postulat implizierte – nach einem „heroischen" und einem „pastoralen" oder ländlichen Stil konnte irgendwann unstrittige Geltung beanspruchen. Die Ausstellung zeigt es. Mit ihren hundert Bildern insgesamt beschränkt sie sich nämlich nicht auf die „Landschaft um 1800" (so der Untertitel), sondern greift mit (notgedrungen lückenhaft) ausgesuchten Beispielen zurück ins 17. und voraus in das spätere 19. Jahrhundert, stellt somit die Schwerpunkt-Gruppe Hakkert–Reinhart–Koch in den kunsthistorischen Zusammenhang von Landschaftsmalerei zwischen Poussin und Düsseldorfer Schule.

Auf diesem teils natürlichen, teils idealen oder fiktiven, teils klassischen oder romantischen und mitunter phantastischen Gelände begegnen wir u. a. Gaspard Dughet und Caspar David Friedrich, C. C. Carus und Claude Lorrain, Salvator Rosa, Richter und Rottmann, Ruisdael, Geßner, Achenbach und Waldmüller. Mit ihnen ist die Spannweite und zugleich das Gemeinsame des Themas angedeutet, das dem Naturerlebnis in der europäischen Malerei sozusagen typologisch nachspürt; ein Verfahren übrigens, das, wie sich herausstellt, für die Stilkunde gewiß wertvoller ist als für eine gründliche Aufhellung des allzeit problematischen Verhältnisses zwischen Kunst und Natur, für das allerdings auch die Typologie typisch ist.



Heroische Naturansichten mit Schweizer Bergvolk drapiert: „Der Schmadribachfall" von Joseph Anton Koch, aus der Kölner Ausstellung

FOTO: KATALOG

„Der Künstler hat ein zwiefaches Verhältnis zur Natur", bemerkte Goethe zu Eckermann, während sie eine Landschaft von Rubens betrachteten, „er ist ihr Herr und ihr Sklave zugleich. Er ist ihr Sklave, insofern er mit irdischen Mitteln wirken muß, um verstanden zu werden; ihr Herr aber, insofern er diese irdischen Mittel seinen höheren Intentionen unterwirft und ihnen dienstbar macht." Delacroix meinte wahrscheinlich dasselbe, als er sagte, der Künstler müsse „die Natur zwingen, durch seinen Kopf und sein Herz zu gehen"; freilich sagte das so ähnlich auch der Naturalist Zola. Damit wäre der Sklave abgetan.

„Landschaft", schrieb Jürgen Schultze bei ähnlicher Gelegenheit einmal, „gibt es von vornherein in der Welt gar nicht. Landschaften sind immer Bilder, die sich der Mensch von der Welt macht, ein Ergebnis des Lebens in Bildern, das wir alle führen, ob wir uns mit Kunst, diesem Spezialfall von Bildern, beschäftigen oder nicht." Zuerst machten sich die aus dem Paradies Vertriebenen ein Bild vom verlorenen Glück. Sie setzten es sich zusammen aus Elementen und Motiven ihrer Naturkenntnis und Phantasie, aus Versatzstücken ihrer Vorstellung von Vollkommenheit. Das waren die ersten „Ideallandschaften". Aus dem Paradies wurde später – nicht zuletzt durch Staffagen und architektonische Akzente – ein klassisches Arkadien, eine bürgerliche Idylle, eine bukolische Zuflucht, „Sollzustand des Daseins, ohne Schmerz" (Geßner) und eine romantische Vision, „der beseelte Widerschein der Natur aus dem Spiegel der Seele" (Ludwig Richter).

„Erhaben stand der Himmel über der Erde; ein Regenbogen hob sich, wie der Ring der Ewigkeit, über den Morgen – ein gebrochenes Gewitter zog über Wetterstein ... über die farbige Erdenpforte im Osten – und die Abendsonne schaute, wie hinter Tränen, mit einem milden Lichte dem Gewitter nach, und ihre Blicke ruhten am Triumphbogen der Natur." Wer hat dieses Bild gemalt? Viele. Und alle, denen wir in dieser Ausstellung begegnen. In Worte gefaßt hat es Jean Paul (im „Siebenkäs"), und der Verdacht ist nicht von der Hand zu weisen, daß er dabei eines dieser Bilder vor Augen hatte, die allesamt aus genau beobachteten Naturmotiven, absichtsvoll gewählten Ausschnitten aus südlichen oder nordischen Landschaften, Gebirgen, Flußtälern oder Seegestaden zu „idealen", „poetischen", „sublimen", „heroischen", „idyllischen", „pastoralen" oder romantischen Collagen zusammengesetzt wurden, zu einer freien, ideologisch inspirierten Projektion, einem kunstvoll komponierten „Traum von Wirklichkeit", wie Dostojewski die Malerei Lorrains genannt hat, von der Goethe sagte, sie enthalte die höchste Wahrheit, aber keine Spur von Wirklichkeit.

Das trifft mehr oder weniger auf alle zu. Selbst die so ganz anders gearteten, von gegensätzlichen ideologischen Tendenzen motivierten Künstler unserer Tage tun im Prinzip nichts anderes, wenn sie sich mit Natur und Landschaft befassen. Nur benutzen sie heute andere Versatzstücke und Kompositionselemente, als da sind verdorrte Bäume, verwüstete Wälder und Felder, moderne Ruinen, Masten und Schlote, technische und kartographische Zeichen, Chiffren, Symbole und eine makabre Staffage.

Die Natur, wie sie ist, scheint den Malern niemals ins Konzept zu passen; sie wollen sie entweder paradiesisch oder apokalyptisch. Sogar wenn sie, wie viele heutzutage, auf Malerei ganz verzichten, halten sie an dem überlieferten Schema fest, indem sie Steine, Erde, Sand, Wasser, Rasenstücke und Stroh in der freien Natur sammeln und in Galerien und Museen neu arrangieren oder vermodernde Pflanzen, faulende Blätter und sonstige Naturalien in Kästen zur Schau stellen. Manche berufen sich dabei dreist auf Dürer; aber das ist doch wohl ein Mißverständnis. Denn Dürer sprach ausdrücklich von der Kunst, die wahrhaftig in der Natur steckt, „und wer sie heraus kann reißen, der hat sie". Was zumeist herausgerissen wird, sind Rudimente der Natur, nichts weiter (bis 15. 7.; Katalog 25 Mark).

EO PLUNIEN

Beethovenhalle Bonn: Zum 10. Mal traf sich der Spitzennachwuchs beim Deutschen Musikwettbewerb

Vier Wochenstunden den Professor für sich allein

Der Deutsche Musikwettbewerb (DMW) beging sein Jubiläum. Zum zehnten Mal seit 1975 maß der deutsche musikalische Spitzennachwuchs in der Bonner Beethovenhalle seine Kräfte. Feiertagsstimmung kam dennoch nicht auf, als die Ergebnisse des mit seinen hohen Repertoire-Anforderungen extrem schwierig abgesteckten Parcours auf dem Tisch lagen. Vier 2. und fünf 3. Preise in den ausgeschriebenen Kategorien Kammermusik und Holzbläser, Klavier, Streichinstrumente und Blechblasinstrumente ließen die 1. Klasse wieder einmal unbesetzt. Das Geschenk eines 1. Preisträgers hat man sich nicht machen können. Das Niveau sei insgesamt erfreulich gewesen, aber die Spitzen hätten gefehlt, schätzte Professor Richard Jakoby als Präsident des den Wettbewerb als Schlußstein seiner Förderungspyramide veranstaltenden Deutschen Musikrats die Lage korrekt ein. Ihm sekundierte Professor Wolfgang Gönnenwein, Nachfolger von Professor Carl Seemann im Amt des künstlerischen Wettbewerbsleiters, als er begütigend von „soliden Leistungen" sprach.

Die traditionellen Preisträgerkonzerte machten solche in der Tat ohrenfällig. Stephan Picard (Violine, 2. Preis) spielte das Brahms-Konzert technisch proper und sensibel für seine Lyrismen. An Mozarts Es-Dur-Konzert KV 495 zeigte Clara-Christine Hohorst (Horn, 2. Preis) geschmeidige Bläserkünste. Schließlich Ramon Jaffé (Cello, 2. Preis) mit dem Dvořák-Konzert: sicherlich ein eminent musikalischer Cellist, auch da noch, wo er sich nicht unangefochten zeigte von den Problemen des Soloparts. Klauspeter Seibel und das Bonner Orchester haben gewiß das ihre getan, um die jungen Leute nach vorn zu bringen; das änderte aber nichts am Abstand zu erstklassigen Leistungen.

An den Preisvergaben des Wettbewerbs war nichts zu deuteln, und das hatte zuvor im Kammerkonzert mit Debussys Sonate auch Armin Fromm, der andere 2. Preisträger bei den Cellisten, nicht unterschlagen können. Unter den 3. Preisträgern fiel der Geiger Martin Dehning mit einer Sonate von Bernd Alois Zimmermann auf. Ebenfalls auf einem dritten Rang: Boris Blachers Sohn Kolja (Violine), des weiteren Eckardt Wiewinner (Posaune), Konrad Elser (Klavier) und als einziges Ensemble das Albert-Schweitzer-Quintett mit einem männlichen Fagottisten als Hahn im Korb von vier reizenden jungen Damen. Sie spielten Hindemith, aber den spielen ja eigentlich alle gut.

Natürlich macht sich die Musik-Lobby (zu der neben dem Musikrat auch die die Preise zur Verfügung stellenden privaten Stiftungen gehören, zu denen noch 120 000 Mark Stipendien der Kultusminister kommen) Gedanken, warum das an der Basis durch „Jugend musiziert" reich erschlossene Begabungsreservoir am Ende so abmagert: unterm Strich pro Wettbewerb nur ein 1. Preis im Schnitt. Man möchte die Hochbegabtenförderung im Massenbetrieb der Universitäten – und auch der designierte Stuttgarter Generalintendant Gönnenwein weiß nach zehn Rektoratsjahren, wovon er redet – intensivieren: Jeder zukünftige Menuhin sollte im Hauptfach wenigstens vier Wochenstunden seinen Professor für sich allein haben.

Daß neben den besser weggekommenen Streichern diesmal ausgerechnet das Klavier besonders schlecht vertreten war, erklärte Professor Jakoby mit vielen Parallel-Wettbewerben, was ja nur heißen kann, daß der DMW zu schwer und zu wenig attraktiv ist. Attraktiver will man ihn nun machen durch Anschlußförderungen für die Preisträger: Schallplattenproduktionen durch WDR und Harmonia mundi (zwei konnte man bereits vorstellen) gehören dazu, ebenso die erfolgreich angelaufenen Konzerte des Deutschen Musikrats, die man in Zusammenarbeit mit Konzertdirektionen noch ausbauen möchte.

Mehr technischer Natur: Nächstes Jahr wird eine Anmeldegebühr erhoben. Diesmal waren nämlich bei 78 Anmeldungen und 70 Zulassungen nur 48 Teilnehmer angetreten. So senkt man den organisatorischen Aufwand, aber gibt keine Antwort auf die immer gleiche Frage: Warum hält der deutsche Nachwuchs den internationalen Vergleich nicht aus? Daran hat auch der DMW noch nichts ändern können.

DIETER SCHÜREN

Spionage-Fäden vom Schreibtisch herunter: Eric Ambler wird 75 Jahre alt

Wo die Abenteuer wild wuchern

Meister der Schurkerei und der feinsinnigen Unterhaltung: Der englische Autor Eric Ambler

FOTO: HORST TAPPE

Eric Amblers wilder Garten enthält einigen Dschungel, etwas Wüste, vielerlei Fallgruben. Sein Teich ist stets das Mittelmeer, und wenn die unsicheren Wege für handelnde Personen gelegentlich ins Balkanische führen, auch ins Türkische oder Schweizerische – man sieht doch immer wieder von Ferne verschmutzte Fluten des Odysseus blitzen, tut sich im Spanischen um und in der Provence, im Serbischen, im Griechischen und bei den neuen Pharaos. Jedoch, anders als die Personen, brauchen Leser nicht zu befürchten, sie könnten stolpern: Jeden Schritt an der Seite von allen möglichen gescheiterten Existenzen oder auch ahnungslosen, aber tapferen Briten hat Ambler vorausgeplant und gesichert. Der Garten, wie gesagt, ist wild und vielfältig, aber es findet sich trotz Mord und Totschlag eigentlich nichts darin, das den Lustwandler dermaßen verzweifelt an dieser Welt machte, wie das die jüngeren Erzähler von Spionen- und Abenteuermärchen stets fertigbringen.

Ambler wird heute 75 Jahre alt. Er lebt in der Schweiz, hat seine britische Heimat nie so recht leiden mögen, stammt noch aus einer Zeit, da Abenteuer wild zu wachsen hatten auf dem europäischen Kontinent und, wo irgend möglich, in warmem Klima. Er war Ingenieur und Journalist. Erfahrungen aus beiden Berufen hat er gut brauchen können, als er freier Schriftsteller wurde, noch keine dreißig Jahre alt. Von seinem Schreibtisch stammt der erste moderne Spionage-Klassiker, geschult an Somerset Maughams „Ashenden"-Geschichten. „Die Maske des Dimitrios" erschien 1939: ein Musterbeispiel für den gepflegten und unterhaltenden Gesellschaftsroman, in dem es immer nur ein halber Schritt ist aus der Welt des braven Alltags in ein Zwischenreich, wo der Mensch den Menschen frißt.

Außerordentlich erfolgreich wurde Ambler von den fünfziger Jahren an, mit „Waffenschmuggel", „Topkapi", dem „Intercom-Komplott", dem „Levantiner", „Doktor Frigo". Bei allen Geschichten von viel Geld, Intrige, aufgedecktem Geheimnis und von braven Leuten, die Schurken ausgeliefert sind – Ambler verlor nie die kümmerliche, abgeschabte und schwierige Alltagswelt aus den Augen, in der diese Geschichten spielen wie alle guten Geschichten. Auch büßte er niemals ein, woran es der Mär von James Bond ebenso mangelt wie ein paar Stockwerke höher den aufregenden Trostlosigkeiten von Le Carré: Humor und einer kiebigen Herzensgüte.

Deswegen ist Ambler zwar fünfundsiebzig, aber durchaus nicht aus der Mode. Eines Tages wird er ein Autor sein, der wesentlichen Nostalgien entgegenkommt – nach einer Welt, die zwar schon gräßlich war, aber doch auch in Ordnung.

CHRISTIAN FERBER

JOURNAL

Nofret, die Schöne, kommt zu Besuch

dpa, **München**

In München wurde der Vertrag über eine spektakuläre Ausstellungstournee mit dem Titel „Nofret – Die Schöne" unterzeichnet. 98 Exponate aus dem Ägyptischen Museum in Kairo, die das Thema Frau in Altägypten über drei Jahrtausende dokumentieren, sollen unter der Leitung des Hauses der Kunst und der Staatlichen Sammlung Ägyptischer Kunst in München vom Dezember an auf Welttournee gehen. Der Reinerlös der Ausstellung soll dem Neubau des Ägyptischen Nationalmuseums in Kairo und des Nubien-Museums in Assuan zugute kommen. Dafür ist später noch eine zweite Schau, nämlich über „Nubien – Das Goldland der Pharaonen" geplant, die ebenfalls in München gezeigt wird.

Zweites polnisches Theater gegründet

J. G. G. **Berlin**

Mit „Eine alte Frau brütet" von Tadeusz Rozewicz und den „Zofen" von Jean Genet hat das Polnische Transformtheater in West-Berlin unter seinem Chef, dem Regisseur Henryk Baranowski, vor kurzem seinen Betrieb aufgenommen. Einstudiert wird gegenwärtig das „Schloß" von Franz Kafka. Das „Transformtheater" ist neben dem Kieler Polnischen Theater die zweite Einrichtung dieser Art der neuen polnischen Emigration in der Bundesrepublik. In Kiel ist man inzwischen dazu übergegangen, auch in deutscher Sprache zu spielen. Beide Theater haben nach Auskunft der polnischen Presse Erfolg, ebenso das einzige polnische Kabarett „Pika" in Hamburg, das Gastspiele vor Polen und Deutschen in vielen deutschen Großstädten gibt.

Neuer Studiengang: Pädagogik Dritte Welt

dpa, **Frankfurt/M.**

Als erste Universität in der Bundesrepublik bietet die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt mit Beginn des Wintersemesters einen neuen Aufbaustudiengang über „Pädagogik: Dritte Welt" an. Dabei sollen die Erziehungsrealität, die Erziehungsinhalte, Lern- und Lehrprozesse sowie neue Wege in der Erziehung in Ländern der Dritten Welt zum Gegenstand eines weiterbildenden Studiums gemacht werden.

Europas Kindertheater in der Schweiz

dpa, **Neuenburg**

Rund 180 Kinder aus der Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Dänemark, Finnland, den Niederlanden, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Portugal, Spanien und der Schweiz werden sich vom 8. bis zum 21. Juli in Neuenburg in der Schweiz zusammenfinden, um die Welt des Theaters gemeinsam zu entdecken. Wie das Innenministerium in Bern mitteilte, will die Schweiz mit der Übernahme der Gastgeberrolle einen aktiven Beitrag zur kulturellen Zusammenarbeit des Europarates leisten. Das erste europäische Kindertheatertreffen war 1982 in Belgien veranstaltet worden.

Neuer Literaturpreis: Adelbert von Chamisso

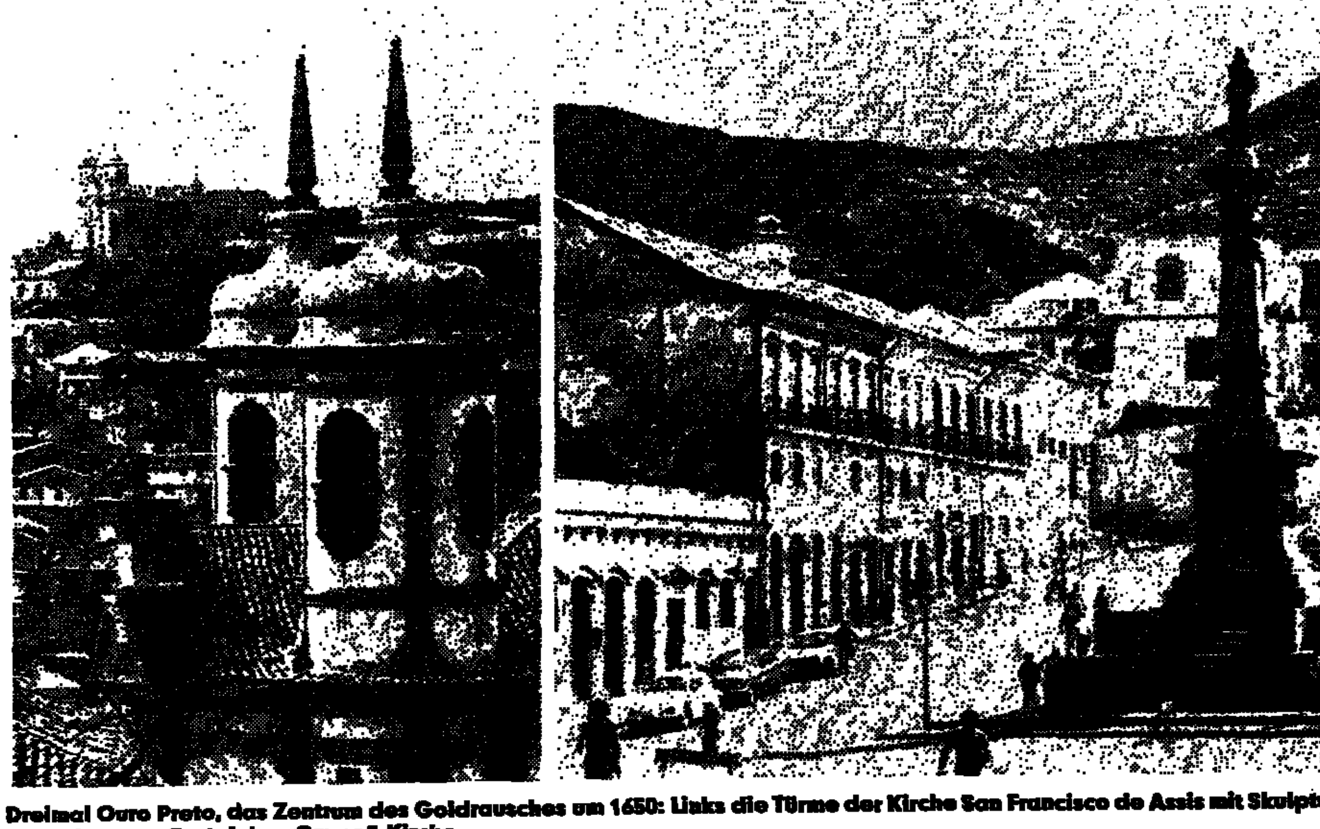
DW. **Stuttgart**

Einen neuen Literaturpreis, der nach Adelbert von Chamisso benannt ist, der 1789 sein Heimatland verlassen und nach Deutschland gegangen ist, hat die Robert Bosch Stiftung, Stuttgart, gestiftet. Er soll an Autoren verliehen werden, für die Deutsch eine Fremdsprache ist. Gemeint sind damit Ausländer, die im deutschen Sprachgebiet leben und arbeiten und ihre Erfahrungen mit Deutschland und den Deutschen literarisch verarbeiten. Die Preissumme beträgt jährlich 15 000 Mark. Hinzu kommt ein Förderpreis in Höhe von 5000 Mark.

Carl Foreman †

Im nächsten Monat, am 23. Juli, wäre er 70 geworden, der Produzent und Drehbuchautor Carl Foreman. In seiner Wohnung in Beverly Hills ist er jetzt an den Folgen eines Gehirntumors gestorben. Unvergessen ist Foreman als Szenarist von Fred Zinnemans klassischem Western „Zwölf Uhr mittags". Die von ihm produzierten Filme „Kanonen von Navarone" von Lee Thompson und David Leans „Brücke am Kwai" (hier schrieb er auch am Drehbuch mit) haben Filmgeschichte gemacht. In „The Victors" führte er 1963 erstmals Regie. Fünfmal war Foreman für den Oscar nominiert worden, und als Mit-Autor des „River Kwai" hätte er ihn auch bekommen. Wegen der politischen Richtung vieler seiner Filme war er freilich in der McCarthy-Zeit auf die Schwarze Liste geraten und deshalb im Vorspann zu diesem Monumentalstreifen nicht erwähnt worden. Foreman ging nach England und gründete dort seine eigene Produktionsfirma, die in erster Linie aufwendige Action- und Unterhaltungsfilme hervorbrachte.

B. F.





Dreimal Ouro Preto, das Zentrum des Goldrausches um 1650: Links die Türme der Kirche San Francisco de Assis mit Skulpturen von Aleijadinho, dem „Krüppelchen". Dann der Platz mit dem Tiradentes-Denkmal und endlich das verschlungene Portal der „Carmo"-Kirche.
FOTOS: WOLFGANG ZIEGLER (2) und SÜDDEUTSCHER VERLAG

Brasilien entsinnt sich seiner kolonialen Kleinodien

MANFRED NEUBER, Ouro Preto

Bulldozer und Preßlufthämmer haben die meisten Städte Brasiliens ihrer kolonialen Architektur beraubt. Die alten Quadras, Wohn- und Geschäftsviertel im portugiesischen Stil, wurden niedergewalzt. Fast jede Großstadt hat statt dessen heute ihr kleines Manhattan. Gerade noch rechtzeitig besann sich die brasilianische Regierung auf die Vergangenheit und trat jetzt mit einem ernstzunehmenden Denkmalschutz auf den Plan.

Als Musterbeispiel für die Erhaltung eines historischen Stadtbildes kann Bahia, bis zum Jahre 1763 die Hauptstadt des Landes, gelten. Mit Hilfe der Unesco wurde dort Vorbildliches geleistet. Weniger bekannt, aber nicht minder typisch für die portugiesische Kolonialepoche sind zwei kleinere Städte: São Luis im Nordosten und Paraty südlich von Rio de Janeiro.

São Luis ist die Hauptstadt von Maranhão, des ärmsten Bundesstaates von Brasilien. Sie liegt auf einer kleinen, dem Festland vorgelagerten Insel, und sie ist in jeder Beziehung hinter der Zeit zurückgeblieben. Zur Freude der Stadtväter. Als eine der zauberhaftesten Kolonialstädte ganz Südamerikas wurde sie zur großen Touristenattraktion.

Die Blütezeit von São Luis lag im 17. und im 18. Jahrhundert. Damals war die Stadt am Südatlantik ein Zentrum des Baumwollhandels und der Textilindustrie. Man unterhielt engere Beziehungen zu Europa als zum übrigen Brasilien. Fast alles wurde aus Frankreich importiert, wohin die Söhne begüterter Familien zum Studium gingen. São Luis erlebte Gastspiele erstklassiger Opernbühnen aus Europa.

Als im Jahre 1889 die Sklaverei in Brasilien abgeschafft wurde, endete das privilegierte Leben der Plantagenbesitzer und Handelsherren. Wohl vermochten sich die Textilindustriellen noch eine Zeitlang zu behaupten, doch mit dem Siegeszug der Kunstfasern verfiel São Luis in tropische Schläfrigkeit.

Seither blieb das alte Quartier von São Luis – rund 900 Häuser in etwa 60 Straßenblöcken – unverändert bestehen. Unter den Gebäuden aus der Kolonialzeit sind zahlreiche schöne Häuser, die mit glänzenden Tonschindeln, Keramik-Verzierungen an den Fassaden und schmiedeeisernen Balkons versehen sind.

Der amerikanische Architekt John U. Gisiger, der Gouverneur des Bundesstaates Maranhão und Lucio Costa, einer der Erbauer der neuen Hauptstadt Brasilia, machten sich daran, die wertvollsten Gebäude zu retten. Costa konzipierte die Neubau-Viertel für die 200 000 Einwohner von São Luis.

In dem Sanierungsgebiet gab es Hunderte von kleinen Geschäften, heruntergekommene Altbauwohnungen und Bordelle. Über den engen Gassen, durch die Maultiere mit zweirädrigen Karren zockeln, hängen bunte Wäscheleinen. Vom Hafen, der bei Ebbe einem Schlammbecken gleicht, zieht meistens Gestank und nur selten eine frische Brise herauf.

Zur Restaurierung der Altstadt kamen zwanzig Millionen Mark von der öffentlichen Hand; weitere sechzig Millionen sollen die Hausbesitzer aufbringen. Nach Fertigstellung der Restaurierung, so haben Experten errechnet, werden die Liegenschaften dort einen Wertzuwachs von umgerechnet 280 Millionen Mark erfahren. Viele der 5000 Altstadt-Bewohner werden dann zwar die höheren Mieten nicht mehr zahlen können, um so reichlicher dürfte dafür aber die Tourismus-Quelle sprudeln.

Ähnliches geschah schon in Paraty, einem kleinen Küstenstädtchen am Fuße der Serra do Mar zwischen Rio de Janeiro und Santos. Seit 1966 steht es als eine „Cidade Monumento Nacional" unter Denkmalschutz. Dieser Ort, der einst als Hafen sogar Rio de Janeiro den Rang streitig machte, wurde mit der Vollendung der grandiosen Küstenstraße von Rio in den Süden Brasiliens nunmehr aus der Vergessenheit gerissen.

Als zu Anfang des 18. Jahrhunderts in Minas Gerais, dem angrenzenden Hinterland, Gold und Edelsteine gefunden wurden, erlebten die Hafenstädte an der Südostküste Brasiliens einen unbeschreiblichen Aufschwung. Paraty war unter ihnen der einzige von der portugiesischen Kolonialverwaltung zugelassene Ausfuhrhafen, der Endpunkt des „Caminho do Ouro", der sagenhaften Goldstraße.

Im Zollhaus von Paraty mußte der „Quinto Real", das königliche Fünftel, an die Krone Protugals entrichtet werden. Kein Wunder, daß hier eine reiche Stadt entstand, gebaut mit Marmor aus Carrara, Mosaiken aus Frankreich und teuren Holzschnitzereien. Die reichen Kaufmanns-Familien schickten ihre Kinder an die Universität Coimbra im Mutterland Portugal und ließen Künstler aus der Alten Welt in ihrer Stadt gastieren.

Reiche Geschäftsleute aus Rio de Janeiro und aus São Paulo waren die ersten, die in jüngster Zeit verfallene Häuser in Paraty kauften und restaurieren ließen. Mittlerweile entpuppt sich das Städtchen, in dem drei seiner vier Kirchen zeitweilig wegen Baufälligkeit geschlossen werden mußten, als ein koloniales Kleinod.

Das Prunkstück des portugiesischen Kolonialbarocks ist die Stadt Ouro Preto. Sie liegt im Bundesstaat Minas Gerais und war das Zentrum des Goldrauschs nach 1850. Schon 1933 wurde Ouro Preto unter Denkmalschutz gestellt. Einst hatte es eine Viertelmillion Einwohner, gegenwärtig leben nur noch 40 000 dort.

Größte Bewunderung findet die Kirche São Francisco de Assis in Ouro Preto, die von dem berühmten Aleijadinho („Krüppelchen") ausgestaltet wurde. Der so benannte Künstler Antonio Francisco Lisboa schuf Skulpturen aus Speckstein, die mit den Werken Michelangelos gleichgestellt werden. Lisboa war von Geburt an mißgebildet und verlor später allmählich sein Augenlicht. Dennoch arbeitete er bis an sein Lebensende wie ein Besessener.

Von den zwölf anderen Kirchen in Ouro Preto wird in der Legende behauptet, sie seien im Wettstreit der reichen Goldminen-Besitzer entstanden. Wer da nicht mithalten konnte, beschränkte sich auf den Bau einer Kapelle, von denen allerdings nur noch neun erhalten sind.

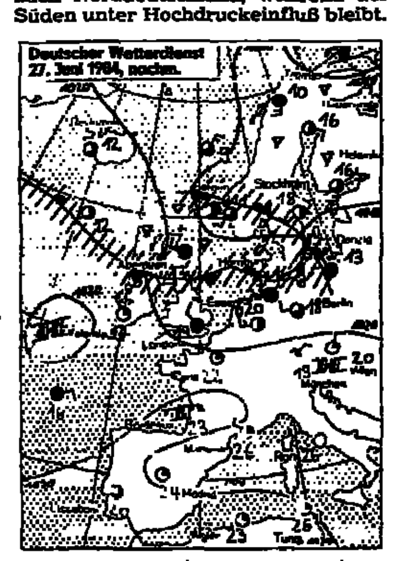
Historiker ausgewiesen

Österreich schiebt David Irving nach Deutschland ab

KURT POLLAK, Wien

Wegen des Verdachtes der Propaganda und Betätigung für den Nationalsozialismus wurde der bekannte, aber auch umstrittene britische Historiker und Schriftsteller David John Irving (46) am Dienstag nachmittag auf Weisung des österreichischen Innenministerium in Wien festgenommen und nach Deutschland abgeschoben.

Irving war auf Einladung einer NPD-nahen sogenannten „Arbeitsgemeinschaft für wahrheitsgemäße Geschichtsschreibung" nach Österreich gekommen, um in Wien, Salzburg, Graz, Klagenfurt Vorträge über das Thema „Rudolf Heß – sein Friedensflug im Spiegel britischer Geheimdokumente" zu halten.



Abgeschoben: D. Irving

Im Wiener Innenministerium erklärte man dazu, man sei sich dessen bewußt, daß die Ausweisung des Historikers internationales Aufsehen erregen werden, man nehme dies aber gerne in Kauf, weil in Österreich gegen Neonazis scharf vorgegangen werde und Irving als Neonazi gelte.

Der Brite, als Autor von Büchern wie „Hitlers Weg in den Krieg", „Rommel", „Der überflüssige Soldat" und „Die Tragödie der Deutschen Luftwaffe" bekannt geworden, hat übrigens die vom „Stern" veröffentlichten gefälschten Hitler-Tagebücher zunächst einmal für echt erklärt, sich dann aber sehr bald distanziert.

Die Festnahme Irvings erfolgte kurz vor einer Pressekonferenz, die am Dienstag im Café Landtmann beim Wiener Burgtheater stattfinden sollte. Gegen den Historiker wurde schon eine Woche vorher ein Aufenthaltsverbot verhängt. Weil Irving sich jedoch geweigert hatte, Österreich freiwillig zu verlassen, wurde über ihn die Schubhaft verhängt.

Zu seiner Abschiebung erklärte der Wissenschaftler sarkastisch, er habe sich wohl geirrt und sei in ein Ostblockland gereist. Doch selbst dort sei er nie verhaftet worden.

Irving, der mit Frau und zwei Töchtern entweder in London, München oder Madrid lebt – seine Frau ist Spanierin –, gilt trotz seiner Verdienste um das Aufspüren unbekannter Quellen und Dokumente und seiner ebenso präzisen wie brillianten Darstellung in Fachkreisen als Außenseiter, dem es oft mehr um die Bestätigung seiner „fixen – rechtsgewirkten – Idee" gehe.

WETTER: Im Norden kühl

Wetterlage: Zwischen einem Hochdruckgebiet westlich Irlands und einem Tiefdruckgebiet über Skandinavien fließt relativ kühle Meeresluft nach Norddeutschland, während der Süden unter Hochdruckeinfluß bleibt.

Deutscher Wetterdienst 27. Juni 1984, nachm.

Vorhersage für Donnerstag:

Norddeutschland und Berlin: Anfangs starke, später auflockernde Bewölkung und einzelne Schauerniederschläge. Tageshöchsttemperaturen an der Küste 14 Grad, sonst bis 18 Grad; in der Nacht 7 bis 10 Grad.

Süddeutschland: Heiter bis wolkig und weitgehend niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen 20 bis 25 Grad. In der Nacht Abkühlung auf 12 Grad.

Weitere Aussichten:

Im Norden Schauer, im Südwesten aufkommende Gewitter.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	18°	Kairo	28°
Bonn	21°	Kopenh.	13°
Dresden	17°	Las Palmas	21°
Essen	20°	London	19°
Frankfurt	21°	Madrid	24°
Hamburg	16°	Mailand	24°
List/Sylt	12°	Mallorca	26°
München	19°	Moskau	16°
Stuttgart	19°	Nizza	23°
Algier	23°	Oslo	12°
Amsterdam	17°	Paris	22°
Athen	28°	Prag	18°
Barcelona	26°	Rom	28°
Brüssel	20°	Stockholm	18°
Budapest	18°	Tel Aviv	30°
Bukarest	21°	Tunis	26°
Helsinki	16°	Wien	20°
Istanbul	25°	Zürich	21°

Sonnenaufgang* am Freitag: 4.52 Uhr, **Untergang:** 21.50 Uhr; **Mondaufgang:** 4.37 Uhr, **Untergang:** 22.46 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Folgendes geruht Ihrer Majestät zu gefallen . . .

SIEGFRIED HELM, London

Königin Elizabeth von England nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn es um die Gestaltung ihrer Auslandsreisen geht, auch wenn sie ihre Bitten ganz diskret vortragen läßt. Meist in Form von Sonderwünschen auf langen Listen. Einzelheiten einer solchen Wunschliste mit Ge- und Verboten kamen jetzt bei der Provinz-Regierung von Ontario (Kanada) an den Tag, das nächste Reiseziel der Queen und Prinz Philips im Juli.

Die Queen, so wurde bekannt, verschmäht zwar einen Gin und Tonic oder auch ein Gläschen Sherry nicht. Aber Austern dürften ihr und ihrem Mann auf keinen Fall vorgesetzt werden. Auch legten die königlichen Gäste Wert darauf, daß nicht schon während des Dinierens, sondern erst anschließend geraucht wird.

Der Queen liegt daran, daß Empfangskomitees „auf eine kleine Anzahl von Würdenträgern beschränkt bleiben, so daß ihr nicht zu viele Personen vorgestellt werden müssen". Die Queen freue sich allemal über einen Blumenstrauß. Doch möge tunlichst darauf geachtet werden, Buketts nicht durch Erwachsene, sondern ausschließlich durch Kinder überreichen zu lassen. Dabei sei zuviel des Guten gar nicht gut. Man möge es doch bei einem Strauß pro Auftritt bewenden lassen. Ja, und die Queen mag es nicht, wenn die Sträuße mit Draht zusammengebunden sind.

Vorsichtig ist die erfahrene Staatsbesucherin bei Büchern, denn die können gefährlicher als Draht sein. In den Anweisungen heißt es, Bücher „nicht kontroversen Inhalts werden in der Regel entgegengenommen, wenn sie von ihren Autoren überreicht werden, aber nur dann, wenn die Autoren einen untadeligen Leumund haben".

Geschenke nehme die Queen von Firmen und Privatpersonen im allgemeinen nicht entgegen. Doch drücke sie gelegentlich ein Auge zu, wenn ihr beispielsweise „Kinder oder Kriegsveteranen ein kleines Geschenk machen wollen, dessen Zurückweisung ihre Gefühle verletzen könnte".

Bei Veranstaltungen während des Tages müsse darauf bestanden werden, daß die Damen Hüte tragen. Doch Handschuhe seien nicht mehr obligatorisch, ebenso wenig wie teure Kleidung, was für viele Leute eine Zumutung sein könne.

In der Kirche möge man doch den Klingelbeutel ihr und Philip wie ganz gewöhnlichen Gemeindemitgliedern hinhalten.

Um Hilfestellung bei der ewigen Frage zu geben, was die Queen im Ausland gerne besichtigt, kam die Weisung: Krankenhäuser und die Hauptsportarten des Landes. (SAD)

LEUTE HEUTE

Gold im Schuh

Michael Armstrong hatte Arbeit in einer Scheideanstalt, die Edelmetalle von wertlosem Gestein trennt. Heimlich trug er in seinem Schuh Goldstaub aus der Tagesproduktion nach Hause. Das Gold schob er in Marmeladengläser unter sein Bett. 160 000 Mark legte er als Festgeld an und lebte von den Zinsen in seiner Sozialwohnung. Das Schicksal ereilte den 45jährigen vor der so sorgfältig vorbereiteten Pensionierung: Er wurde ertappt. In seiner Wohnung fand die Polizei mehrere Lohntüten - ungeöffnet. Sie enthielten seinen Wochenverdienst – 452 Mark.

Kleiner Rahmen

Vor seiner möglichen Wiederwahl feiert Präsident **Ronald Reagan** erst einmal am 14. August Hochzeit in seiner Familie. Dann gibt Tochter **Patti Davis Reagan** (31) ihrem 25jährigen Yogalehrer **Paul Grilley** das Jawort. Das Fest findet im Nobelhotel „Bel Air" in Los Angeles statt. Der Kreis



der 125 Gäste wurde mit „für Patti wichtige Menschen" umschrieben. Dazu zählen: Der Familien-Zahnarzt, Pattis Patin, die Schauspielerin **Colleen Moore**, sowie ihr früheres Kindermädchen. Also im Wahljahr Bescheidenheit und keine Glamour-Hochzeit.

Lennonmania

Ein Rolls-Royce kann 184 250 Dollar wert sein - wenn er neunzehn Jahre alt ist und dazu noch John Lennon gehört hat. **Wallace Yost**, Geschäftsmann aus Florida, bekam den Zuschlag. Insgesamt erbrachte die Auktion von 116 Gegenständen aus dem Lennon-Nachlaß mehr als 430 000 Dollar - das Doppelte des erwarteten Erlöses.

Loch in der Mauer

Im Jahre 1963 zog **Brigitte Bardot** eine Mauer um ihr Anwesen am Strand von St.Tropez, um sich vor allzu aufdringlichen Fans zu schützen. Das Recht wurde ihr damals auf zwanzig Jahre eingeräumt. Jetzt erzwang die Justiz die Öffnung ihres Privatstrandes. Die 50jährige Schauspielerin erreichte allerdings, daß die Mauer erhalten bleibt. Es werden lediglich Türen für die Flanierer eingebaut, und die darf die Besitzerin verschlossen halten, wann immer sie in ihrer Villa residiert.

Glücklicher Ausgang

Dänische Polizei befreit drei entführte Kinder

dpa, Flensburg/Sonderburg

Mit der Befreiung von drei an Händen und Füßen gefesselten Jungen aus der Wohnung eines 54jährigen Mannes ist am Dienstag abend nach 41 Stunden Dauer einer der spektakulärsten Kriminalfälle Dänemarks zu Ende gegangen. Beamte der Sonderburger Kriminalpolizei drangen in die Wohnung des arbeitslosen Antennenbauers ein, befreiten die Kinder und nahmen den Mann fest.

Die erschöpften Jungen, deren Gesichter Spuren von Schlägen zeigten, wurden in das Sonderburger Krankenhaus gebracht, nachdem ihre überglücklichen Eltern sie in die Arme geschlossen hatten. Ein Polizeisprecher: „Ganz Dänemark freut sich über diesen glücklichen Ausgang".

Der fünfjährige Bo Holst Brandenhoff, der sechsjährige Anton Quist-Inversen und der achtjährige René Toft waren am späten Sonntag nachmittag in ihrem dänischen Heimatort Kollund an der Flensburger Außenförde vermißt worden. Deutsche und dänische Polizei beteiligte sich im Grenzgebiet an einer umfangreichen Suchaktion. Wasserschutzpolizei, Boote und Suchhubschrauber beider Länder suchten die Flensburger Innen- und Außenförde ab, da nicht auszuschließen war, daß die Jungen am Sonntag bei stürmischer See mit einem Boot oder auf Surfbrettern auf die Förde hinausgerudert waren.

Zur gleichen Zeit durchkämmten Polizeistreifen und Hundeführer den Küstenstreifen sowie die Wälder im Grenzbereich. Auf Durchsagen des dänischen und deutschen Rundfunks meldeten sich mehrere Anrufer, die die vermißten Kinder in Flensburg, Soltau und Damp 2000 gesehen haben wollten.

Den zur Befreiung führenden Hinweis gab der Anruf eines Ehepaares von der dänischen Insel Fünen. Das Paar gab an, die Kinder am Sonntag nachmittag in Kollund neben einem roten Lieferwagen mit violetten Streifen gesehen zu haben. Dieses auffällige Fahrzeug und sein Halter waren der Sonderburger Polizei bekannt. Als am Dienstag dänische Beamte die Jungen in der Hauptwohnung des Mannes befreiten, drangen zur selben Zeit deutsche Kriminalpolizisten in die Flensburger Nebenwohnung des Fahrzeughalters ein.

Die Motive für die Tat liegen noch im dunkeln. Kidnapping zur Geldbeschaffung sei „mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auszuschließen", erklärte ein Sprecher der Polizei. Der Festgenommene sei als ein „etwas wunderlicher Mann" bekannt. Zu möglichen Vorstrafen wollte sich die Polizei nicht äußern, doch Radio Dänemark berichtete, daß der Mann wegen Brandstiftung vorbestraft sei. Unklar war am Dienstag auch, ob die Kinder sexuell mißhandelt wurden.

Gestern wurde der 54jährige dem Haftrichter in Gravenstein/Nordschleswig vorgeführt. Die Staatsanwaltschaft beantragte Haftbefehl. Die Untersuchungshaft wurde zunächst auf vier Wochen festgelegt.

Kerenskis Sohn schuf sich eigenen Namen

TORSTEN W. KRAUEL, Bonn

Oleg Kerenski, einer der beiden Söhne des im Oktober 1917 von Lenin gestürzten russischen Ministerpräsidenten Alexander Kerenski, ist am Montag in London im Alter von 79 Jahren gestorben. Der „Junior" widmete sich trotz der umfangreichen Aktivitäten seines Vaters im Exil nie der Politik. Vielmehr studierten er wie auch sein Bruder Gleb in Großbritannien Ingenieurwissenschaften. Oleg Kerenski spezialisierte sich auf die Konstruktion von Brückenbauten und stieß hier bald in die technische Avantgarde vor. Die Pläne der Hängebrücke, die sich über den Firth of Forth in Schottland spannt, tragen den Namen des begabten Politikersohnes. Bekannter noch wurde ein anderes Bauwerk aus seinem Konstruktionsbüro: die Hafenbrücke von Sydney. Sie bildete vor der Errichtung der Oper das Wahrzeichen der australischen Stadt.

Es wäre jedoch verfehlt, wollte man dem Brücken-Ingenieur jede historische Wirksamkeit absprechen. Von ihm nämlich stammen auch Entwurf und Ausführung der künstlichen Häfen an der französischen Küste im Sommer 1944, über die zu Beginn der Invasion die anglo-amerikanischen Truppen mit Nachschub versorgt wurden. Die schwimmenden Kais und Molen bestanden aus zusammengefügten Bauelementen, bei deren Konstruktion Kerenski die Erfahrungen im Spannbeton- und Stahlbrückenbau zugute kamen. Hier wie dort spielte der Umgang mit Wind- und Seegang-Einflüssen auf dieses Material eine entscheidende Rolle. Die deutsche Verteidigung hatte gehofft, daß der Gegner an der unwegsamen Steilküste des Invasionsgeländes keine Möglichkeit zur Anlandung großer Transportschiffe habe. Diese Hoffnung machte die Kerenski-Konstruktion zunichte, und tatsächlich rollte der Nachschub in den Kunsthäfen ungebrochen und ersetzte zu einem Teil die großen Hafenanlagen wie Le Havre, Cherbourg und Antwerpen, die erst später für die Westalliierten nutzbar gemacht werden konnten.

Autofahrer erwartet heißes Wochenende

AP, Düsseldorf

Ein heißes Wochenende auf den deutschen Autobahnen und an den Grenzübergängen erwartet die Polizei, nachdem heute in Nordrhein-Westfalen die Ferien begonnen haben. Nach den Angaben des Düsseldorfer Innenministeriums dürfte sich bereits morgen nachmittag die erste Reisewelle in Bewegung setzen. Im Norden Deutschlands wird vor allem an den Grenzübergängen nach Dänemark mit langen Wartezeiten gerechnet. Auch im Bereich mehrerer Großbaustellen bei Hannover werden erhebliche Störungen in beiden Richtungen erwartet. Im westdeutschen Raum empfiehlt die Polizei den Autofahrern, nach Möglichkeit das Westhofener Kreuz und den Kölner Ring zu meiden. Auch an den Grenzübergängen nach Holland sei mit Staus zu rechnen. In Hessen kommt es vor allem südlich von Frankfurt im Raum Seligenstadt auf der A 3 sowie auf der A 7 bei Bad Hersfeld zu starkem Verkehrsaufkommen, und in Baden-Württemberg ist im Raum Stuttgart auf der A 8 sowie zwischen Rastatt und Bruchsal auf der A 5 mit dichtem Verkehr zu rechnen. In Bayern betreffen die Warnungen den Großraum München sowie die Grenzübergänge nach Österreich.

Krankenkassen-Urteil

AP, Kassel

Die Krankenkassen dürfen von Mitgliedern, die unterhaltsberechtigte Familienangehörige bei der Kasse mitversichern, keine höheren Beiträge erheben als von Mitgliedern ohne Familie. Das entschied das Bundessozialgericht und hob damit die Urteile aller Vorinstanzen auf. Das Urteil gilt auch für die freiwilligen Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung sowie für die Krankenkassen in Berlin. Das Gericht entsprach damit der Klage eines verheirateten Mannes aus Berlin, der als freiwilliges Mitglied der dortigen Ortskrankenkasse einen höheren Beitrag zahlen sollte, weil Ehefrau und Kind mitversichert sind (Az: Bundessozialgericht 12 RK 59 / 81).

Neues Autotelefon

dpa, New York

Eine erhebliche Ausweitung des Autotelefondienstes bietet ein neues Telefonnetz, welches erst einmal in Los Angeles und New York installiert wurde. Zahlreiche Sender wurden im gesamten Stadtgebiet errichtet, und ein Computer leitet jedes Gespräch zur jeweils nächstgelegenen Station dieser Art. Die restlichen Anschlüsse bleiben so für andere Gespräche offen. Damit stehen für die Autotelefone erheblich mehr und in der Übertragungsqualität bessere Frequenzen zur Verfügung. Innerhalb einer Woche haben in Los Angeles bereits 3000 Kunden von der neuen Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Sizilianer sieht rot

SAD, Catania

Zur „Rettung der Familienehre" hat ein 26jähriger Mechaniker aus Catania seine Frau, seine Schwiegermutter und seine Schwägerin umgebracht. Der Streit entzündete sich an der Tatsache, daß die von ihrem Mann getrennt lebendende Schwiegermutter einen Geliebten hatte. Der Schwiegersohn empfand das als „unmoralisch" und verbot seiner Frau, den Kontakt mit ihr aufrecht zu erhalten. Als sie seinem Ansinnen nicht nachkam, sah der Mann rot.

Panzer überrollt Pkw

dpa, Schweinfurt

Der 27jährige Fahrer eines Pkw kam ums Leben und sein 14jähriger Beifahrer wurde lebensgefährlich verletzt, als bei Reichmannshausen (Landkreis Schweinfurt) ein junger US-Soldat mit seinem Panzer, ohne auf den Verkehr zu achten, aus einem Waldweg auf eine Kreisstraße fuhr und den Pkw erfaßte.

Impfzwang für Tiere

AFP, Paris

Eine Tollwutimpfung für Hunde und Katzen ist im August und September auf allen Campingplätzen in Frankreich erforderlich. Nicht geimpfte Tiere werden während dieser Zeit auch in anderen Ferienzentren nicht aufgenommen. Für Korsika trat die neue Impfregelung bereits jetzt in Kraft und bleibt für das ganze Jahr gültig.

Italien-Benzin teurer

AFP, München

In Italien kostet der Liter Superbenzin auf Gutschein ab sofort vier Pfennig mehr. Trotz der Preiserhöhung liegt der Gutschein-Preis pro Liter noch um 35 Pfennig unter dem normalen Preis.

Einsam gestorben

dpa, München

Zwei arbeitslose Brüder sind am gleichen Tage in verschiedenen Münchner Stadtteilen tot aufgefunden worden. Nach Mitteilung der Polizei starben sie vermutlich schon vor Wochen eines natürlichen Todes.

ZU GUTER LETZT

Uli Hoeneß zu Derwalls Rücktritt: „Ich bin im Urlaub und habe dazu keine Meinung"